

■ **Gewinne und Moral**

Prof. Christa Luft exklusiv in LN

Seiten 4-5

■ **Leipziger Studentenrat schockiert**

Ein offener Brief zum Pauliner-Streit

Seite 6

■ **Proteste, Ärger und Jubel**

Leipzigs Musikszene am Augustusplatz

Seite 14

■ **Mord an Lemberger Professoren**

In Polen Schulwissen, in der BRD unbekannt

Seite 16

■ **Die TEUTONIC und der Eisberg**

Ein eigensinniger Kapitän geht auf Kurs

Seite 24

16

2008

**2,00
Euro**

16. Jahrgang
24. Oktober

www.
leipzigs-neue.de

**Nur 1,80 Euro
im Abo**

Terror gegen Nachbarn



**Zum 70.
Jahrestag
des
November-
pogroms**

Seite 11/18

LN.: In Paris schoss der siebzehnjährige Herschel Grynszpan am 7. November 1938 auf den deutschen Legationssekretär Ernst von Rath. Der Junge war fassungslos über die Abschiebung seiner Eltern nach Polen. Die in München anlässlich des 15. Jahrestages des nationalsozialistischen Putsches von 1923 versammelten NS-Führer nahmen den Tod von Rath zum Anlass für antijüdische Pogrome in bisher in Deutschland nicht gekanntem Ausmaß. Die Ereignisse gingen als Reichspogromnacht in die Geschichte ein. Auch in Leipzig erreichten die

Drangsalierungen und der Terror gegen jüdische Mitbürger einen ersten Höhepunkt. In der Nacht vom 9. zum 10. November trafen die Kreisleitung der NSDAP in der Gottschedstraße 10 und die Gestapo alle „Vorbereitungen“, um in den frühen Morgenstunden „spontanen Volkszorn“ ausbrechen zu lassen. So wurde neben den Demolierungen von Geschäften und Wohnungen in der Innenstadt und im Waldstraßenviertel als Fanal die Gemeindesynagoge in der Gottschedstraße 3 in Brand gesteckt. Sie brannte bis auf die Grund-

mauern nieder, das betraf auch die Feierhalle auf dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Delitzscher Landstraße und die Gemeindebibliothek. Der Pogromnacht folgte eine Verhaftungswelle. Leere Stühle auf der ehemaligen Grundfläche der Synagoge erinnern nunmehr an eines der dunkelsten Kapitel unserer Stadtgeschichte. 70 Jahre danach entzündeten Leipziger am 9. November 2008 ab 18 Uhr an jedem „Stolperstein“ in der Stadt eine Kerze zur Erinnerung an die jüdischen Opfer der NS-Diktatur.

Kommentiert

Geld als Hochleistungssport

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die internationale Finanzwelt eine erprobte Maxime des Sports: „Schneller, höher, weiter!“ auf ihre Konten überschrieben. Immer schneller wurden Gewinne herbeigezaubert, immer höher ging es mit den Gehältern der dafür Verantwortlichen hinauf, und immer weiter flogen die Manager im Stundentakt kreuz und quer über das Renditeobjekt Erde. So wie jeder Unsportliche weiß, dass die 100 Meter nicht in drei Sekunden gelaufen werden können, ahnt auch der Finanzlaie, dass er mit 100 Euro Einsatz nicht 50 Euro Gewinn maximieren kann. Es sei denn, er wettet oder spielt im Casino. Ähnlich dem Doping im Hochleistungssport berauschte sich ein Teil der Finanzwelt an Ihren Gewinnen. Aber auch da hat alles seine Grenzen. In jedem Menschen steckt etwas von einem Komödianten und Profitjäger, wusste schon der alte Spötter Karel Capek. Die Gier nach Bereicherung – dieser uralte Wahnsinn mit Menschen und Dingen zu handeln – führte wieder einmal in

eine handfeste Krise. Der bebende Finanzkapitalismus soll nun durch den soliden Wirtschaftkapitalismus beruhigt werden. Alternativen gäbe es nicht, behaupten die Apologeten des bisherigen kolabierten Finanzkapitalismus. Und der mündige Bürger steht außen vor, und ihm bleibt der Mund offenstehen bei den Millionen und Milliarden, die da im Munde geführt werden. Er ahnt nur, dass er wohl dabei etwas draufzahlen wird, in welcher Höhe, das weiß niemand. Versagen im Hochleistungssport die Trainer, dann werden sie immer „schneller“ ausgewechselt, von „weiter“ hergeholt und immer „höher“ dotiert. Kracht es im Gebälk eines Staates – um es mit Marx zu sagen – mit materieller Gewalt, dann hat der Bürger bekanntlich ab und an die Wahl zum Auswechseln. Und er sollte dabei denen zutiefst misstrauen, die ihm dieses kapitale System als zukunftssicher und letztlich alternativlos anpreisen. Geschichte war nie alternativlos und die Gegenwart ist es auch nicht.

• JOST WEISS

Alte Lieder ... stimmungsgewaltig

Der Chor derer, die sich zum Zwecke der antikommunistischen Interpretation der Geschichte der DDR verbündet haben, war kürzlich – ein Jahrestag lag an – besonders stimmungsgewaltig zu hören. Das war zu erwarten. Zwar hörte die DDR – der 40 Jahre währende Albtraum der deutschen Monopolbourgeoisie – im Oktober 1990 als Staat auf zu bestehen, aber in den Köpfen vieler und in den Herzen nicht weniger lebt dieses Land fort, das nach dem Zweiten Weltkrieg eine Alternative zum erlebten mörderischen Kapitalismus sein wollte. Das erzeugt vor allem in der CDU nicht nur Unmut, sondern auch Unruhe. Ist doch der derzeitige Sieger der Geschichte gezwungen historisch zu begründen, warum das von ihm gelobte Land als das Nonplusultra der deutschen Geschichte zu begreifen

sei. Eine massive Kampagne gegen „DDR-Nostalgie“ soll laut Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär, einem „klaren Angriffskurs gegen die Linkspartei“ dienen.

Es ist das alte Lied: Jedes Gesellschaftssystem bedarf seiner historischen Legitimation. Für den heutigen Kapitalismus bedeutet das, jeden gesellschaftspolitischen Versuch einer Alternative zu ihm als Irrweg oder gar Vergewaltigung der Geschichte zu interpretieren und zu bekämpfen.

Gewichtige Jahrestage stehen im Wahljahr 2009 bevor: 60 Jahre Gründung der beiden deutschen Staaten und 20 Jahre vollzogener Beitritt der DDR zur BRD und damit die Restauration des Kapitalismus im Osten Deutschlands. Es wird heißer denn je zugehen.

• KLIO

Bundeswehr bei „Gefahr im Verzug“

Die seit Jahren zu verzeichnende Begehrlichkeit der Bundesregierung nach Einsätzen der Bundeswehr auch im Innern der BRD tritt in eine neue Phase. Nach gleichlautenden Mitteilungen des Innen- und des Justizministeriums vom 6. Oktober haben sich die Regierungsparteien auf eine Änderung von Artikel 35 des Grundgesetzes geeinigt, mit der der „Einsatz militärischer Mittel im Inland“ legalisiert werden soll. Dabei sind in Bezug auf die „militärischen Mittel“ keinerlei Begrenzungen vorgesehen, demnach könnten sämtliche Waffengattungen der Bundeswehr auch im Inland eingesetzt werden. Bei „Gefahr im Verzug“ ist

der Verteidigungsminister befugt, allein über einen Einsatz zu entscheiden; die Zustimmung des Parlaments ist dazu nicht nötig. Mit diesen gravierenden Veränderungen soll die formell noch bestehende Abgrenzung zwischen militärischen, polizeilichen und geheimdienstlichen Aktivitäten weitgehend aufgehoben werden. Bereits Anfang Juli vergangene Jahres erklärte die Bundeskanzlerin, dass die Trennung zwischen innerer und äußerer Repression „von gestern“ sei. Unter diesem Gesichtspunkt kam es bereits zu Kompetenzerweiterungen bei der Polizei, die mit dem BKA-Gesetz festgeschrieben werden sollen.

• HELMUT ULRICH

Dresden-Tour zum Sächsischen Landtag



Foto:Fiebelkorn

LN.: Koummunal- und Landespolitik hautnah zu erleben – auch die Politiker mal zu sehen und zu hören, über die man sonst nur Zeitungsartikel liest oder Bilderberichte im Fernsehen wahrnimmt, hat immer einen besonderen Reiz. Die Landtagsabgeordnete Cornelia Falken hatte Leipziger im Oktober zu einem Dresden-Besuch angeregt und 20 Interessierte

folgten ihrer Einladung. Es gab natürlich eine Stippvisite im Plenarsaal – und so konnte dort eine Debatte zum Finanzskandal hautnah miterlebt und die vorgetragenen Argumente später weiter diskutiert werden. Adré Hahn sprach über Arbeit und Vorhaben der Linksfaktion. Fazit: Der Besuch lohnte für beide Seiten.



Parteiliche Streichung

Es dürfte nicht nur Argus aufgefallen sein, dass die LVZ die Resolution der Universitäts-Senatoren zur Nutzung und Innengestaltung des Paulinums nicht im Wortlaut veröffentlicht hat. Dabei fiel nicht zufällig eine wesentliche Passage des Textes dem Rotstift zum Opfer, nämlich die Begründung der Senatoren, weshalb das Paulinum nicht als Kirche geweiht werden darf: „Damit würde die Bindung der Wissenschaften an eine Konfession symbolisiert. Die Forderung verkennt den privaten Charakter jedes religiösen Bekenntnisses in einer religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft. Die Universität kann und darf sich nicht von der Gesellschaft isolieren, indem sie ihr symbolisches Zentrum zum Gotteshaus erklärt.“ Die Streichung spricht für sich.

• ARGUS

Den Mumm haben, zu stoppen

Frank Spieth, gesundheitspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Gesundheitsfonds

Das Fritz-Beske-Institut für Gesundheitssystemforschung hat in Berlin deutlich gemacht, dass Sozialleistungen zwar von der Regierung festgelegt, aber von den Krankenversicherten bezahlt werden. Solange durch politische Entscheidungen über 40 Milliarden Euro jährlich auf die Versichertengemeinschaft abgewälzt werden, hat die Bundesregierung keine Legitimation, einen Rekordbeitragsatz von 15,5 Prozent festzulegen. Die Politik hat seit 1989 massiv in das System der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingegriffen. Die daraus resultierenden milliarden schweren Belastungen tragen die Versicherten. Wo bleibt die staatliche Verantwortung für diese sozialpolitischen Umschichtungen? Allein der Beitragsausfall der GKV durch zu niedrige Beiträge für ALG-2-Empfänger beträgt nach Beskes Berechnungen jährlich 4,7 Milliarden Euro. Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Jugendlichen kostet jedes Jahr 14 Milliarden Euro. Würde der Staat den Krankenkassen die gesellschaftlichen Kosten aus Steuermitteln finanzieren, könnte der Beitragsatz um 4 bis 5 Prozentpunkte gesenkt werden! Stattdessen legt die Bundesregierung den

Einheitsbeitrag des Gesundheitsfonds auf 15,5 Prozent fest und greift den Versicherten damit einmal mehr in die Taschen. Der Fonds ist aber auch aus anderen Gründen Murks: Eine solide Finanzierungsbasis braucht die Einbeziehung der Privatversicherten, die Einbeziehung aller Einkommensarten zur Beitragsberechnung sowie die An- bzw. Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Der Fonds dagegen verlagert weitere Kosten auf die Versicherten und hält an der Zwei-Klassen-Medizin fest. Weiterhin werden die kleinen und mittleren Einkommen prozentual am höchsten belastet.

DIE LINKE hat mit ihrem Antrag „Das Gesundheitssystem nachhaltig und paritätisch finanzieren – Gesundheitsfonds, Zusatzbeiträge und Teilkaskotarife stoppen“ Wege aus der Finanzierungskrise des Gesundheitssystems aufgezeigt. Nur eine solidarische Finanzierung der Gesundheitskosten kann zu einer nachhaltigen Sicherung der GKV führen. Deshalb brauchen wir die Bürgerversicherung. Die Bundesregierung sollte jetzt den Mumm haben, den Fonds zu stoppen.

Mitreden erwünscht

LN.: Unter dem Motto „Menschliche Perspektiven für alle“ lädt die Leipziger LINKE alle Interessierten zur öffentlichen Diskussion über den ersten Entwurf ihres Kommunalwahlprogramms ein, der dieser Tage fertiggestellt wurde. Der 22seitige Text wird nicht nur an die Parteimitglieder übergeben, sondern auch an Vereine, bürgerschaftliche Organisationen, Behörden und Einrichtungen verschickt. In den nächsten Monaten erhofft sich die LINKE eine breite Diskussion zum vorgelegten Text und möglichst viele inhaltliche Anregungen, die in die weitere Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms einfließen werden, das Anfang März 2009 auf dem Stadtparteitag endgültig beschlossen wird. Das Papier ist darüber hinaus im Internet unter www.die-linke-in-leipzig.de als PDF-Datei jedem zugänglich.

Fragwürdige Würdigung

Zum Lob, das der sächsische CDU-Politiker Volker Schimpff über den verstorbenen Jörg Haider ausschüttet, erklärt Juliane Nagel, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE.Sachsen:

Es ist unwürdig, politische Debatten auf dem Rücken eines Toten auszutragen. Volker Schimpffs Würdigung des bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Vorsitzenden des Bündnis *Zukunft Österreich (BZÖ)*, Jörg Haider, kann aber nicht unwidersprochen bleiben. Die CDU übt sich offensichtlich nach dem unsäglichen NPD-LINKE-Gleichsetzungspapier von Steffen Flath wiederum in der Verharmlosung der politischen Rechten. Jörg Haider polarisierte im Laufe seiner politischen Karriere vor allem mit ausländerfeindlichen Parolen und den Nationalsozia-

lismus verherrlichenden und verteidigenden Aussagen. „Die Waffen-SS war Teil der Wehrmacht und es kommt ihr daher alle Ehre und Anerkennung zu“, ließ er beispielsweise 1995 im ORF verlautbaren. Aufgrund seiner Versuche Asylbewerber aus dem von ihm regierten Bundesland Kärnten abzuschleppen, kündigte die damalige Innenministerin Österreichs gar rechtliche Schritte gegen ihn an. In Kärnten hatte Jörg Haider zudem ein Bauverbot für Moscheen und Minarette umgesetzt. Ein Schritt von dem Rechtspopulisten in Deutschland träumen dürften. Volker Schimpff beweist mit seiner Huldigung einmal mehr welche Handschrift CDU-Politik haben kann: Stichwortgebend für Nazis zu sein, die in Sachsen fast täglich Übergriffe auf Migranten und alternative Jugendliche verüben.

Deutschland hinkt

... bei der Besteuerung von Vermögen weit hinterher. „Die große Koalition muss ihren Eiertanz um die Erbschaftssteuer sofort beenden“, fordert Barbara Höll, stellvertretende Vorsitzende und steuerpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE im Zusammenhang mit der OECD-Forderung nach höheren Vermögenssteuern in Deutschland. „Die Erben von Millionen und Milliarden müssen endlich im international vergleichbaren Maßstab zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.“ Höll weiter: „Angesichts der absehbaren großen Belastungen, die auf Bürgerinnen und Bürger mit Finanzkrise und Rezession zukommen, ist die Zurückhaltung von Union und SPD bei der Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften ein Skandal. Wenn Deutschland nur im OECD-Durchschnitt Vermögen besteuern würde, stünden 25 Milliarden mehr zur Verfügung. Bei einer Besteuerung wie in der Schweiz oder Frankreich wären es 35 Milliarden und wenn Vermögen wie in den USA besteuert würde, wären es sogar über 50 Milliarden Euro mehr pro Jahr. Wer darauf freiwillig verzichtet, braucht weder von Haushaltskonsolidierung zu reden, noch hat er das Recht, soziale Leistungen unter Verweis auf fehlende Staatseinnahmen zu verwehren.“



Sachsens LINKE lädt zur Umweltpolitischen Konferenz am 8. November 2008 ab 9 Uhr nach Leipzig ins Tagungshotel Zschochersche Str. 69 ein. Erwartet werden u.a.

Dr. Harry Lehmann, Umweltbundesamt Dessau

Wilfried Küchler, Dipl. Meteorologe
Wolf von Fabeck, Solarenergie-Förderverein Deutschland e. V.

Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE

Eva Bulling-Schröter, Bundestagsfraktion DIE LINKE

Heiko Rosenthal, Bürgermeister für Umwelt und Sport Leipzig

„Gibt es den Reichtum der Welt morgen noch?“

fragte Holger Bieges Lied 1979

Die Erde heizt sich auf. Die Auswirkungen des Klimawandels auf das Ökosystem werden Stück für Stück deutlich, Puzzleteile einzelner Wetterbeobachtungen fügen sich allmählich zu einem ganzheitlichen Bild, das geprägt wurde durch eine wachstumsorientierte Produktions- und Lebensweise. Wir haben Pflanzen und Tieren ihren Lebensraum streitig gemacht – durch Abholzen, Zubetonieren, Rohstoffabbau. Mit den Rückständen unserer Produktion vergiften wir anschließend Flüsse und Boden, verpesten wir die Luft. Allmählich bekommen wir die Folgen dieses Handelns zu spüren, die Erde revanchiert sich mit Überschwemmungen, Dürreperioden oder Stürmen, die enorme Schäden an Mensch, Tier und Gut verursachen.

Diesen folgen dann die Flüchtlingswellen, Not und Elend und Tausenden droht sogar der Tod. Wenn wir so weiter machen und durch das Verbrennen von

Kohle, Erdöl und Gas die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre weiter ansteigen lassen, dann wird dieser Klimawandel unbeherrschbar. Es ist also höchste Zeit, die Weichen in Richtung einer nachhaltigen ressourcenschonenden Arbeits- und Lebensweise zu stellen. Diesem Anspruch muss sich eine Politik der sozialen Gerechtigkeit stellen, denn es geht nicht nur um gerechte Verteilung sondern um gerechte Lebenschancen für alle Menschen – in allen Teilen der Welt und auch morgen und übermorgen. Kernziele linker Politik für eine nachhaltige Wirtschaft in Sachsen müssen sein:

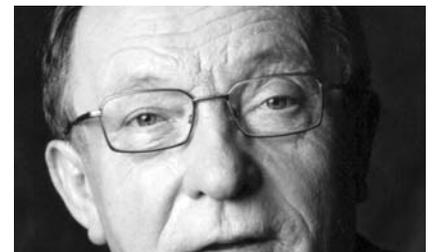
- Energie- und Ressourceneffizienz
- Entflechtung, Dezentralisierung und Demokratisierung der Wirtschaft
- Regionale Wirtschaftskreisläufe.

*Auszug aus dem Diskussionspapier
„Wirtschaftlich modern.*

Ökologisch nachhaltig. Sozial gerecht“

www.dielinke-sachsen.de/themen/oeekologie

Nicht stromlinienförmig



Zur Nominierung von Peter Sodann als Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten erklären Dr. André Hahn, Vorsitzender der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, und Dr. Cornelia Ernst, Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der LINKEN:

„Peter Sodann ist ein unabhängiger Geist, der sich weder vom realen Sozialismus der DDR noch vom Kapitalismus hat verbiegen lassen. Mit seiner Biografie verfügt er über große Glaubwürdigkeit und genießt daher in der Bevölkerung Respekt und Anerkennung. Wir freuen uns, dass DIE LINKE einen Kandidaten für das höchste Staatsamt gewonnen hat, der mit einer wohlthuend eigenwilligen Stimme den politischen Personen- und Ideenwettbewerb bereichert.“

Stromlinienförmige Sprechblasen gibt es vor Bundespräsidenten-Wahlen traditionell im Überfluss – wir kennen Peter Sodann gut genug, um zu wissen, dass er diesem Land gerade in den gegenwärtigen bewegten Zeiten neue Impulse geben kann. Zugleich steht Peter Sodann für eine solidarische Gesellschaft, die von sehr vielen Menschen als Alternative zum derzeitigen hemmungslosen Kapitalismus – siehe Finanzmarktkrise – betrachtet wird.“

Hamburger Korrespondenz

Langanhaltend ist der Streit um den Neubau eines Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg. Am 12. Juli 2004 erklärte der Stromkonzern Vattenfall, daß er an diesem Standort für 700 Millionen Euro ein Kohlekraftwerk mit 700 Megawatt errichten will. Zwei Jahre später kam der Vorschlag vom CDU-Senat, hier eine größere Anlage zu bauen. So wurden aus den 700 nun 1640 Megawatt. Der Stromkonzern bewilligt für den Neubau 1,7 Milliarden Euro und stellt gleichzeitig einen Bauantrag. Noch bevor die 1700 Beschwerden in den öffentlichen Anhörungen bearbeitet sind erteilt der CDU-Senat im November 2007 die vorzeitige Baugenehmigung. Mit der Bürgerschaftswahl 2008 verliert die CDU ihre absolute Mehrheit in der Bürgerschaft und benötigt zum Weiterregieren einen Partner. Den finden die Schwarzen in Hamburgs Grüne. Die sprachen sich im Wahlkampf gegen

den Bau eines Kohlekraftwerk aus, favorisierten stattdessen ein Gaskraftwerk. Fazit der Koalitionsverhandlungen: Grün bekommt neben zwei weiteren Senatoren auch den Senator für die Umwelt. Ob das Kohlekraftwerk kommt soll die Grüne Umweltsenatorin Anja Hajduk entscheiden. Dabei wurde bereits in Moorburg eifrig gebaut. Und so droht Vattenfall offen mit Schadensersatz in Milliardenhöhe, wenn ein Baustop kommt. Es ist das Oberverwaltungsgericht, das mit seiner Entscheidung den drohenden Baustop von Vattenfall abwendet. So muß Senatorin Hajduk am 30. September, mit Auflagen, das 700 Mega-Kohlekraftwerk genehmigen. Grüne verlangen den Austritt aus dem Bündnis mit den Schwarzen. Auf ihrem Sonderparteitag entschieden 90 Prozent der Anwesenden für eine Fortführung der Koalition. Es bleiben für die Grünen ihre Senatorenjobs erhalten, der Umweltschutz verkommt somit zur hohlen Phrase.

Die HSH-Nordbank in Hamburg betreibt nicht immer positive Geldgeschäfte. Mit US-Immobilienpapieren gab

es in diesem Jahr bereits einen Verlust von 300 Millionen Euro. Der sollte mit einer guten Vermietung in ihrer eigenen Ladenpassage in der City wieder eingespielt werden. Nur hier hatte die Bank keine glückliche Hand. Ende September eröffnete ein Geschäft mit Namen „Brevik“. Was als unauffällige skandinavische Wortschöpfung daher kam, ist in der Tat eine weitere Filiale der bei Neonazis und Rassistinnen aller Couleur begehrten Bekleidungs-Marke „Thor Steinar“. Als das ruchbar wurde, gab es Tag für Tag in und vor der Ladenpassage Proteste von Antifaschisten. Täglich mußten Polizeihundertchaften das Haus der HSH-Nordbank vor Demonstranten schützen. Auch die Öffnungszeiten wurden vom Vermieter eingeschränkt. Nach wochenlangen massiven Protesten war die HSH-Nordbank gezwungen, den langjährigen Mietvertrag von „Thor Steinar“ aufzuheben. Gesprochen wird von 1,5 Millionen Euro, die der Mieter zur Beendigung des Mietvertrages zum Ende Oktober 2008 von der HSH-Nordbank erhält. Allen sei für ihren Protest gedankt. • **KARL-HEINZ WALLOCH**

Gewinne und Moral passen zusammen

LEIPZIGS NEUE sprach mit Prof. Dr. Christa Luft, DDR-Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung



Foto: Gerhard Märker

„Wirtschaft und Moral“ überschrieb die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. ein Kolloquium am 11. Oktober, zu dem sie bekannte Professoren einlud, die sich als Ökonomen oder Gesellschaftsethiker einen Namen gemacht haben:

Prof. Dr. Christa Luft, Berlin
 Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Frankfurt am Main
 Prof. Dr. Wolfgang Kuhlmann, Hergenrath, Belgien
 Prof. Dr. Karl Georg Zinn, Wiesbaden.

Christa Luft sprach u.a. darüber, wie sie den Menschen als zentralen Bezugspunkt wirtschaftlichen Handelns sieht – auch in der heutigen Gesellschaft. LEIPZIGS NEUE stellte Fragen zu Wirtschaftsthemen der Gegenwart und zur jüngsten Vergangenheit.

● **LN:** Frau Professor Luft, war die DDR 1989 tatsächlich pleite?

Christa Luft: Pleite ist man, wenn man seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Die DDR konnte vom ersten bis zum letzten Tag ihre Verbindlichkeiten stets erfüllen, auch wenn das mit zunehmend höherem inländischem Aufwand verbunden war. „Liquidität geht vor Rentabilität“ hieß so ein Grundsatz. Der war vielleicht nicht vernünftig, beweist aber, dass wir alles getan haben, unsere Verpflichtungen einzuhalten.

● *Woher kommen die seit bald zwei Jahrzehnten wiederholten Zahlen über Schulden, die den Staatsbankrott der DDR belegen sollen?*

Von denen, die daran interessiert sind. Zum einen hat eine ganz kleine Arbeitsgruppe um den damaligen Planungschef Gerhard Schürer Ende Oktober 1989 für das Politbüro eine Geheimanalyse zum Zustand der Wirtschaft vorgelegt. Darin

steht, wir wären mit 49 Milliarden Valuta-Mark verschuldet. Das war viel zu hoch gegriffen. Zehn Jahre später legte die Bundesbank einen Bericht über die finanzielle Lage der DDR bis 1989 vor. Darin

„Die Schulden der DDR betragen 19,9 Milliarden Valuta-Mark, also 40 Prozent von dem, was im Schürer-Papier ausgewiesen wurde. Das habe ich x-mal im Bundestag vorgetragen. Es interessiert keinen.“

schaftete Gesellschaft. Allein das Bundesland Berlin hat jetzt 60 Milliarden Euro Schulden – das entspricht 120 Milliarden DM. Und dennoch ist es handlungsfähig und niemand redet von Pleite.

● *Also ein blühendes Land, bevor Helmut Kohl kam?*

Nein, so eine Behauptung wäre albern. Der Kapitalstock, den jede Volkswirtschaft braucht, war zum Teil verschlissen. Die Umwelt wurde enorm belastet. Die Infrastruktur wies erhebliche Mängel auf. Schalck-Golodkowski, der an dem Schürer-Papier mitgeschrieben hatte, verschwie, was in seinem Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ an Devisenbeständen und ausstehenden Forderungen aufgelaufen war. Wir erfuhren davon erst, als er mit allen Unterlagen im Dezember 89 in den Westen übergelaufen war.

● *Wären unter den tatsächlichen Bedingungen mehr Betriebe, Wirtschaftsbereiche und vor allem mehr Arbeitsplätze zu*

retten gewesen, als es dann geschehen ist? Auf jeden Fall. Ich will nur das Beispiel Carl-Zeiss-Jena nennen. Das Unternehmen wurde viele Jahre als Jenoptik in thüringischem Landeseigentum geführt und als Perle der Hochtechnologie an den Aktienmarkt gebracht. Das hätte man mit vielen Betrieben machen können – im Landmaschinen, Waggon- oder Schiffbau. Die hätten einige Zeit im öffentlichen Vermögen geführt werden können, und bei entsprechendem staatlichen Engagement zur Marktsicherung wäre ein Großteil der Arbeitsplätze erhalten worden.

● *Und warum hat man denn das nicht gleich gemacht?*

Es gab sicherlich verschiedene Gründe. Der Hauptvorwurf lautete aber, das sei ein Rückfall in den Sozialismus. Auch die traditionellen Verbindungen zum Osten hat man auf diese Weise zerstört. Immerhin gingen 40 Prozent des DDR-Exports in die UdSSR. Wenn so etwas wegbricht, weil der Handelspartner plötzlich in Devisen bezahlen soll, geht jede Volkswirtschaft in die Knie. Ware gegen Ware, die dann ein Partner weiterverkauft, so etwas hat Thysen jahrzehntelang mit der Sowjetunion praktiziert, ohne dass es jemanden gestört hat.

● *Lassen sich die Interessen der Beschäftigten im Osten besser wahren, als es bisher geschieht?*

Man muss die wöchentliche Höchst Arbeitszeit begrenzen und endlich den Mindestlohn durchsetzen. Das würde eine Menge bringen. Außerdem verlangt das Grundgesetz, dass Eigentum verpflichtet. Es wird nur von den gegenwärtig Herrschenden nicht durchgesetzt. Da ließe sich viel mehr erreichen, wenn man nur konsequent wäre.

● *Ist Gewinnstreben von Unternehmern per se unmoralisch?*

Keineswegs. Schaut man zurück, sieht man, wozu es im Sozialismus geführt hat, wenn man meint, Gewinninteresse und Moral verhielten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Betriebe brauchen Gewinne ja nicht nur dafür, damit Inhaberfrauen mit der zehnten Kette behängt werden. Auch Neuinvestitionen, Forschung und Ausbildungsplätze werden daraus finanziert. Wichtig ist, wie Gewinn zustande kommt und zu wessen Nutzen er eingesetzt wird.

„Allein der Irakkrieg hat bisher drei Billionen US-Dollar gekostet, die nirgendwo geplant waren. Das hält keine Volkswirtschaft aus.“

● *Verfügt die Linke da über genügend Kompetenz?*

Nein. Viele Linke interessieren sich einfach zu wenig für den Sinn des Wirtschaftens. Oft wird auch zu wenig unterschieden zwischen selbsthaftenden Unternehmern

und Konzernbürokraten. Die Perspektive für Erstere müsste in unseren Konzepten stärker mitgedacht werden. Letztere haben solche Probleme wie den Bankencrash verursacht, und nicht die kleinen Mittelständler.

● *Wenn man die aktuellen Meldungen aus der kapitalistischen Weltwirtschaft hört, ist man erstaunt, dass gerade die bisherigen „Hohepriester“ der Marktwirtschaft Hilfe vom Staat fordern. Woran liegt das?*

Vor allem die großen Banken merken, dass sie ihr eigenes System nicht mehr beherrschen und verlangen, der Staat solle gegensteuern und sie entlasten. Das heißt natürlich: Jetzt zahlt es der Steuerzahler.

● *Wie sollten Linke mit dieser Forderung umgehen?*

Nicht ignorieren, weil sonst der Binnenmarkt gefährdet ist. Aber nur Geld zuzuschießen, wäre grundfalsch. Man muss dafür sorgen, dass der Staat sein Geld zurückbekommt und beispielsweise als Aktionär Einfluss auf diese Unternehmen erhält. Wenn man den Binnenmarkt nicht stabilisiert, wird die Rettung nur eine Episode, der weitere Zusammenbrüche folgen.

● *Ist es zu kurz gedacht, dass die Bankennüchternheit gar nicht zuerst von Immobilienproblemen der USA sondern von deren Kriegspolitik verursacht wird?*

Das ist nicht abwegig. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Josef Stiglitz hat festgestellt, dass allein der Irakkrieg bisher drei Billionen US-Dollar gekostet hat, die nirgendwo geplant waren. Das hält keine Volkswirtschaft aus. Dass die Uhr, die die USA-Verschuldung anzeigt, jetzt nicht mehr ausreichte, weil die 10-Billionen-Dollar-Grenze überschritten wurde, ist dafür typisch. Aber dabei wird es nicht bleiben, auch wenn sich die Regierenden jetzt sozialistisch scheinender Prinzipien bedienen.

● *Zum Bankerdeutsch – wenn sie einem ihre Produkte aufschwätzen wollen – gehört: Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten. Zu recht?*

Das ist Unfug. Geld wird in der Produktion verdient. Wertschöpfung gibt es nur in der realen Wirtschaft. Alles andere hat dienende Funktion. Deshalb kann es zwar gelingen, mit Aktien 25 Prozent Dividende zu machen. Aber das ist eben nicht normal, wenn eigentlich nur drei bis vier Prozent möglich sind.

● *Haben Sie angesichts der Bankenkrise Ihr eigenes Geld umgeschichtet?*

Habe ich nicht. Mein Geld liegt im Wesentlichen bei der Sparkasse. Die verspricht keine goldenen Berge, handelt aber solide mit meinem Geld und nimmt dabei unverzichtbare Aufgaben in der Kommune wahr. Das muss man unterstützen.

• **DAS GESPRÄCH FÜHRTE THOMAS BISKUPEK**

Zitiert aus Diskussionsbeiträgen während des Kolloquiums

Kritisches Nachdenken über Kapitalismus muss einsetzen ...

*Bismarck hat gemeint:
Mit der Bergpredigt kann ich nicht regieren.*

Der moralische Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung der Bankenkrise ist nicht justiziabel – in Deutschland schon gar nicht. Die Deutsche Bank hat viel an den Regeln gebastelt, die die Regierung nachvollzog.

Die katholische Kirche ist ein besonders schwarzes Schaf, weil sie davon ausgeht, die einzige Wahrheit zu vertreten, der sich die anderen anzupassen haben.

Die Besitzverhältnisse im Kapitalismus führen immer zu einer Schieflage zwischen Besitzern und Nichtbesitzern.

Menschenrechtsbewegungen haben Korrekturen erreicht. Aber das genügt nicht.

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, deutscher Jesuit, zählt heute zu den bekanntesten Sozialethikern in Deutschland, Frankfurt am Main

Moral befindet sich im Spannungsfeld von Eigennutz und Gemeinnutz.

Manche sehen Moral als Sozialismus durch die Hintertür, andere nur als wohltätige Spendenbereitschaft. Beides ist falsch.

Privatisiertes Gemeineigentum sollte rekommunalisiert werden. Effizienz beim Betreiben ist auch hier gefragt – also keine Spielwiese für abgehalfterte Politiker.

Prof. Dr. Christa Luft, Berlin

Niemand hat geahnt, was jetzt in der Weltwirtschaft abläuft – die gleichgeschalteten deutschen Ökonomen am wenigsten.

Nachdenken über westlichen Kapitalismus und seine Perspektiven müsste endlich einsetzen.

Der Mensch und seine Moralvorstellungen werden von den Bedingungen geprägt, in die er hineingeboren wird. Eltern und Lehrer spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Später sucht man auch Maßstäbe anhand der eigenen Erfahrungen. In der Klassengesellschaft hat die Mehrheit Unrecht erlebt, aber nur eine Minderheit zur Sprache gebracht. Dennoch wird seit dem 18. Jahrhundert das Gleichheitsprinzip anerkannt. Das ist ein Erfolg des historischen Projekts der Linken.

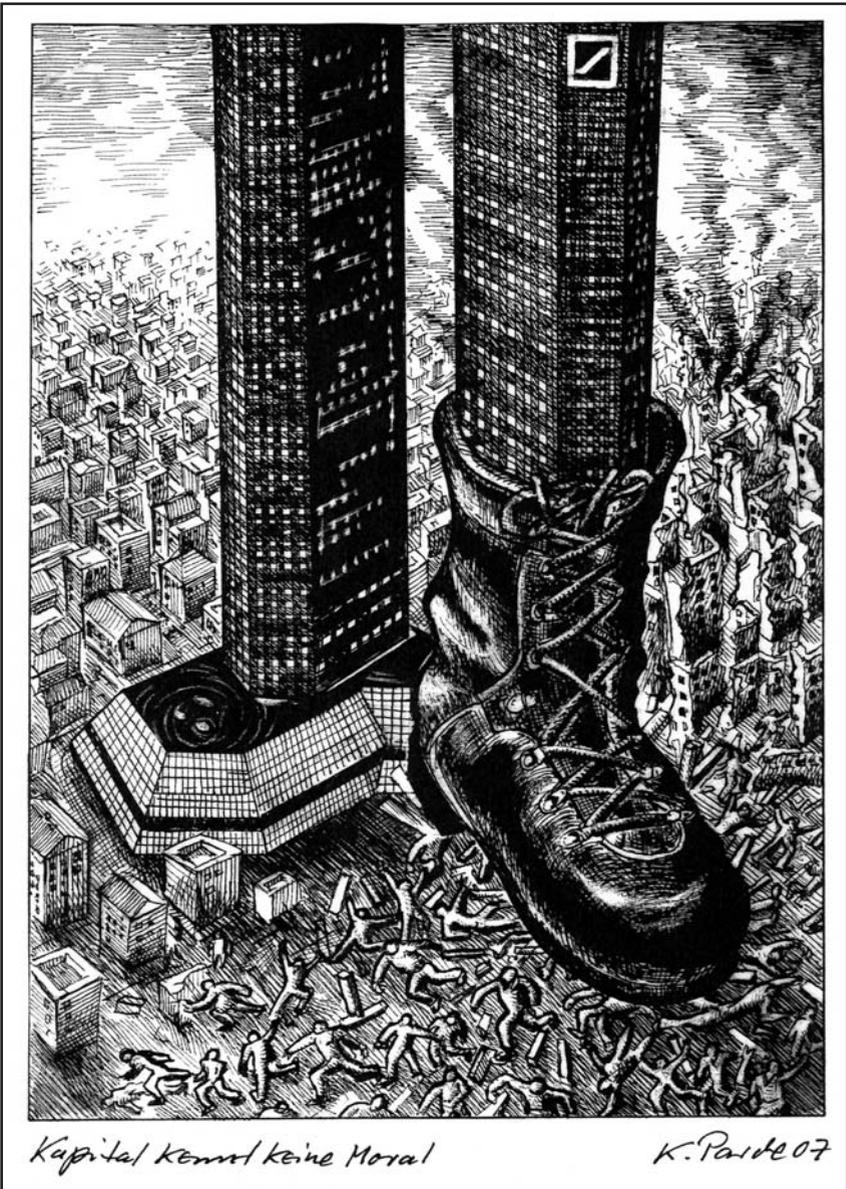
Die US-Amerikaner halten sich nie ans Völkerrecht, also auch nicht in der Wirtschaftspolitik.

Prof. Dr. Karl Georg Zinn, Wiesbaden

Gerechtigkeit ist die erste Voraussetzung jedes Gemeinwesens.

Einige Theoretiker wollen ererbte wirtschaftliche Vorteile wieder aufteilen – wegen der Gerechtigkeit. Auch persönliche Vorzüge sollen den Betroffenen eher zum Nachteil gereichen, weil sie das ja ausgleichen können.

Prof. Dr. Wolfgang Kuhlmann, Hergenrath (Belgien)



Mythos des Marktes ist entzaubert

Aus der Analyse des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Im Vorfeld der jüngsten Krise konnten im großen Umfang Vermögenswerte angehäuft werden. Dank einer weltweiten Umverteilungspolitik von Unten nach Oben. Steuersenkungen für Reiche und die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme ebneten den Weg. Auch hierzulande stiegen die Gewinne und Vermögenseinkommen seit 2000 fast sieben Mal so stark wie die Löhne und Gehälter. Das heimische Geldvermögen verdreifachte sich seit Anfang der 90er Jahre. Die so entstandene Liquiditätsschwemme erzeugte einen hohen Anlagedruck. Die Vermögensverwalter konkurrierten mit hohen Renditeversprechungen um das vagabundierende Kapital. Sichere Anlagen gibt es aber nicht wie Sand am Meer. So wurden Cocktails aus vermeintlich sicheren Anlagen, nicht ganz so sicheren Anlagen und „radioaktiven Müll“ gemixt. Heraus kam eine Brühe, die niemand durchschauen konnte, außer denen, die gut daran verdienten. Besonders gut wachsen Spekulationsblasen in einem Klima der Intransparenz und exzessiver Verschuldungsmöglichkeiten. Ein durchlöcherteres Regelwerk und schlafende Aufsichtsbehörden haben ein solches Klima befördert.

Neben der Lösung offener Haftungsfragen bedarf es eines Regelwerkes, das besser vorbeugt. Eine verbesserte Bankenregulie-

rung kann die laxen Kreditvergabe einschränken. Der Sumpf der Schattenbanken muss trockengelegt werden: Zweckgesellschaften müssen wieder in die Bankbilanzen. Kreditderivate sollten nur noch auf regulierten Terminbörsen gehandelt werden. Wir brauchen einen TÜV für Finanzmarktprodukte.

Für Verträge, die es Managern ermöglichen, Millionen zu verzocken und anschließend auf Grund einer Vollkaskoversicherung weich zu fallen, darf kein Platz mehr sein. Das Mindeste ist eine Eigenbeteiligung am selbst verursachten Schaden in Höhe eines Jahresgehaltes.

Der Mythos der Selbstregulierung der Märkte ist jetzt entzaubert. Nun geht es darum, die Lehren aus der Krise zu ziehen. Dem chronischen Marktversagen muss zukünftig durch ein besseres Regelwerk entgegengesteuert werden.

Die laufenden Rettungsaktionen sind alternativlos. Wenn nichts getan wird, folgt eine Kettenreaktion und der ganze Wirtschaftskreislauf bricht zusammen. Trotzdem gilt: Öffentliches Geld darf es nur gegen Eigentumsrechte und direkter Einflussnahme auf die Geschäftspolitik geben. Es gilt Banken zu retten, aber nicht zockende Bankiers.

Als Reaktion auf einen Artikel von Thomaspfarrer Wolff in „Die Zeit“ hat der Studentenrat einen offenen Brief verfasst, den LEIPZIGS NEUE hiermit ihren Lesern zur Kenntnis gibt. Wolffs Artikel bezieht sich auf den Streit um den Universitätsneubau „Paulinum“, der durch eine Glaswand in einen sakralen Raum sowie eine Aula unterteilt werden soll.

Leipzig, den 09. Oktober 2008

OFFENER BRIEF AN PFARRER CHRISTIAN WOLFF

Sehr geehrter Herr Wolff, mit Erschrecken nahmen wir Ihren Artikel in der heutigen Ausgabe der „ZEIT“ zur Kenntnis. Sie referierten dort über die Notwendigkeit der Nutzung und Benennung des Aulaneubaus als Universitätskirche und damit gegen den Einbau einer Plexiglaswand als räumliche Trennung zwischen Andachtsraum und universitär genutzter Aula. Sicherlich, diese räumliche Trennung ist seit Wochen Gegenstand der Auseinandersetzungen um den Universitätsneubau und so hat es uns kaum überrascht, dass Sie sich als Gastautor in einer

Leipziger Studentenrat schockiert

überregionalen Wochenzeitung zu Wort gemeldet haben. Überrascht, ja schockiert waren wir über die Argumentation, die Sie verfolgen.

Allein der Vergleich der Glaswand mit der Berliner Mauer, die so sehr als Symbol für menschliches Leid und Unterdrückung steht, sollte sich verbieten. Sie aber gehen noch weiter. So warfen Sie der Universität „wieder eine Angst vor einem kritisch-heiligen Geist, ohne den wir Menschen verrohen“, vor. Weiter schreiben Sie: "Wer eine Trennung zwischen Glauben und Vernunft propagiert, sollte bedenken, dass die Zerstörung von Synagogen, Kirchen und Moscheen immer Ausdruck der Verkommenheit einer Gesellschaft ist. Das war 1938, das war 1968 so." Und weiter: "Angesichts des ethischen Analphabetismus in unseren Bildungseinrichtungen und der Beliebigkeit im Gewande weltanschaulicher Neutralität benötigen wir eine Auseinandersetzung um die Werte, von denen unsere Gesellschaft getragen wird

und die menschenwürdiges Zusammenleben erst ermöglichen. Sie [die Universität] sollte zeigen, worauf wir in der Bildung nicht verzichten können: die letzte Verantwortung vor Gott in der Offenheit des wissenschaftlichen Diskurses."

Wir können nicht fassen, dass Sie der Universität, die als staatliche Institution eine Verantwortung vor den Werten des Grundgesetzes und als Bildungsstätte eine humanistische Verpflichtung zu Toleranz, Offenheit und weltanschaulicher Unabhängigkeit hat, einen ethischen Analphabetismus vorwerfen. Die Infragestellung der Trennung von Glaube und Vernunft ist für einen evangelischen Geistlichen zumindest ungewöhnlich. Wir verweisen ausdrücklich auf die Berichterstattung der FAZ vom 1. Oktober 2008 über den XIII. Europäischen Kongress für Theologie, in der als Tagungsergebnis die Feststellung unterstrichen wurde, dass in der evangelikalen Theologie im Widerspruch zu Aussagen Papst Benedikts XVI. Glaube und

Vernunft kein gemeinsames Maß besäßen. Jedoch gehen Sie noch weiter, indem Sie das Verhalten der Universität, bewusst oder unbewusst, mit der Zerstörung von Synagogen und damit der Judenverfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus vergleichen und allein den (christlichen) Glauben als Schutz vor menschenunwürdigem Verhalten anerkennen. Dies ist in dieser Diskussion eine bislang einmalige und krasse Grenzüberschreitung, die nicht hinnehmbar ist. Ein solcher Vergleich stellt eine unglaubliche Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen dar und ist ein Vorwurf, der sich weit jenseits einer auch nur annähernd konstruktiven Diskussion befindet.

Sollten Sie tatsächlich auf diesem Vorwurf beharren, so sehen wir uns nicht in der Lage im Geiste einer sachlichen Debatte am von Ihnen initiierten Streitgespräch teilzunehmen.

Ihrer baldigen Reaktion sehen wir entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dorothee Riese Thomas Dudzak
(Sprecherin) (Sprecher)

Nach Redaktionsschluss:

Als Gesprächstermin wurde jetzt der 21. 10. vereinbart.

Eine „anziehende“ Haltung

LN.: Die Aktion „Schwarze Taube“ richtet sich gegen Rechtsextremismus und macht mit Aktionen aufmerksam. Sie ist ein Teil des Bundesprogramms VIELFALT TUT GUT. „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Jüngst ging es um das Entwerfen und Herstellen von T-Shirts, die Haltung zeigen. Die natürlich fair gehandelten Shirts werden mittels verschiedener Druckverfahren mit thematischen Motiven gestaltet. Sie entstanden durch Auseinandersetzungen mit Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber anderen. Mitarbeiter des Roten

Baum e.V. Leipzig näherten sich gemeinsam mit Berufschülern in einer Diskussion dem sensiblen Thema „Fremd-Sein“. In der Grafik-Werkstatt im „Werk 2“ ging es dann an die bildnerische Umsetzung der vielfältigen Ideen und Gedanken mit dem vermeintlich „Fremden“. Während des Workshops haben sich die beteiligten Schülerinnen und Schüler individuell und bildnerisch mit den Denkweisen, auf denen Diskriminierung basiert, auseinandergesetzt. Mit den Ergebnissen, werden sie sich nun vor aller Augen vorstellen. Der Verein „Roter Baum Leipzig“ dankt besonders der Stadt Leipzig, die dieses Jugend-Projekt ermöglichte.



Foto: Roter Baum e.V.

Wenn man der Macht den Rücken kehrt

Proteste am 9. Oktober – der Ärger folgte auf dem Fuße

Eine offizielle „Nacht der Kerzen“ auf dem Nikolaikirchhof erinnerte an den symbolischen 9. Oktober 1989 in Leipzig. Da wurde im Jahr 2008 – wie bei politischen Protokollveranstaltungen üblich – schon mal genauer auf Leute und Transparente geschaut. Das bekamen nicht nur „Die Überflüssigen“ zu spüren.

Ein Erlebnisbericht von Richard Gauch

Keiner sollte vergessen, dass Deutschland mitmischte in einem Krieg, meinten die Akteure des Leipziger Friedenszentrums mit ihrem Protest an der Baustelle gegenüber dem Eingang zur Nikolaikirche und forderten den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan sowie die Demilitarisierung des Leipziger Flughafens. Das wurde auch von der AG Flughafen, auf dem

Nikolaikirchhof bekräftigt. „Die Überflüssigen“, Vertreter von vier Initiativen, protestierten auf ungewöhnliche Weise. Bekleidet mit T-Shirts, bedruckt auf deren Rückseite mit den Worten „Die Überflüssigen“, kehrten sie den Ministern Frank Walter Steinmaier und Wolfgang Tiefensee sowie anderen Mandatsträgern vor Ort und damit der Politik der Bundesregierung symbolisch den Rücken zu. Damit wollten sie auf die sozialen Probleme aufmerksam machen. Denn nicht nur an diesem Tag droht vielen eine langanhaltende „Nacht der Kerzen“, wenn sie Strom und Gas nicht mehr bezahlen können. Denen war kaum zum Feiern zumute. Sie wandten aber auch den Regierenden den Rücken zu, weil ein Beschluss zum Sozialticket im Leipziger Stadtrat durch das Regierungspräsidium gestoppt wurde. Auch weil die regierenden Politiker einfach nicht bereit sind, echte Demokratie mit mehr Bürgerbeteiligung zuzulassen, da die Hürden für Bürgerentscheide auf Landesebene

einfach zu hoch sind. Dadurch wird die Politikverdrossenheit der Menschen immer stärker. Mit ihrer Aktion zeigten die „Überflüssigen“ zunächst symbolisch die Gefahr, wenn sich Bürger von der Politik und der real existierenden Demokratie in unserem Land endgültig verabschiedet haben. Im nächsten Jahr wird gewählt ... oder auch nicht.

Unglaublich aber wahr ist, dass einer der Akteure im Anschluss der Aktion der „Überflüssigen“ von der Polizei zur Feststellung seiner Personalien festgehalten und ihm eine Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsrecht androht wurde, um ihn auf diese Art und Weise einzuschüchtern.

Einer Gruppe, die ein Transparent gegen die militärische Nutzung des Flughafens zeigen wollte, wurde angedeutet, die Polizei entfernt das Transparent, falls es entrollt wird. Sofortige Festnahme und eine Anzeige standen zur Debatte. Hier waren

die Drohungen der Polizei „erfolgreich.“ Meinungsäußerungen wurden verhindert, und das an diesem symbolträchtigen Ort. Aufregt und zornig über dieserart Auslegung von Meinungsfreiheit, noch dazu an so einem geschichtsträchtigen Tag, wechselten die Akteure ihren Standort Richtung Augustusplatz. In der Höhe der Universität, dem versuchten Kirchenersatz, standen einige junge Leute, die nun ebenfalls ihre Meinung öffentlich äußerten, doch die Aufregung war bei den Akteuren "die Überflüssigen" noch zu groß um zu vernennen, was ihr Anliegen war. Doch eines ist aufgefallen, der Leipziger Oberbürgermeister kam wie so oft lächelnd vorbei und wurde von einem Bürger angesprochen mit: „Hallo, Herr Jung. Heute ist viel los in der Innenstadt!“ Dieser lächelt doch recht zufrieden und sagt: „Ja, wirklich viel los heute!“ Seine „gewünschte“ Bürgerbeteiligung hat er heute zahlreich feststellen können, ob auch so gewünscht, weiss ich nicht ...

Mama, mir geht es (nicht) gut

Hickhack um Theatrium-Räumlichkeiten in Grünau

Das Kindertheaterprojekt: „Mama, mir geht es gut ...“ steht auch im November wieder auf dem Spielplan des Theatriums in Grünau. Müsste man die Immobilien-Suche der engagierten Theaterleute beschreiben, dann gilt eher ... siehe Überschrift. Kontrovers ging es dazu auch auf der letzten Sitzung des Leipziger Stadtrates zu. In einer Vorlage der Stadtverwaltung, sie stammt vom Dezember des vergangenen Jahres, wurde die dringende Suche nach Räumlichkeiten für das Theatrium schon einmal umfänglich dargestellt. Vor allem ging es darum, den Erwerb der Räumlichkeiten in der Alten Salzstraße 57 und 59 zu prüfen. Dahinter stand auch die Idee, dass beim eventuellen Scheitern des Erwerbs, Planungen für einen Umbau des Klubhauses „Völkerfreundschaft“ wieder aufgenommen werden müssten.

Es wurde geprüft und das Haus Nummer 59 auf Grund seines Zustandes für gut befunden. Im Juli dieses Jahres hätte alles erledigt sein können, Fördermittel wären geflossen und auch die übrigen Zutaten, die so ein Umzugsprojekt benötigt, hätten dafür gesorgt, dass der zuständige Theatrium-Großstadtkinder e.V. tatsächlich ausrufen könnte: Mama, mir geht es gut. Die nun im Oktober ziemlich verspätet gestellten sehr engagierten Fragen an die Stadtverwaltung, ließen den Eindruck zu,

das Wirtschaftsdezernat hat die ganze Angelegenheit übersehen und darum blieb das Ganze irgendwo und irgendwie auf der Strecke.

Es ist ein wahrhaft tolles Projekt, allein 400 Akteure haben in den vergangenen zehn Jahren hier mitgewirkt und sich den Gedanken Volker Brauns „Theater hat den Bonus, ein Ort zu sein, an dem soziale Experimente durchgespielt werden können, die im wirklichen Leben, zu teuer, zu absurd oder zu gefährlich wären.“, zu eigen gemacht. Für Experimente, die die neuen Räumlichkeiten betreffen, ist die Uhr längst abgelaufen. Darum wurde auch von seiten der Stadtrats-Linken die dringende Botschaft an den Wirtschaftsbürgermeister gerichtet, die Angelegenheit schnellstens zu klären, damit daraus keine „unendliche Geschichte“ wird.

Wer sich mal zehn Minuten auf der vorzüglich gestalteten und sehenswerten Internetplattform des Theatriums „führen“ lässt, der stößt auf viel Begeisterung und toi, toi, toi für die kommenden Projekte. Es findet sich dort auch der Satz: tolle Programme, talentierte Schauspieler, es macht richtig Spaß, Euch zuzusehen.

Ein Abend über Anne Frank, das Jugendtheater „Macbeth“ sowie ein Tanzprojekt für alle über 13 stehen im November an. Noch im alten Haus, das muss sich ändern.

•JOACHIM MICHAEL

OSTLICHTER-PUBLIKUM ERLEBT LEIPZIGER „KINDERPOESIE“



„Der Zehnte, der heißt Olli, der kauft ‘nen bunten Lolli“. Nicht nur die achtundachtzigjährige Oma Ilse (Foto hinten rechts) und die Erzieherinnen des Leipzig-Volkmarisdorfer Kindergartens „Regenbogenland“ erkannten einige Abzählreime wieder. Auch die Knirpse der Ältesten-Gruppe ergänzten den einen oder anderen Satz, schmunzelten und klatschten begeistert in die Hände, wenn ihnen die frechen Verse oder Geschichten nur zu bekannt vorkamen. Dafür gab's zum Schluß für jedes Kind sogar einen echten bunten Lolli von den Akteuren. Die Leipziger Autorin Brigitte Schubert (Foto hinten links) hatte

ihre Kindheitserinnerungen in Buchform zur Lesung in die Interkulturelle Bibliothek am Torgauer Platz mitgebracht. Gemeinsam mit Marlies Prautzsch las sie am 15. Oktober innerhalb der Veranstaltungsreihe OSTLICHTER im Vielvölker-Stadtteil am Lene-Voigt-Park aus ihrem Buch vor und plauderte mit dem jungen Multikulti-Publikum durch die Jahreszeiten. Andere Gruppen können sich die Vorleser auch einladen unter

lesetanten@yahoo.de .

FOTO UND TEXT: REINHARD LIEBICH
www.leipziger-osten.de

Aufruf zur Mahnwache am 9. November Stolpersteine erinnern an jüdische Mitbürger



45 Stolpersteine wurden in Leipzig bisher gesetzt.
www.stolpersteine-leipzig.de

An dieser Aktion beteiligen sich neben vielen Vereinen, Verbänden, Initiativen und Organisationen auch Mandatsträger aus Stadt, Land und Bund verschiedener Parteien. Auch Schüler engagieren sich und erinnern an jenen Tag.

Entzünden wir an jedem Stolperstein dieser Stadt am

Tag des Novemberpogroms zwischen 18.00 und 18.30 Uhr eine Kerze zur Erinnerung und Mahnung an die Verbrechen der Nazi-Diktatur!

Eine Aktion des Bundes der Antifaschisten Leipzig, des Netzwerkes für Demokratische Kultur Wurzeln, der Gruppen Gedenkmarsch Leipzig und Wurzeln, zahlreicher Vereine, Verbände, Initiativen, Organisationen und Parteien der Stadt Leipzig.

AG Cuba sí informiert: Unterstützung der Hurrikan-Opfer geht weiter

Folgende Ergebnisse wurden bisher erreicht:

Bundesweit beträgt das bisherige Spendenaufkommen 180 000 EURO.

In Leipzig wurden beim Stadtvorstand DIE LINKE bisher 700 EURO abgerechnet.

Unsere erste Sammlung von Sachspenden am 08. 10. 2008 erbrachte Solidaritätsgüter im Umfang von ca. 2,5 m³.

Dafür möchte sich die AG Cuba sí bei allen Spendern herzlich bedanken.

Es werden nach wie vor finanzielle Spenden über ausliegende Spendenlisten, die dann beim Stadtvorstand abgerechnet werden, sowie über folgende Bankverbindung entgegengenommen: Zahlungsempfänger: Parteivorstand DIE LINKE/Cuba sí

Konto-Nummer: 13 2222 10 Bankleitzahl:100 500 00

Kreditinstitut Berliner Sparkasse

Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder/Pinar del Rio

Die nächste Sammlung findet am Dienstag, dem 11. November, 14 bis 18 Uhr, im Leipziger Liebknechtthaus, Braustraße 15, statt.

Benötigt werden: Medizinische Hilfsgüter, Verbandsmaterial, Bettwäsche, Decken, Sommerbekleidung, Reinigungs-, Körperpflege- und Hygienemittel, Arbeitsbekleidung, Arbeitsgeräte, mechanische Werkzeuge, Nägel, Schrauben, Fahrräder, Haushaltsgeräte (mechanisch).

Notizen aus dem Stadtrat

● ANTRÄGE BESCHLOSSEN

Der Stadtrat beschloss mehrere Vorhaben, die bereits in der Haushaltdebatte für 2008 diskutiert wurden, so die Erarbeitung eines Konzeptes zur schrittweisen Übernahme der Straßen auf der Alten Messe durch die Stadt, zur Gebäudesicherung des Gutes Seehausen, sowie zur Prüfung des Baues von Rad- und Gehwegen im Umfeld von BMW. Zukünftig werden stadtteilspezifische Daten zu Bildungsangeboten erfasst.

● STADTRAT BLEIBT AM BALL

Durch Anträge mehrerer Fraktionen soll das beschlossene Sozialticket im Jahr 2009 haushaltswirksam werden. Außerdem wird

das Schulschwimmen für Mittelschulen gesichert, und der Auensee soll als Naherholungsgebiet erhalten werden.

● ANTWORT GEGEBEN

Einwohner fragten nach der seit Jahren ausstehenden Erneuerung der Bundesstraße 186 innerhalb des Ortsteiles Holzhausen. Der Beschluss der Bebauungsplansatzung ist für 2009 zu erwarten, bei finanzieller Sicherung kann ein Jahr später mit dem Bau begonnen werden.

● SONNTAGS EINKAUFEN

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat, dass im Dezember, vor und nach den Weihnachtstagen, an vier Sonntagen die

Läden geöffnet werden dürfen – nicht müssen. Der Kompromissvorschlag von zwei Sonntagen, für die im Vorfeld kontrovers diskutierte Vorlage, wurde dabei nicht berücksichtigt.

● BRÜHLBEBAUUNG SICHER

Mit zusätzlich vertraglichen Sicherungen wurden durch den Stadtrat die Satzung zum Bebauungsplan und der städtebauliche Vertrag zur Neubebauung des Brühlareals beschlossen. Diese Sicherungen waren notwendig, da der städtebauliche Vertrag vom Investor nur paraphiert und noch nicht unterzeichnet werden durfte. Vor dem Hintergrund der internationalen

Bankenkrise wird der kanadische Finanzier der höheren Verantwortung gerecht und führt zusätzliche Prüfungen der jetzt beschlossenen Dokumente durch. Einvernehmlich erfolgt deshalb die öffentliche Bekanntmachung erst nach Unterschriftsleistung, die allerdings bis spätestens zum 1. März 2009 vorliegen muss.

● SCHULERNEUERUNG IN SÜD

Der wegen seiner Freiflächen attraktive Standort der 3. Schule in der Bernhardt-Göring-Straße soll durch Neubau eine Grundschule, einen Hort und eine Dreifelderporthalle sowie eine Kindertagesstätte erhalten.

Neulich war Kuno bei mir zu Besuch – Sie wissen schon, das ist der, der hier und heute, selbst an Ostern oder an Weihnachten, mit gebotener Nachhaltigkeit gegen den Kapitalismus kämpft. Er hatte mir gemault, er gehe nunmehr davon aus (wie unsere Entscheidungsträger zu sagen pflegen), das Problem gelöst zu haben, und er wolle mir sogleich den harten Kern seiner Theorie offerieren. Ich solle ihn in wenigen Minuten erwarten. Dann stand er in der Tür, warf den Mantel auf den Kleiderhaken und ging dozierend im Zimmer auf und ab.

Marx und seine Jünger, meinte er, hätten die Sache mit Revolution machen wollen. Das aber sei eh Quatsch, viel zu laut, zu ideologisch, zu wenig sexy, und es habe die Leute verschreckt. Kein Fun in der Hose. Folglich mußte es den Bach 'runter gehen. Sein Plan dagegen bewege sich clever, sei effektiv und cool, auf das Wesentliche fokussiert und strikt zielführend; er halte sich an den christlichen Grundwerte-Kanon, schließe aber eine gewisse soziale Härte nicht aus, doch die müsse man ja ohnehin entwickeln, wenn es ums Überleben gehe. Und darum gehe es, auch wenn das, na hallo, einige Leute noch nicht so recht fassen wollten. Sie hätten denn Lust auf die nächste Abwicklung, die wiederum Aufarbeitung durch Unrechtskommissionen nach sich zöge und so weiter und so fort. Man brauchte geradezu einen neuen Dr. Unna.

Als ersten Schritt in die richtige Richtung wolle er außerplanmäßig die Renten und Gehälter, Honorare, Pensionen und Löhne einschneidend kürzen – nein, nicht über Preisdynamisierungen oder andere Module der gerechten Lastenverteilung, sondern schlicht und ergreifend – und da sei er ganz offen und lasse nirgendwo einen Zweifel aufkommen – über Reduzierung dieser Einkommen auf satte 25 Prozent. Das bringe die gehörigen Schnittmengen, die nun einmal sein müßten, denn es habe zweitens zur Folge, daß die Jungen, also die Leistungsträger unter dem Humankapital, sich noch rascher als bisher absetzen und, wie der kleine Mann zu sagen pflegt, nach dem Westen machen würden. Richtig nach dem Westen – ohne Pendlerpau-schale und Familienzusammenführung oder Grenzdurchbruch. Schmerzhaft, aber keine Wende ohne Tragik!

Man sei leicht erkennbar, daß dies Kaufkraftverluste in Größenordnungen auslöse. In Größenordnungen! Und das träfe – mit inneren Sachzwängen – marktfrisch plus geizig die Lidl-Lödl-Ludl-Lädl und ALLdie anderen und führe zu deren Schließung. Aus! Ü-Kameras abschalten, PR- und Service-Points auflösen, Torgitter runter und „Wir renovieren für Sie!“ ins Fenster. Damit hätte man schon einmal einige der Milliardäre von der Rampe, was sicher von den anderen im Ranking mit Wohlgefallen aufgenommen werde. Aufhalten dürfe man sich dabei aber nicht. Denn: Wenn daraufhin drittens die Steuern eingefroren würden, also nichts mehr



Eine Gesellschaftsprognose

zum Ausgeben, Unterschlagen oder Verschleudern vorhanden sei, ginge das dem strukturbedingten staatlichen Stütz-, Schutz- und Sicherungspotential schmerzhaft ans Bein – vom Ministerpräsidenten an abwärts bis zum letzten Hubschrauberpiloten und Kugelwestenträger, die sich bislang um die geordnete Durchführung von Fußballspielen verdient gemacht haben. Da regional ohnehin kaum mehr viel produziert würde, weil es am Ort niemand mehr brauche, keiner kaufe bzw. kaufen könne, verzögen sich die Reste der Produktion nach Südostasien oder nach anderswo und forcierten dort den Aufbau und die Demokratisierung, so daß dem Terrorismus der Schurkenstaaten weiterer Boden entzogen werde. Darin müsse man den Globaleffekt der Sache sehen, der nicht gering zu schätzen wäre, zumal jeder vernünftige Sozialprognostiker und Wirtschaftsweise das Globale keineswegs aus dem Auge verlieren dürfe. Viertens. Die oben genannten Maßnahmen mit ihren Folgen sorgten dafür, daß

Börsengangpläne, Privatisierungskampagnien, Immobilientransaktionen, Steuerhinterziehungsversuche und Finanzverteilungskämpfe wie auch das Herumschwadronieren bei Blau-Gelb IKEA ins Leere liefen und daher Geldinstitute samt ihren lebenden Potentialen – von Managern bis zur Security Crew – überflüssig würden. Mit dem akuten Geldmangel gehe also das systemimmanente Desinteresse einher, echt mal. Und man müsse das als taufrischen Fortschritt feiern, wie bei den Landesbanken. Selbst einen Tresor benötige man nicht mehr, denn wo kein Geld, da keine Bank – und wo keine Bank, da auch kein Bankgeheimnis und keine Bankräuber. So sei – gleich einer Flucht aus der Wüste – die Auswanderung derer, die nunmehr niemanden mehr abschöpfen könnten, verbunden mit dem rapiden Sinken der Kriminalitätsrate. Sieht man von den Negativkonsequenzen für die Krimi-Autoren ab – ein super Highlight. Wieder sei ein Schwapp Abzocker, Heuschrecken, Mak-

ler, Haie, Cracks, Machos, Minister und andere Fünfundzwanzig-Stunden-pro-Tag-Tüchtige aus der Region verschwunden. Und vom Kapitalismus bliebe nur noch ein schäbiger Rest, auf den man via Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einwirken müsse, um ihn an die Normalität menschlichen Daseins heranzuführen. Richtig kompromißlos heranzuführen! Alles nach der Grundwerte-Devise, wie schon in der Schrift nachzulesen in Genesis, Kapitel 3, Vers 19: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen ...“ Und der Springpunkt für diese ganze Kettenreaktion sei eben die Einkommensreduzierung, die ganz am Anfang unserer friedlichen Wende stehe.

Ich fragte Kuno, wie er sich denn unter solchen Bedingungen die Perspektiven vorstelle, worauf er meinte: „Hey, Mann, der nun einsetzende Rückbau der gesellschaftlichen Strukturen wird von einer Neo-Treuhandorganisation (NTO) übernommen und gelenkt. Rasiert allen Besitz von Produktionsbedingungen oberhalb der Million- EURO-Grenze.“ Und damit sei die neue Gesellschaft gut aufgestellt, denn es gelte die andere Grundwerte-Devise – die aus der Apostelgeschichte (Apg 4, 32): „... keiner sag(t)e von seinen Gütern, daß sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemein.“ Aber der Text hebe hier nicht etwa auf den Kleingarten oder das private Auto ab, sondern folge der Exegese der NTO-Leute, die sich bescheiden an die Fabriken, Äcker, Flüsse, Wälder, Straßen, Schiffe etc. hielten. Und damit läge in deren Händen eine hohe, fast christlich-revolutionäre Verantwortung, weswegen sie einen Revers zu unterschreiben hätten, nicht mit der alten Treuhand verwandt, verschwistert und verschwägert zu sein und keiner einschlägigen Partei anzugehören oder angehört zu haben. Logo!

Im Westen aber, so der gute Kuno, versammle sich dann das Kapital, balle und dränge sich, so daß die Konkurrenz immer mehr Zoff und Biß annehme, um dann, ganz plötzlich, in eine neue Qualität umzuschlagen, womit das Ende des Systems in greifbare Nähe rücke. Denn: Es setze zu diesem Zeitpunkt eine Welle der Stiftungen ein – ein New-Age-Trend gewissermaßen –, nach dem es happy mache, alles zu stiften und zu vergesellschaften, was sich noch in Fonds, Inseln, Luxusjachten und Brillanten befinde, und in der High Society gelte derjenige als Modernster und Größter, Bester und Schönster, der einen harten Zehn-Stunden-Job mache und danach in Demut auf sein Bettstroh sinke. Bettstroh, genau, ich hätte schon richtig gehört, meinte Kuno. Und ich sollte doch endlich erkennen, daß dies eine brauchbare Perspektive sei. Alles initiiert vom Osten! Als Neo-Assisianismus, gewissermaßen. Zwar gab ich Kuno im Prinzip Recht, aber ein Quentchen Skepsis blieb dennoch.



Nazi-Wahlplakat zur Reichstagswahl am 5. März 1933

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 erreichte die Nachricht vom Reichstagsbrand Paul Löbe (SPD), der kurz zuvor erneut zum Vizepräsidenten des Reichstages gewählt worden war. Mit dem nächsten Zug fuhr er von Breslau nach Berlin, um sich vom Tatbestand an Ort und Stelle zu überzeugen. In einem Beitrag für den Westberliner „Telegraf“ erinnerte er sich 1949 noch einmal an diese Ereignisse. Angeregt durch einen Beitrag in Leipzigs Neue Nr. 15, stellte uns unser Leser Siefried Heinrich den folgenden Beitrag aus seinem Archiv zur Verfügung.

Ich traf den vertrauten Bau äußerlich zunächst wenig verändert an. Alle vier Ecken waren unberührt, auch die Sandsteinfassaden zeigten außen keine Spur des Attentats, nur die Glaskuppel in der Mitte war unter der Glut zerborsten, veräuchert, und verbogene Träger wiesen auf die Brandlegung hin. Beim Betreten des Hauses stellte ich zunächst fest, daß der Feuerherd planmäßig auf den Sitzungssaal begrenzt war. Die kostbare Bibliothek mit 300 000 Bänden, die Archive und die Druckerei, die Zimmer der Präsidenten, die Büroräume der Verwaltung, die Fraktionszimmer und kleineren Säle, der Umgang um den Sitzungssaal, alles war unversehrt. Dafür bot allerdings der Sitzungssaal selbst ein Bild vollständiger Verwüstung. Hier lag alles verbrannt in wüsten Haufen umher. Das hölzerne Gestühl, die Täfelung des Saales, die Vorhänge und Teppiche, alles kostbare Dinge, aber nichts, dessen Verlust unersetzbar gewesen wäre. Bücher, Akten, Stenogramme, Papiere, Drucksachen – alles war unbeschädigt erhalten. Diese sichtbare Abgrenzung des Zerstörten vom Erhaltenen war das erste Symptom, was auffällig und unerklärlich mein Mißtrauen hervorrief.

Das zweite war die Merkwürdigkeit der vollzähligen Anwesenheit des nationalsozialistischen Führerkorps in Berlin und am Brandherd. Es war doch immerhin eine Woche vor der Wahl. Alle rednerischen Kräfte, sowohl meiner Partei wie auch der anderen, waren übers ganze Reich in Wählerversammlungen zerstreut. Hitler dagegen, Göring, Goebbels, Himmler, Ley und die ganze nationalsozialistische Korona hielt sich an diesem Abend in Berlin, in der Wohnung Goebbels' am Reichskanzlerplatz auf, als gelte es etwas abzuwarten. Keine halbe Stunde nach Ausbruch des Brandes fand sich die ganze Gesellschaft am Ort des Verbrechens ein. Ein höchst merkwürdiger Zufall.

Inzwischen war der Name des armseligen

Holländers van der Lubbe als vorläufigem einzigen Delinquenten in die Welt geschrien worden. Ich ließ mir von einem Reichstagsbeamten die Spuren seiner Tätigkeit zeigen. Durch ein eingedrücktes Fenster vor der großen Auffahrt, am Platz der Republik hatte er den Speisesaal erstiegen. Vor dem Büfett zeigten sich die ersten Spuren eines Brandlegungsversuchs mit untauglichen Mitteln, ein paar verkohlte Löcher im Fußbodenbelag, kaum 50x50 cm groß. Dieses Merkmal wieder-

DER REICHSTAGSBRAND VON PAUL LÖBE

Aus: Das dritte Jahr „Telegraf“,
Berlin am 22. März 1949

holte sich in der Garderobe am seitlichen Portal 11, an der Treppe zum Foyer und am Umgang des Sitzungssaales. Überall waren die kleinen Brandherde offenbar von selbst erloschen. Im Sitzungssaal aber war die ungeheuerlichste Verwüstung angerichtet, offenbar unter Zuhilfenahme anderer Brandmittel und von anderen Tätern. Daß Lubbe diesen Brand nicht allein angelegt haben konnte, darüber waren sich Gericht, Sachverständige, Angeklagte und Verteidiger einig.

Wie aber waren unbekannte Helfer ungesehen ins Haus gelangt und wie konnten sie ungesehen verschwinden? Bei der Aufklärung des Reichstagsbrandes spielt der vielerwähnte „unterirdische Gang“, der von Görings Amtsgebäude am Reichstagsufer in das Sitzungsgebäude führte, eine große Rolle. Es war eigentlich kein unterirdischer Gang, sondern ein etwa 1,50 m im Durchmesser messender Durchlaß, durch den die Röhren, Kabel und Signaldrähte für Heizung, Entlüftung, Beleuchtung, für das Lätewerk usw. aus dem Maschinenhaus unter dem Präsidentenhaus und unter der Friedrich-Ebert-Straße hinweg bis in den Reichstagskeller führte. Dieser Durchlaß, den man in gebückter

Haltung durchschreiten konnte, diente den Handwerkern und dem technischen Personal zu Kontroll- und Reparaturzwecken.

Er war fast allen Abgeordneten unbekannt. Drei Einstiege führten zu ihm hinab: der erste im Maschinenhaus am Reichstagsufer, der zweite im Präsidentenhaus, das damals Göring bewohnte, und der dritte zur Verteilung der Leitungen im Reichstag selbst. Da die Pfortner an beiden geöffneten Portalen (III und V) niemand in das Gebäude hinein und niemand hinausgelassen hatten, ist es klar, daß dies der Weg war, den die wirklichen Brandstifter beschritten hatten, während sie den geistig-schwachen Lubbe mit der „Außenarbeit“ betrauten.

Ernst Torgler, der zweite Beschuldigte, war damals Fraktionssekretär der Kommunistischen Partei. Er, wie die anderen Fraktionssekretäre, blieb auch zu Zeiten der Wahl in seinem Büro. Er wie andere erhielt Besuch von Bekannten und Unbekannten, die mit Vorschlägen und Wünschen für die Partei eintrafen. Er war an diesem Tage wie an allen anderen frank und frei durch das gewohnte Portal V in den Reichstag gegangen, hatte seine Arbeit getan, seine Besuche empfangen, zu denen auch der bulgarische Kommunist Dimitroff gehört haben soll, wie der frühere Kommunist und spätere Nationalsozialist Karwahne vor Gericht als Zeuge aussagte. Das ist alles wahrscheinlich. Jeder von uns hat solche Besuche, die ordnungsmäßig angemeldet wurden, mehr als einmal gehabt. Sie als Belastungsmoment anzuführen, dazu gehört eine große Portion Unverfrorenheit. Jeder Abgeordnete, wo er auch saß, wußte, daß Torgler der letzte war, eine solche Tat zu vollbringen. Trotzdem: er wurde sechs Monate in Fesseln gelegt von denen, die den Brand selbst gelegt hatten. Der Brand war ja auch nur der Anfang der grausigen Missetaten, welche bald die ganze Welt in Schrecken setzen sollten.

(leicht gekürzt.)

Get back to Russia - you!

von Walter Kaufmann

Am vergangenen Sonntag kam bei einem Treffen Rudi G. auf das Schicksal dreier Söhne deutscher Kommunisten zu sprechen, einer davon der Sohn des Spanienkämpfers Hans Beimler, die Mitte der dreißiger Jahre aus Nazideutschland in die Sowjetunion geflüchtet und bald darauf nach Sibirien verbannt worden waren - beschuldigt, mit der Hitlerjugend im Bunde zu sein und deren Anschauungen in Moskau verbreitet zu haben. Er sprach nüchtern, unaufgeregt, alles lag ja ein Menschenleben zurück. Durch Verleumdungen, ein Zeichen jener Zeit, sei es zu der Verbannung gekommen, doch hätte die nicht, wie bei ungezählten anderen Opfern stalinistischer Willkür, mit dem Genickschuss geendet: alle drei hätten überlebt ...

Mir aber war wieder jenes heisere Gebrüll im Ohr – get back to Russia - you! Ich sah mich, dreiundzwanzigjährig, damals Hafendarbeiter in Melbourne, am Pier stehen, neben mir auf den Bohlen ein Stapel Zeitschriften, die aufwendig im Vierfarbendruck heraus-

gegebene Monatsschrift SOVIET UNION, und es prallte an mir ab, dass mich ein paar mir unbekannt Männer nach Rußland verbannen wollten: *Klassenfeinde, Handlanger der Bosse – was sonst!* Ich blieb auf dem Posten – bellende Hunde beißen nicht, und war es zufrieden, dass ich bis zum Ende der Mittagspause ein halbes Dutzend Zeitschriften verkaufen konnte. Die mich verjagen wollten waren ja nicht tötlich geworden, und ihr Gebrüll hatte ich weit besser verkraften können als das, was mir einer von ihnen beim Weggehen zugerant hatte: *Stalin kills more Communists than Hitler – get that into your skull, fellow!*

Ich hatte den Mann förmlich riechen können, als er mir hautnah die Hiobsbotschaft von den unter Stalin ermordeten Kommunisten ins Ohr raunte. Alles sträubte sich in mir, auch nur ein Wort zu glauben. Ihn aber bloß als einen Handlanger der Bosse abzustempeln, verfiel plötzlich nicht mehr - hatte er mich nicht dagegen warnen wollen, was mir in Rußland blühen würde: *Stalin bringt mehr Kommunisten um als Hitler ... begreife das endlich, Bürschchen!*

In meiner Verunsicherung hatte ich mich zwei erfahrenen Gewerkschaftern anvertraut, die mehrfach zu Kongressen in die Sowjetunion eingeladen worden waren.

„Mit Verachtung strafen“, rieten sie mir beide, „Klassenfeinde allesamt und verdammte Lügner.“ Das genügte mir. Damit gab ich mich zufrieden – bis hin zu dem Jahr der Chruschtschowschen Enthüllungen in Moskau.

PS: Nebenstehende Kurzerzählung wurde kürzlich der Redaktion von LEIPZIGS NEUE mit der Bitte um Kenntnisnahme und eventuellen Abdruck zugestellt. Ersters haben wir getan und letzteres – wie sie nun sehen – auch.

Ergänzend möchten wir Daten aus der Biografie dieses 1924 in Berlin geborenen Schriftstellers nachzutragen, die auch andeuten, wie verschlungen Lebensbahnen sein können. Walter Kaufmann ist der Sohn einer jüdischen Verkäuferin und wurde 1926 von einem jüdischen Anwaltshepaar adoptiert. In Duisburg besuchte er das Gymnasium. Seine Adoptiveltern wurden nach der Reichspogromnacht 1938 verhaftet und in Auschwitz ermordet. Kaufmann gelang 1939 mit einem Kindertransport die Flucht aus dem Deutschen Reich über die Niederlande nach Großbritannien. Dort war er anfangs interniert und wurde 1942 per Schiff nach Australien evakuiert, schufte anfangs als Landarbeiter und diente vier Jahre als Kriegsfreiwilliger in der Australischen Armee.

Nach 1945 arbeitete er als Straßenfotograf, auf einer Werft, im Schlachthof und als Seemann in der Handelsmarine. Er kam in Kontakt mit der „Melbourne Realist Writers Group“ und schrieb 1949 seinen ersten Roman, der 1953 in Melbourne erschien. 1955 nahm er als Delegierter der Australian Seamen's Union an den Weltjugendfestspielen in Warschau teil. Es folgten Besuche in der DDR und der Sowjetunion. 1957 übersiedelte er von Australien in die DDR, behielt jedoch die australische Staatsbürgerschaft.

Walter Kaufmann gehörte dem PEN-Zentrum der DDR an, dessen Generalsekretär er von 1985 bis 1993 war; heute ist er Mitglied des PEN-Zentrums Deutschland. Im vergangenen Jahr gründete Kaufmann mit 50 weiteren Antifaschisten den Landesverband Brandenburg der VVN-BDA.

Steuerzahler nicht doppelt zur Kasse bitten

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, André Hahn zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz

LN.: Die sächsische LINKE erhebt im Zusammenhang mit der jetzigen Verabschiedung des Rettungspaketes im Bundestag folgende Forderungen:

- Wir verlangen sichere Vorkehrungen, damit sich solche Vorgänge wie gegenwärtig niemals wiederholen können. Es darf nicht mehr zugelassen werden, dass Milliardenengeschäfte außerhalb der offiziellen Bankbilanzen geführt werden. Es müssen endlich angemessene Haftungsregelungen für Vorstände und Aufsichtsgremien im Finanzsektor geschaffen werden. Und natürlich brauchen wir auch verbindliche Vorkehrungen zur internationalen Regulierung der Finanzmärkte.
- Es muss sichergestellt sein, dass die eingesetzten öffentlichen Gelder in angemessener Frist zurückgezahlt werden, sobald die Finanzwirtschaft wieder funktioniert. Die Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital ist richtig, doch es bedarf dafür natürlich auch einer Gegenleistung der Banken. Wo sich der Bund mit Geldern der Steuerzahler engagiert, muss der Staat natürlich auch an den Banken beteiligt werden.

● Es ist aus meiner Sicht völlig klar: Die Verantwortlichen für das Banken-Desaster müssen zur Rechenschaft gezogen werden, juristisch und natürlich auch finanziell. Dabei geht es beispielsweise um die Rückforderung von bereits gewährten „erfolgsabhängigen“ Bonifikationen, von so genannten Genussrechten sowie Aktienoptionen oder sonstigen geldwerten Vorteilen.

● Die sächsischen Steuerzahler dürfen für politisches und Management-Versagen nicht doppelt zur Kasse gebeten werden. Das bedeutet: Es muss daher aus unserer Sicht eine unmittelbare Anrechnung der bereits bestehenden Finanzverpflichtungen des Freistaates für die Folgen des Notverkaufs der Sachsen LB in Höhe von 2,75 Milliarden Euro geben.

● Wenn die Länder für eventuelle spätere Verluste mithaftend sollen, dann müssen sie auch entsprechende Mitsprachemöglichkeiten erhalten, z. B. hinsichtlich der Bedingungen und Auflagen für jene Unternehmen des Finanzsektors, die Stabilisierungsmaßnahmen aus dem geplanten Fonds in Anspruch nehmen. Die Auflösung und Abwicklung des jetzt zu bilden-

den Finanzmarktstabilisierungsfonds darf nur mit Zustimmung des Bundestages und der Länderparlamente unter Wahrung ihrer jeweiligen Budgetrechte erfolgen.

● Wir fordern die Auflage eines Konjunkturprogramms zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, um den weiteren Verlust zehntausender Arbeitsplätze zu verhindern, insbesondere im Osten Deutschlands.

Nur eine Belebung der Konjunktur kann eine längerfristige Rezession noch verhindern. Dazu muss in erster Linie die Binnenkaufkraft gestärkt werden, unter anderem durch eine Abkehr von der Niedriglohspirale, durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nach französischem Vorbild, sowie durch eine Anhebung der Renten und des Hartz-IV-Regelsatzes. Darüber hinaus brauchen wir ein Investitionsstützungsprogramm durch ein Vorziehen öffentlicher Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie durch die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung mit Sonderabschreibungsmöglichkeiten im ersten Jahr.

Im Widerspruch zu Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung

Zum geplanten Abzug von über 200 Bundespolizisten aus Sachsen erklärte kürzlich die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Cornelia Ernst:

„Eine solche Entscheidung steht im krassen Widerspruch zum Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und ist nicht sozial verträglich, da ein Großteil der Beamten hier mit ihren Familien lebt und beheimatet ist. Wir sind enttäuscht, dass sich die Staatsregierung trotz Landtagsbeschluss nicht genügend gegenüber der Bundesregierung dafür eingesetzt hat, dass ein Abbau der Bundespolizei in diesem Umfang nicht erfolgt.“

Uns ist natürlich klar, dass auf Wegfall bisheriger Aufgaben reagiert werden muss. Aber wir können diese hervorragend ausgebildeten Beamten in Sachsen gut gebrauchen.

Deshalb schlägt die Linksfraktion vor, dass sich Innenminister Buttolo mit seinem Amtskollegen auf Bundesebene, Schäuble, ins Benehmen setzt, einen Teil dieser Beamten in die Landespolizei zu überführen. Diese Idee liegt schon seit Längerem auf dem Tisch und muss endlich aufgegriffen werden.“

24. September

Bautzen: Das Bautzener Schülergericht wird immer öfter in Anspruch genommen. Nach 24 verhandelten Fällen im vergangenen Jahr hat die Staatsanwaltschaft in diesem Jahr mehr als 30 Streitigkeiten an die Schülerrichter verwiesen. Dabei bestimmen Gleichaltrige über Wiedergutmachungen, die Jugendliche für minderschwere Vergehen zu leisten haben.

25. September

Zwickau: In Zwickau übernehmen die Fraktions-Chefs der CDU und der Linken die Stellen der Beigeordneten. Der Stadtrat wählte Rainer Dietrich, CDU, zum Bürgermeister für Bauen und Wirtschaft. Bei der Abstimmung zum Bürgermeister für Finanzen und Ordnung erhielt Bernd Meyer von den Linken die Mehrheit der Stimmen. Die Linkspartei hatte vor der Wahl offiziell erklärt, den CDU-Mann bei der Dezernentenwahl zu unterstützen. Unklar ist, ob im Gegenzug Stimmen der Christdemokraten für den Linken abgegeben wurden.

29. September

Leipzig: Wissenschaftler der Universität Leipzig haben offenbar einen sensationellen Erfolg im Kampf gegen Alzheimer erzielt. Wie die Uni mitteilte, konnten die Forscher gemeinsam mit Kollegen anderer Einrichtungen einen Wirkstoff entwickeln, der den Krankheitsverlauf extrem verlangsamt oder sogar stoppt. In Tierversuchen sei es außerdem gelungen, die Alzheimer-typischen Ablagerungen in den Gehirnzellen um bis zu 80 Prozent zu verringern. Der Vorstand der Alzheimer-Gesellschaft Sachsen warnte vor zu großer Euphorie.

3. Oktober

Bad Schandau: Der Personenaufzug zur Ostrauer Scheibe in Bad Schandau ist wieder in Betrieb. Nach einem halben Jahr wurde die Sanierung des historischen Bauwerkes jetzt abgeschlossen. Die Instand-

SACHSEN-CHRONIK

Daten und Fakten

setzung kostete rund 750 000 Euro.

8. Oktober

Leipzig: Ein 49 Jahre alter Mann drang in der Nacht mit einer Axt in eine Pizzeria in der Industriestraße ein, zertrümmerte die Inneneinrichtung und bedrohte den Inhaber des Ladens mit einem Messer. Im Handgemenge sind beide Männer leicht verletzt worden.

9. Oktober

Plauen: Die Schwarmbeben im Vogtland haben vermutlich ein Nachspiel. Experten vom Geozentrum Hannover haben weitere Erderschütterungen vorausgesagt. Eine Gefahr für die Bevölkerung bestehe aber nicht, hieß es. Die Beben Mittwochnacht hatten eine Stärke von 2,6 auf der Richterskala und waren damit die heftigsten Erschütterungen in diesem Jahr. Seit Januar wurden im Vogtland und Westergebirge etwa 90 Erdstöße registriert.

11. Oktober

Dresden: Die Sächsische Staatskapelle ist am Abend in der Semperoper zum ersten Mal in ihrer Geschichte in einen Warnstreik getreten. Die Musiker weigerten sich, rechtzeitig zu Beginn der Premiere von Verdis „Troubadour“ zu spielen. Die Aufführung mußte um eine halbe Stunde verschoben werden. Hintergrund ist der seit drei Jahren vom Deutschen Bühnenverein teilweise gekündigte Orchestertarif-

vertrag. Das Publikum reagierte auf die Verzögerung teils mit Beifall, teils mit Buhrufen.

13. Oktober

Leipzig: Nach dem Skandal um die Premiere von Richard Wagners „Der fliegende Holländer“ hat die Leipziger Oper die Aufführung am Mittwoch abgesagt. Der Sänger der Titelpartie hat sich aus der Produktion zurückgezogen. Außerdem prüft das Theater juristische Konsequenzen gegen den Regisseur. Die Gewaltszenen in den Videosequenzen waren nicht mit dem Theater abgesprochen. Das Publikum hatte mit Pfiffen und Buh-Rufen reagiert. Kritiker sagten, Regisseur Michael von zur Mühlen habe aus der Wagner-Oper eine Orgie aus Gewalt, Blut und Sex inszeniert.

Kamenz: In Kamenz sind heute die ersten beiden Stolpersteine des Kölner Künstlers Gunter Demming verlegt worden, die an Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Gedacht wird damit an Kaplan Bernhard Wensch, der in Kamenz gewirkt hat, ebenso wie an den Kaufmann Adolf Grünberger. Beide waren unter der NS-Herrschaft in Konzentrationslagern ums Leben gekommen. Die Messingplatten mit biografischen Lebensdaten wurden vor dem Pfarrhaus der katholischen Kirche und an der Ecke Schulstraße/Pfortenstraße in den Boden gebracht.

15. Oktober

Leipzig: Der seit über zehn Jahren brachliegende Bowlingtreff am Leuschnerplatz soll zu einem Kulturzentrum umgebaut werden, schlägt Walter Christian Steinbach, Präsident der Kulturstiftung, in den Leipziger Blättern vor. Unter anderem könnten Ausstellungsräume entstehen. Allerdings dränge die Zeit: Mit jedem Tag wüchsen die Schäden an dem Gebäude. Deswegen bietet die Kulturstiftung der Stadtverwaltung an, das Gebäude zu übernehmen. Zu DDR-Zeiten erfreute sich der Treff großer Beliebtheit.

17. Oktober

Dresden: Der vorbestrafte Ex-NPD-Abgeordnete Menzel hat im Sächsischen Landtag mit antisemitischen Parolen und einem Aufruf zur Gewalt einen Eklat ausgelöst. Der fraktionslose Abgeordnete empfahl den Einsatz von Waffengewalt gegen „Zionisten, Freimaurer, Kriegstreiber und andere Psychopaten“. Gegen diese würden keine langen Reden mehr helfen, sondern „nur noch Handgranaten“. Obwohl ihm daraufhin das Wort entzogen wurde, setzte Menzel seine verbalen Attacken fort. „Wo Rotfront und Antifa haust, da helfen keine Sprüche, sondern nur noch die Panzerfaust“, rief Menzel. Die Abgeordneten reagierten umgehend mit einer Sanktion: Menzel wurde von den nächsten zehn Parlamentssitzungen ausgeschlossen.

18. Oktober

Leipzig: Vertrauliche Patienten-Akten sind auf dem Gelände der Alten Messe in Leipzig entdeckt worden. Die Kartons mit den Unterlagen standen in einer Halle, in der auch Bekleidung verkauft wird. Sie stammen aus Kliniken in Karlsruhe, Kassel und Offenbach. Für die Lagerung ist offenbar eine Firma verantwortlich, die die Akten digitalisieren und anschließend vernichten sollte.

Von Horst Nalewski

Im westfälischen Elberfeld geboren, Elisabeth Schüler. In Berlin am Jahrhundertende zur Welt gekommen, Leonie Sachs, Gertrud Chodziesner. Ihnen wurde die Muttersprache zur Dichtersprache. Unverwechselbar.

Vereinsamt, fremd in Jerusalem gestorben, eine aus Deutschland VERSCHUECHTE, Else Lasker-Schüler. In Auschwitz ums Leben gebracht, als Gertrud Sara Chodziesner. Hochgeehrt, dennoch am Ende weltverloren: Ich bin nichts mehr, ich lebe nicht mehr gerne, Nelly Sachs in Stockholm zu Grabe getragen.

Deutsche Dichterinnen des 20. Jahrhunderts.

Doch da ist, auf uns gekommen, ein einzigartiges Werk: das Gedicht. Es muss uns angehen - um des Wunders deutscher Sprache willen.

Als Rainer Maria Rilke einen schwedischen Freund warnte, sich in einer anderen als der ihm angestammten Sprache dichtend zu versuchen, schrieb er: „Ich bin zu der Einsicht gekommen, daß man seine Kraft daran setzen muß, in der eigenen Sprache alles zu finden, mit ihr alles zu sagen: denn sie, mit der wir bis tief ins Unbewußte hinein zusammenhängen, und nur sie kann uns, wenn wir uns um sie bemühen, schließlich die Möglichkeit geben, ganz präzise und genau und bestimmt bis in den Nachklang jedes Nachklangs hinein, unseres Erlebens Endgültigkeit mit ihr darzustellen.“

In der Begründung für die Verleihung des Kleist-Preises an Else Lasker-Schüler, November 1932, ist die Rede von „Versen, die den ewiggültigen Schöpfungen unserer größten deutschen Meister ebenbürtig sind“; und wenige Jahre zuvor hatte ein bedeutender Kritiker den Gedichten von Gertrud Kolmar den Weg eröffnet mit den Worten: „... um das Ohr des Lesers Tönen zu gewinnen, wie sie ... seit Annette von Droste nicht mehr vernommen worden sind.“ Und inniger ist nicht gesagt, wie Sprache in Dichtung eingeht, wenn Nelly Sachs in einem späten Gedicht festhält:

Deutsche Dichterinnen Jüdischen Schicksals

Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs

Laut, der mit dem Atem zugleich geboren wurde.

Als Rainer Maria Rilke Mitte der zwanziger Jahre von deutsch-nationalen, präfaschistischen Kreisen öffentlich angegriffen wurde: In Paris „herumzuflaniern“ und „nur dort Unglück und Einsamkeit auf den Gesichtern der Menschen gefunden“, gar noch Verse in französischer Sprache veröffentlicht zu haben, da meinte man, „sich solche ästhetische Duselei merken“ zu müssen. Rilke antwortete mit Entschiedenheit: „Welch eine Unsinnigkeit, ich hätte behauptet, kein deutscher Dichter zu sein. Die deutsche Sprache wurde mir nicht als Fremdes gegeben; sie wirkt aus mir, sie spricht aus meinem Wesen ... Ich bin, was ich leiste. Und ist es denn nach allem, was ich in deutscher Sprache veröffentlicht habe, überhaupt nötig, meine Zugehörigkeit zu deutscher Dichtung zu betonen?“

Doch eben dieses Prädikat, „deutsche Dichterinnen“ zu sein, glaubte man gleich zu Beginn jenes Dritten Reiches ihnen, der Lasker-Schüler, der Kolmar, der Sachs, absprechen zu können. Der „Völkische Beobachter“ konstatierte: „... für uns ist, was immer eine Jüdin auch schreibt, vor allem keine deutsche Kunst!“ Gertrud Kolmars noch endlich in einem kleinen Berliner Verlag erschienener Gedichtband DIE FRAU UND DIE TIERE, September 1938, wurde nach dem November-Pogrom 1938 sofort eingestampft. Und Nelly Sachs wird es gewusst haben, was Nazi-Studenten als Thesen in der Berliner Universität 1933 verteilten: „Der Jude kann nur jüdisch denken, schreibt er deutsch dann lügt er!“ Dem entgegnete der von ihr verehrte und gehörte Professor Max Herrmann zu Beginn seiner letzten Vorlesung

im Sommer 1933: „Ich schreibe deutsch, ich denke deutsch, ich fühle deutsch und ich lüge nicht!“ Das Gesetz verwehrte ihm seine Berufung; sein Leben endete 1942 in dem KZ Theresienstadt.

Jüdisches Schicksal. - Dürfen wir ein solches Wort setzen?

Nicht für jenes Jahrzwölft. Da waltete kein Schicksal. Da waltete ein mörderischer Wahn. Der Wahn einer Ideologie, die sich zum Ziel gesetzt, allein deutschem Herrenmenschentum Raum in diesem Land und in der Welt zu verschaffen und - auszurotten, was dem im Wege stehen könnte. In einem Ausmaß wie noch nie zuvor in der Weltgeschichte traf solcher Wahn die Judenheit, in Deutschland und schließlich in dem von Deutschen besetzten Europa. Der Holocaust.

Wir wissen um die lange, lange Vorgeschichte dieser gedachten Auslöschung; den Antisemitismus des frühen 20. und des 19. Jahrhunderts und die Judenverfolgung, die Judenpogrome über die Jahrhunderte seit dem christlichen Mittelalter. Im Namen des Christentums in ganz Europa. Diese lange, lange Leidensgeschichte, schon im Alten Testament beschrieben, geklagt, prophezeit, hat sich, um eines Überlebens willen, so muss es uns scheinen, diesem Volk gänzlich verinnerlicht. In Demut und Gott-Ergebenheit, angenommen als eine Prüfung. Jüdischer Glaube.

Erst die unausweichlich existentielle Bedrohung durch den deutschen Faschismus zwang so viele Juden, und eben auch diese Dichterinnen, in das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum Judentum.

Von allem Anfang an hatten sie geglaubt, dem Deutschtum zugehörig zu sein: seiner Sprache, seiner Kultur, seiner Landschaft.

Nelly Sachs nannte sich mit Selbstverständlichkeit eine junge Deutsche, als sie 1921 ihr erstes Buch der bewunderten schwedischen Nobelpreisträgerin Selma Lagerlöf übersandte. Und Else Lasker-Schüler widmete ihren letzten Gedichtband, MEIN BLAUES KLAVIER, 1943, aus dem fernen Palästina *Meinen unvergeßlichen Freunden und Freundinnen in den Städten Deutschlands. In Treue*. Allein der tiefe Riss zu dem geglaubten Herkommen fand nun seinen Ausdruck in dem ergreifenden Bekenntnis-Gedicht von Gertrud Kolmar, WIR JUDEN, entstanden im Herbst 1933, dem Jahr der Machtergreifung Hitlers. Bekenntnis zu einer Leidensgemeinschaft und einer nicht aufgebaren Hoffnung.

Leid und Hoffnung, über Jahrtausende, diesem einen Volk eigen, lassen uns nun vielleicht doch von einem „Schicksal“ sprechen, wenn wir es im Goetheschen Verständnis „Das Unerforschliche“ nennen. Ihm unterwarf sich Nelly Sachs, im Anblick des Holocaust dieses 20. Jahrhunderts, in antwortloser Frage:

Warum die schwarze Antwort des Hasses auf dein Dasein ,Israel?'

Wie weit dein Weg von der Segnung den Äon der Tränen entlang bis zu der Wegbiegung da du in Asche gefallen

Warum die schwarze Antwort des Hasses auf dein Dasein Israel?'

Die Frage ist an uns gerichtet; sie ist an die Menschheit gerichtet.

(Vorabdruck des Vorwortes des demnächst erscheinenden Buches, Horst Nalewski: *Deutsche Dichterinnen Jüdischen Schicksals - Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2008, mit freundlicher Genehmigung des Autors.*)

Buchvorstellung und Gespräch
Freitag, 7. November, 17.00 Uhr

Deutsche Dichterinnen Jüdischen Schicksals
Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs
Mit Prof. Dr. Horst Nalewski und Steffi Böttger, Schauspielerin, Leipzig
Moderation: Dr. Christel Hartinger

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Harkortstraße 10, Leipzig

Podiumsdiskussion über die sozialistische Linke und 1968



Philosophen, Historiker und Politikwissenschaftler aus Ost und West diskutierten am 18. Oktober in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen unter den Thema „Leo Kofler und Wolfgang Abendroth. Die sozialistische Linke und 1968“ zur Entwicklung des linkssozialistischen Denkens nach dem zweiten Weltkrieg. Kofler

und Abendroth, die kurzzeitig an der Leipziger Universität lehrten, hatten zu denen gehört, in unorthodoxes linkes Denken auf höchstem fachlichen Niveau verkörperten. Unser Bild zeigt Hans Martin Gerlach neben Monika Runge während seines Beitrages zu Leo Kofler. LN wird in der nächsten Ausgabe darüber informieren.

Osteuropa aktuell Innere und internationale Aspekte

AM 30. OKTOBER 2008 führen der Arbeitskreises Osteuropaforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und die Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V. von 10.00 bis 17.30 Uhr eine Arbeitstagung zum Thema „Osteuropa aktuell. Innere und internationale Aspekte“ durch. Die Tagung dient der Information und Diskussion der neuesten Entwicklung in den Staaten Ost- und Südosteuropas und der Diskussion der damit verbundenen internationalen Aspekte.

EIN BLICK

AUF DAS VORGESEHENE PROGRAMM: Prof. Dr. Sarkis Latchinian referiert über „Die Welt heute - aus der Sicht Russlands“, Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (beide Leipzig) über die Frage „Das Ende der osteuropäischen Vielvölkerstaaten. EU-Integration und Desintegration Südosteur-

opas (besonders am jugoslawischen Beispiel)“. Dr. Wolfgang Grabowski widmet sich dem Thema „Kaukasus, Pipelines und ethnische Konflikte“, Dr. Manfred Schünemann der „Außenpolitik der Ukraine - europäische Orientierung und traditionelle Bindungen“, Prof. Dr. Eckart Mehls (alle Berlin) dem aktuelle Umgang mit dem Jahr 1968 in Tschechien. Dr. Dietmar Endler, Leipzig, stellt „Neues aus der bulgarischen Literatur“ vor. Weitere Beiträge sind vorgesehen von Jürgen van Zwoell, Prof. Dr. Erwin Lewin und Prof. Dr. Anton Latzo, Berlin.

Veranstaltungsort ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig.

Es wird eine Teilnehmergebühr von fünf Euro erhoben.



Festung Europa - Grenzen dicht für Flüchtlinge



Flüchtlingsrouten von Nordafrika nach Europa

Weltweit befanden sich nach Angaben des UNHCR (UN-Hochkommissar für Flüchtlinge) im Jahr 2007 ca. 42 Mill. Menschen auf der Flucht. Sie flüchten vor politischer Verfolgung, vor Krieg oder Bürgerkrieg, vor Unterdrückung wegen ihres Glaubens, wegen Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, wegen Dürre oder Überschwemmungen, oder wegen anderer von Menschen verursachten Naturkatastrophen. Viele von ihnen versuchen, trotz aller Schwierigkeiten, nach Europa zu kommen.

Eine Fiktion wird zur Realität

Die dramatischen Bilder der afrikanischen Flüchtlinge, die, aus dem armen Süden kommend, zu Tausenden die spanischen Exklaven in Marokko bestürmen und sich massenhaft gegen die Grenzen der gesicherten Wohlstandsfestung Europa werfen, diese Bilder haben wir schon einmal gesehen. 1990 strahlte die ARD ein von

der BBC produziertes Fernsehspiel mit dem Titel „Der Marsch“ aus, das den Aufbruch Zehntausender verzweifelter Menschen aus einem sudanesischen Flüchtlingslager erzählt. Nach fünfzehn Jahren, am 12. 10 2005, erinnerte Malte Herwig mit diesem teilweise wiedergegebenen Beitrag der F.A.Z. an den Film: *Fünf lange Jahre, so die Fabel, hat es in Äthiopien und Somalia, im Tschad und im Sudan nicht mehr geregnet, und die Hilfsmittel aus Europa und den Vereinigten Staaten sind im Filz der korrupten Regime ihrer afrikanischen Heimatländer verschwunden... Angeführt von dem charismatischen Lehrer Isa El-Mahdi, zieht der Treck in Richtung Europa, um dem sicheren Hungertod zu entkommen. Auf dem Weg zur marokkanischen Küste schwillt das Heer der Hoffnungslosen auf Millionen an. Nicht kriegerische Absicht treibt sie gen Norden, sondern Verzweiflung. Die Masse der Ohnmächtigen besitzt keine andere Macht mehr als die, vor unseren Augen zu sterben. Ihre Botschaft ist unmißverständlich: „Wir sind arm, weil ihr reich seid. Jetzt kommen wir zu euch, damit ihr uns*

sterben seht. ... Den Vermittlern der EU, die den Flüchtlingstreck zur Umkehr bewegen sollen, hält El-Mahdi entgegen: „Ihr habt in Europa so kleine Katzen. Es heißt, eine Katze kostet mehr als zweihundert Dollar pro Jahr. Laßt uns nach Europa kommen als eure Haustiere. Wir könnten Milch trinken, wir könnten eure Hand lecken. Wir könnten schnurren. Und wir sind viel billiger zu füttern.“ Diese Worte, die dem Zuschauer die Kehle zuschnüren, spiegeln auch die Verzweiflung der 20 000 Flüchtlinge wider, die sich gegenwärtig in Marokko aufhalten, um trotz der starken Grenzbefestigungen nach Europa zu gelangen. Sie sind bereit, auf der Fahrt über das Mittelmeer ihr Leben zu riskieren, viele finden in ihren seeuntüchtigen Booten den Tod: „Wir haben keine Garnelen, sondern Leichen in den Netzen - das ist die Situation im Mittelmeer vor der libyschen Küste“, berichteten italienische Fischer. Seit 1993 sind nach Angaben der Niederländischen NGO UNITED etwa 9 000 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Trotz dieser Gefahren gelingt es jährlich Tausenden die Landung an Euro-

pas Küsten, wie die folgende Tabelle zeigt.

Europäische Abwehr

Auf Betreiben der deutschen Außenpolitik

	2006	2007
Spanien	32 000	18 000
Italien	22 000	19 900

verfolgt die Europäische Union bei der Migrations- und Einwanderungspolitik einen zunehmend restriktiven Kurs: Ein hoch militarisiertes Grenzregime schottet die Festung Europa vor unerwünschten Migrationsströmen ab. Die 2005 von den EU-Staaten gegründete Grenzschutzagentur FRONTEX mit ihrem Sitz in Warschau verfügt inzwischen über ein schlagkräftiges Instrumentarium zur Flüchtlingsabwehr, unter anderem ein "Zentralregister der verfügbaren technischen Ausrüstungsgegenstände" (CRATE), das 100 Schiffe, ca. 20 Flugzeuge, 25 Hubschrauber und mehrere Hundert Grenzkontrollgeräte wie mobile Radareinheiten, Fahrzeuge, Wärmebildgeräte und mobile Detektoren umfasst. Außerdem stehen "Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke" (RABIT) zur Verfügung. Weiterhin ist der



Einheiten des EPN

Einsatz von Aufklärungssatelliten sowie von Drohnen zur ständigen Überwachung des Mittelmeerraumes und der Atlantikküsten vorgesehen. Die Mittelmeeranrainer der EU betreiben seit dem vergangenen Jahr ein "Europäisches Patrouillennetz"



Von Nordafrika kommen Flüchtlinge oft in völlig überfüllten Booten an spanische und italienische Küsten

(EPN), das die Flüchtlingsboote bereits vor den Küsten abfangen soll. Dabei werden oft elementare Menschen- und Flüchtlingsrechte missachtet. Die Boote der Flüchtlinge werden selbst in internationalen Gewässern entgegen geltendem Seerecht verfolgt und zurückgedrängt. Mitunter wird sogar deren Treibstoff konfisziert und damit der mögliche Tod der Bootsinsassen billigend in Kauf genommen, ja, die Rettung Schiffbrüchi-

ständige Handlungsweise wurden die Offiziere des Schiffes von der italienischen Polizei wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ festgenommen, und das Schiff beschlagnahmt. Die Festgenommenen mussten vier Tage in Untersuchungshaft

verbringen und erhielten bei ihrer Entlassung ein generelles Aufenthaltsverbot für Italien. Im Gegensatz zu den 1979 vor der vietnamesischen Küste ebenfalls von der „Cap Anamur“ aufgenommenen „Boat People“, wurden die geretteten Flüchtlinge von der italienischen Einwanderungsbehörde umgehend nach Libyen abgeschoben. Sie sind ja nicht wie damals die Boat People, vor dem „kommunistischen Terror“ geflohen, sondern versuchten



Spanische Grenzer am Grenzzaun von Ceuta

Zurückweisungen an den Grenzen sind inzwischen vielfach dokumentiert.

Nach deutschen Vorgaben wird die EU-Asyl- und Einwanderungspolitik weiter verschärft. In diesem Zusammenhang beschränkt sich die Abwehr der Flüchtlinge nicht nur auf die Aktivitäten von FRONTEX an den europäischen Stränden und auf den Meeren. Bereits in den nordafrikanischen Ländern, insbesondere in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla wurden mit Hilfe der EU Grenzbefestigungen errichtet, die den Flüchtlingsstrom in diese Territorien, die spanisches Hoheitsgebiet sind, verhindern sollen.



Grenzzaun in Melilla

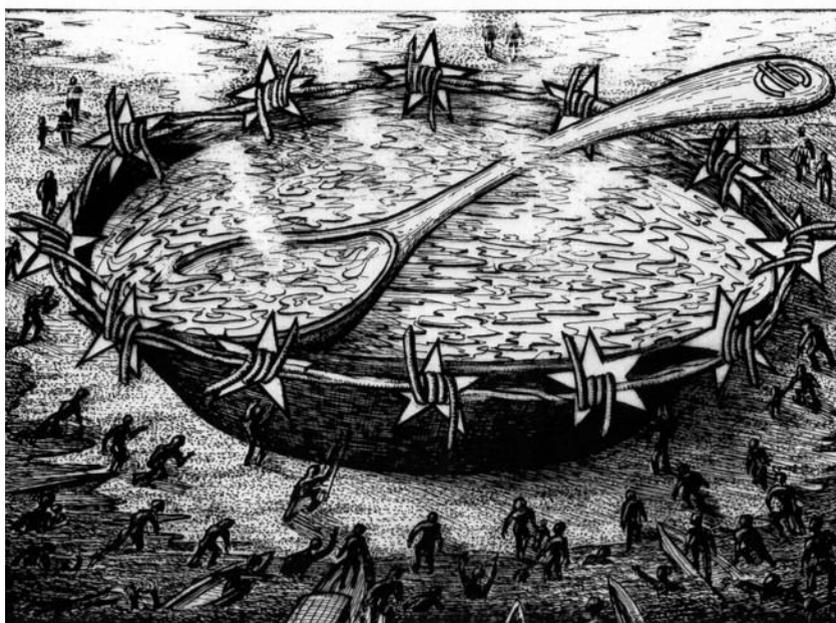


Das Hilfs Schiff Cap Anamur (oben) und die geretteten Bootsflüchtlinge (links)



„nur“ ihre eigene Not zu lindern, die zum großen Teil von den Europäischen Nationen verursacht wurde. Demütigungen, Misshandlungen bis hin zu rigorosen

ger sollte nach dem Willen der italienischen Regierung sogar noch bestraft werden. Das Hilfsschiff „Cap Anamur“ der gleichnamigen Hilfsorganisation, durch dessen Einsatz schon zahlreiche Bootsflüchtlinge im Mittelmeer gerettet wurden, nahm am 20. Juni 2004 vor der italienischen Insel Lampedusa die Insassen eines sinkenden Bootes auf. Als das Schiff am 1. Juli den nächstgelegenen Hafen Porto Empedocle auf Sizilien anlaufen wollte, verhinderten Fregatten und Helikopter der italienischen Kriegsmarine sowie Küstenwachboote das Einlaufen. Erst als der Kapitän nach 11 Tagen einen Notruf abgesetzt hatte, erhielt das Schiff die Genehmigung zum Einlaufen. Für ihre in der Seefahrt selbstver-



Neue Grenzen

k. Parche 01

Moderner Sklavenhandel

Auf Anregung des früheren deutschen Innenministers Otto Schily errichteten die nordafrikanischen Staaten Lager und Abschiebezentren, in denen die dort internierten Flüchtlinge auf ihre „wirtschaftliche Verwendbarkeit“ überprüft werden. Die als geeignet befundenen dürfen dann als billige Arbeitsklaven auf befristete Zeit in EU-Staaten einreisen - ein moderner Sklavenmarkt. Das Ganze wird noch überboten durch die Einrichtung von Rekrutierungsbüros in afrikanischen Ländern. In Bamako (Mali) wurde das erste „Informations- und Verwaltungszentrum Migration“ mit Personal und Geld aus Brüssel aufgebaut. Auf Bestellung europäischer Unternehmen sollen dort saisonale Billigarbeiter aus Afrika angeworben werden.

• HELMUT ULRICH

Proteste, Ärger und Jubel

Einblicke in die Leipziger Musikszene rund um den Augustusplatz

Ein Regieeinfall wurde zum Regieausfall im Opernhaus

Die Stadt erlebte nach langer Zeit wieder einmal einen handfesten Opernskandal. Dem jungen Regisseur Michael von zur Mühlen schien das mit seiner Inszenierung von Richard Wagners romantischer Oper „Der fliegende Holländer“ gerade recht zu sein, um überregional ins Gespräch zu kommen. In einer Einführung meinte er, dieser Holländer spiele heute – auf Bert Brechts Stück anspielend – „Im Dickicht der Städte“.

Nicht jeder der Zuschauer weiß: Wagner schuf ja das Werk 1841 in Not und Elend in der Weltstadt Paris und sah sich dort ausgestoßen wie viele Menschen im Dickicht heutiger Großstädte. Doch er fand in der Sage vom „Fliegenden Holländer“ einen Stoff, mit dem er dieses Los gleichnishaft musikedramatisch gestalten konnte, ohne es mit unwesentlichen Details zu belasten. Durch die Liebe und Treue einer Frau kann dieser Holländer vom Fluch erlöst werden, ewig auf dem Weltmeer umherirren zu müssen. Liebe und Treue im generellen Sinne stehen als Metapher für die Erlösung der vielen im Elend Lebenden. Das drückt Wagners Musik weit über die Worte hinausgehend mit aller Überzeugungskraft aus.

Dies szenisch zu verdeutlichen ist heute mit anderen Mitteln möglich und nötig als zu Wagners Zeiten. Doch müssen sie der textlichen und musikalischen Aussage ent-

sprechen. Und eben das ist in dieser Inszenierung ganz und gar nicht der Fall. Sie strauchelt von einem belanglosen und ablenkenden Regieeinfall (genau besehen Regieausfall) zum anderen: zum Lied des Steuermanns spreizt eine fast unbekleidete Tänzerin an der Rampe vor allem ihre untere Hälfte, der Holländer tritt lächerlich wirkend in hellem Anzug mit großen schwarzen Flügeln auf, die vom Spinnen singenden Mädchen klopfen oder schneiden auf den Papphäusern Fleisch, Senta taucht während ihrer Ballade Kleiderstücke in einen Eimer mit Theaterblut und beschmiert sich, muss sich im Duett mit Erik ausziehen und duschen, Erik versucht es ihr nachzutun, das im Zentrum stehende ergreifende Duett Senta (nun im Bademantel!)-Holländer müssen beide beziehungslos auf verschiedenen Hochhäusern stehend singen, die bei Wagner geisterhaft unsichtbar bleibende Holländer-Mannschaft erscheint nur mit Slips bekleidet und schwarz beschmiert, um die Hochhäuser kurz und klein zu schlagen, hilflos wirkt die letzte Szene, an deren Ende der Holländer verschwindet und Senta sich erschießt. Der großartig singende Chor ist bei der Enge der Bühne gezwungen, wie ein Gesangsverein auf- und abzutreten. Über weite Strecken laufen dazu konträre Videos, die ein Übriges tun, vom textlich-musikalischen Geschehen abzulenken. Die Regie erweist sich zudem als handwerklich ungelent, oft albern, so dass es spontan zu Lachsalven und Zwischenrufen führt.

Die Solisten, der Chor, der Dirigent Leopold Hager und das Gewandhausorchester

sind zu bedauern. Was James Johnson als Holländer (er kündigte nach der Premiere seinen Vertrag und steht nicht mehr zur Verfügung), Edith Haller als Senta, James Moellenhoff als Daland, Dan Karlström als Steuermann, der Chor und das Orchester dennoch leisten, verdient alle Anerkennung.

Wenn der kommissarische Intendant Alexander von Maravic (damit einen Buhsturm provozierend) bei der Premierenerklärung, so müsse heutiges Theater sein, muss nach dessen Leitungsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Urteilsvermögen gefragt werden.

Bewegende und nachdenkliche Töne im Gewandhaus

Dagegen gab es in der Oper gegenüber liegenden Gewandhaus in jedem Konzert Freude und Anerkennung, auch bei den Uraufführungen des Elogiums musicum von Hans Werner Henze unter Leitung Riccardo Chaillys und des Violinkonzertes von Hans-Christian Bartel mit dem Geiger Thomas Zehetmair unter Herbert Blomstedt. Henze hat zum Gedenken an seinen vorigen Jahr verstorbenen Lebensgefährten Fausto Ubaldo Moroni nach Gedichten von Franco Serpa ein emotional tief bewegendes Werk der Trauer und der Schönheit geschaffen. Der Einfallreichtum, vor allem der reich differenzierte Klang und die Gestaltungskraft, führen in diesem Werk des 82-Jährigen zu einem neuen

Höhepunkt.

Auch der langjährige Gewandhaus-Solobratscher Hans-Christian Bartel zeigt sich in seinem Violinkonzert auf der Höhe seines Schaffens. Ideenreiche motivische Entwicklung und klangliche Vielfalt prägen diese auch bei ganz zarten Tönungen ausdrucksstarke und dabei nachdenkliche Musik des 76-Jährigen.

Dass Kurt Masur mit dem Klavierkonzert b-Moll von Tschaikowski (eigenwilliger Solist Olli Mustonen) und der „Zweiten“ von Brahms „seinen“ Gewandhausklang beschwor und entsprechend gefeiert wurde, war keine Frage. Zudem kommt im Mendelssohn-Saal ein in der Musikwelt einmaliges Jubiläum gefeiert werden: das 200-jährige Bestehen des Gewandhaus-Quartetts. Mit der Uraufführung des klug gedachten zweiten Streichquartetts des Leipziger Komponisten Günter Neupert und der Darbietung der einst von diesem Ensemble uraufgeführten Streichquartette c-Moll von Max Bruch und a-Moll von Robert Schumann erwies sich der Jubiläumsabend ganz der großen Tradition würdig.

In den mit einem tschechischen Programm begonnenen Konzertreihen des MDR-Sinfonieorchesters und -Chores weckten die Aufführungen des gedankentiefen Oratoriums „Der Traum des Gerontius“ des Engländer Edward Elgar unter Leitung von Howard Arman und ein ungarisches Programm mit Werken von Franz Liszt, Béla Bartóks „Zwei Portraits“ und Zoltan Kodaly's Suite „Hary Janos“ unter Leitung Gilbert Vargas starke Eindrücke.

• WERNER WOLF



Das „Fenster zur Welt“ öffnet wieder Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm vom 27. Oktober bis 2. November 2008

LN.: Mit seinem reichhaltigen Programm von über 300 Filmen bietet DOK Leipzig interessierten Zuschauern Raum und Zeit, sich selbst ein Urteil über aktuelle Themen und Konflikte zu bilden, in fremde Welten einzutauchen, neue Spielarten der Fantasie zu erkunden und im Gespräch mit den Regisseuren aus erster Hand zu erfahren, was in der Welt vor sich geht.

*

Das „Fenster zur Welt“ öffnet sich insbesondere mit der Sonderreihe „Afghanistan, Innenansichten“. Das Festival zeigt aktuelle Produktionen aus einem Land, das bisher auf der Weltkarte des Dokumentarfilms gar nicht verzeichnet zu sein schien. Es eröffnet einmalige Einblicke in den Alltag und die Entwicklung des Landes mit den Augen afghanischer Filmemacher – unmittelbar, undramatisch, humorvoll, leidenschaftlich. Ein Großteil dieser Filme wird erstmals in Deutschland gezeigt und kann mit den Filmemachern diskutiert werden.

*

Ein weiterer Höhepunkt, der ganz in der Tradition von DOK Leipzig steht, ist ein umfangreiches Sonderprogramm mit den besten Animadok-Filmen der letzten 30



Ein Motiv aus „Buddha, the Girl and Water“. Der Film führt den Betrachter an jenen Ort, wo die Taliban die historischen Buddha-Statuen zerstört haben und die Menschen andere Probleme haben, als deren Wiederaufbau.

Foto: Dok 2008

Jahre: Animadok – Mehr als nur die Wirklichkeit. Filme dieses Genremixes sind seit mehreren Jahren fester Bestandteil und integrative Brücke des Zwei-Genre-Festi-

vals. Nachdem es ein animierter Dokumentarfilm bis in den Wettbewerb des Filmfestivals in Cannes geschafft hat, eröffnet DOK Leipzig einen fundierten Blick auf die Geschichte des „Animadokfilms“ und präsentiert die besten Produktionen aus der ganzen Welt. Hochaktuell ist auch das Sonderprogramm zum Thema Rauchen: Smoking(Non)Smoking. In der Tradition von Publikumsmagneten wie „Humor im Dokumentarfilm“, „Fake – Trick me if you can“ oder „Herzflimmern“ nimmt dieses Programm das Rauchverbot und seine gesellschaftlichen wie kulturellen Auswirkungen augenzwinkernd unter die Lupe. Vom DDR-Aufklä-

rungsfilm, über experimentelle Werbung aus den 1920er Jahren bis hin zum verzweifelten Selbstversuch, das Rauchen aufzugeben, werden alle Facetten des Rauchens aufgezeigt.

*

Mit einer Hommage werden Barbara und Winfried Junge geehrt, die mit ihrer Langzeitbeobachtung über die „Kinder von Golzow“ Filmgeschichte geschrieben haben. Neben den Anfängen der Filmstudie, die nur selten zu sehen sind, werden nahezu unbekannte Kurzfilme von Winfried Junge das Publikum begeistern.

*

Naturgemäß interessieren sich Künstler für Brüche in Gesellschaften und Biografien. Die diesjährige Retrospektive zum Thema Migration erlaubt einen filmischen Blick in die Geschichte und Bedeutung eines Lebens in der Fremde. Unter den deutschen Filmen aus den Jahren 1946 bis 1994 befinden sich einige aufregende Wiederentdeckungen. Die Retrospektive zeichnet sowohl die Erfahrungen von Zuwanderern in Deutschland, als auch von emigrierten Deutschen in der Welt nach. Es wird spannende Debatten über spannende Filme geben.

Mit Ideologie ins Schleudern geraten „Matthäuspassion“ – düster und problematisch

Der Eröffnungsinszenierung eines neuen Intendanten darf man ein gewisses Maß an Programmatik unterstellen. So gesehen, gibt Leipzigs neuer Schauspielchef Sebastian Hartmann Rätsel auf. Sein dreiteiliger Abend, den er selbst als „Triptychon“ bezeichnet, arbeitet sich an Bergmans „Abendmahlsgäste“, Ibsens „Brand“ und Bachs „Matthäuspassion“ ab, ohne eine Intension, einen unverwechselbaren Strich im Altargemälde zu hinterlassen. „Gott mit uns“ steht auf dem eisernen Vorhang. In völliger Finsternis erklingen Gebete, wird ein Abendmahl zelebriert, Orgelmusik ertönt. Wer Thomas Bernhards „Theatermacher“ kennt, wird mit einem Schmunzeln bemerken, dass auch die Notbeleuchtung ausgeschaltet wurde. Auf der Bühne wird die Geschichte eines Pfarrers ausgebreitet, der seinen Glauben, den Glauben an Gott, verloren hat. Mechanisch und innerlich zerrissen läßt er sich treiben, nicht mehr in der Lage, seelsorgerisch zu agieren. Die Uraufführung der Theaterfassung von Ingmar Bergmans Filmmanuskript (Übersetzung Renate Bleibtreu) verliert sich allerdings in philosophisch-metaphysische Aspekte. Bernd Stübner gelingt es zwar den Pfarrer mit erkaltetem Blick, offenkundiger Nervenschwäche zu umreißen - für ein vielschichtiges Gemälde reicht es leider nicht. Dies liegt weniger an Stübner, als an Hartmanns Regie. Verkürzung und Zuspitzung, vermeintlich provokante Befriedigungsszenen, sind nicht immer die besten Ratgeber.

Ein düsterer Schleier legt sich über den ganzen Abend und wird auch nicht im zweiten Teil, „Brand“ von Henrik Ibsen, gelüftet. Eigentlich kann ein Theatermensch bei Ibsen nicht viel falsch machen, klare Gesellschaftskritik verpackt in bittermystischen Bildern. So gehört auch „Brand“ (1866), von Ibsen in Rom geschrieben, zu den Werken, die das selbstgenügsame und laue norwegische Bürgertum angreifen. Brand, der seinen Idealen Opfer auf Opfer bringt, gerät nah an die Grenze zum Fanatismus. Hartmann läßt Thomas Lawinky, bekannt aus der Spiralblockaffäre, ins Publikum fragen: „Warum seid ihr gekommen?“ Als Vikar-Magier umschleicht Lawinky das in schwarze Folie eingepackte Kirchenfragment, emsig seine Liebsten opfernd. Seine



Jesus will nicht mehr den Erlöser für die Menschheit geben und läßt sich auf die irdischen Genüsse ein, getrieben von einem Teufels-Engel (Peter René Lüdicke, Henrike von Kuick)
Foto: Rolf Arnold/Centraltheater

bekannte cholerische Spielweise verwischt leider die Handlungsspur, läßt das Publikum im Unklaren über Motive und innerliche Befindlichkeiten.

Das Diffuse setzt sich auch im letzten Teil „Matthäuspassion“ fort, einer Mixtur aus Texten des Neuen Testaments und eingespielten sowie live am Klavier vorgetragenen Auszügen der von Bach vertonten Leidensgeschichte Christi. Jesus leidet bei Hartmann nicht mehr am Kreuz, ein Engel oder der Teufel (?) hat ihn abgenommen und verführt. Er hat es satt, den Erlöser zu spielen, als Erlöser vereinnahmt zu werden. Soweit noch nachvollziehbar. Die Probleme liegen weder im zu vermutenden und respektablen Anspruch, das Absolute zu wollen, sondern in der Umsetzung. Da wird Jesus zum Liebhaber des Teufels-Engel und zum unheimlichen Mörder, ohne eine Gesamtkonzeption erkennen zu lassen. Das Unverbindliche, Chaotische bleibt. Peter René Lüdicke als Jesus überzeugt dennoch in seinem Gleichmut und seiner Verführbarkeit. Der Teufels-Engel wird von einer reizenden Henrike von Kuick gespielt, mädchenhaft verführerisch, fordernd diabolisch.

Das Bühnenbild von Susanne Münzner atmet die provisorische Unzulänglichkeit, die man oft in der freien Theaterszene antrifft. Was als Zurückhaltung mancherorts gelobt wird, kann auch als Unvermögen bezeichnet werden. Hier wird keine Studentenbühne, sondern ein großes Haus bespielt. Da darf man Maschinen und Prospekte nicht schonen.

Wer Hartmannsche Inszenierungen kennt, wird nicht überrascht sein, wenn wieder einmal der obligatorische Eimer Theaterblut vergossen wird, ohrenbetäubende Klangbilder erzeugt und Hämmer geschwungen werden.

Auch aus Sicherheitsgründen ist es aber bedenklich, wenn mit dem Vorschlaghammer agiert wird, als befände man sich auf der Baustelle, Splitter des Bühnenbodens fliegen ins Publikum.

Die Bilanz nach viereinhalb Stunden im Dämmerlicht verzeichnet ein Minus, wird allerdings von einem politischen Blitzler erhellt, als Hartmann seinen Jesus resümieren läßt: „Kapitalisten sind Mörder.“ Die Depression, Dauerkrise und der Nihilismus wird von Hartmann kultiviert. Vielleicht sind es die Erfahrungen dieser verlorenen Generation, die zwischen den Systemen zerrieben wurde, dass sie nicht anders agieren kann. Was als düstere Provokation umjubelt wird, entpuppt sich als systemkonforme Agitation. Gerade das jetzige Gesellschaftssystem lebt von medial aufgeblähter Dauerkrise und mentalem Chaos, um die Orientierungslosigkeit der Menschen und damit ihre Schwäche zu fördern. In dieser ideologischen Kurve ist Hartmann ins Schleudern geraten. Andere erfolgreiche Häuser setzen entweder auf einen aufklärerisch-klassischen Mix, wie das Theater Magdeburg unter Wellemeier, oder auf Emanzipation und Fortschritt wie Peymann am Berliner Ensemble.

• D. M.

Alles neu ... alles besser?

Seit Sebastian Hartmann und seine Mitstreiter das Zepter in der Leipziger Bose- und Gottschedstraße übernommen haben, ist viel Neues zu vermelden. Vertraute Namen wurden getilgt und durch neue- und einen ganz alten - ersetzt. Das Schauspielhaus heißt jetzt Centraltheater, wie schon einmal von 1902 bis 1945. Aus den 1984 nach einer Rekonstruktion als „Neue Szene“ wieder eröffneten Kammerspielen ist die Skala geworden. Namen sind Schall und Rauch? Könnte man meinen. Doch die Veränderungen sind grundsätzlicher Natur. So haben die Theatermacher in der Skala auf einen Spielplan verzichtet. „Die Skala ist Ort und Idee zugleich. Mit eigener Mannschaft wird hier Theater in seiner bisherigen Form hinterfragt ... das Skala-prinzip richtet einen stärkeren Fokus auf Theater als Prozess; uns interessiert die Entstehung, nicht das Produkt...“, heißt es selbstbewusst. Wer wissen will, was gespielt wird, muss sich am Nachmittag ins Internet klicken. Auf www.skala-leipzig.de wird ein Fingerzeig gegeben, womit am Abend zu rechnen ist. Hier wird es undemokratisch, denn ein der nicht internetbesitzender Teil des Publikums wird ausgeschlossen. Ob dieses Konzept an den Sehgewohnheiten der Leipziger vorbeigeht, muss hier und jetzt nicht bewertet werden, dies wird die Zeit beantworten. Mit dem „Spinnwerk“ (Baumwollspinnerei) bekommt die Theaterpädagogik eine eigene Spielstätte. Unter dem Motto „Raus aus den Zuschauersitzen, ran an die Werkbank, rauf auf die Bühne“ wird Kindern, Jugendlichen und Studenten die Möglichkeit zum Mitspielen und Mitmachen gegeben. Neu sind auch die Kartenpreise, tendenziell günstiger als vorher, was auf alle Fälle zu begrüßen ist.

Nicht genug der Neuerungen. Es gibt keine gedruckten Programmhefte mehr, nur einen Handzettel und ein paar dürftige Informationen auf der Internetseite. Hinter vorgehaltener Hand wird dies damit begründet, dass angeblich keine Resonanz existierte. Offiziell klingt es etwas anders, programmatischer, anspruchsvoller: „Wir wollen dem Publikum keine Interpretation mitliefern“, so der Pressesprecher Jörg van der Horst. Während Claus Peymann sowohl in Bochum als auch in Wien und Berlin das Publikum wohlwollend mit umfangreichen Programmbüchern herausfordert(e), unterfordert Sebastian Hartmann die Leipziger. Die Musik- und Theaterstadt Leipzig ist neugierig auf ihren neuen Intendanten, die ersten Inszenierungen haben dies gezeigt, gleichwohl könnten die Aufführungen abseits der Premieren besser besucht sein. Erste Rundumblicke in Parkett und Rang registrieren fürs Erste eine Verjüngung des Publikums. Seriöse Erhebungen und Statistiken stehen allerdings noch aus.

• D. M.

Mit drei Euro ins Theater gehen oder kombinieren

LN. Das Schauspiel Leipzig hat für seine beiden Spielstätten ganzwöchig geltende, übersichtliche und einprägsame Eintrittspreise eingeführt. Das bisherige nach Wochen- und Feiertagen gestaffelte komplizierte Preissystem wird nicht fortgeführt.

Der Ausfall des Wochenendaufschlages soll teilweise durch den Wegfall des preisreduzierten Theatertages kompensiert werden.

Starke Ermäßigungen gibt es für Empfänger von ALG II. Sie zahlen an der Abendkasse drei Euro. Inhaber des Leipzig-Passes erhalten eine fünfzigprozentige Ermäßigung.

Als Abonnements sind ein Fest- und ein Wahlabo und das mit der Oper Leipzig angebotene Kombi-Abo vorgesehen. Der Rabatt beträgt hier 20 Prozent. Die Card 50/Schauspielcard kann für 50 Euro erworben werden. Damit gibt es 50 Prozent Rabatt.

In der Nebenspielstätte in der Gottschedstraße werden die Preise je nach Veranstaltungstyp von drei bis neun Euro gestaffelt. Sonderpreise gibt es in beiden Spielstätten für Konzerte, Solokünstler und Bands. Sonderveranstaltungen, Gastspiele, Lesungen, Voraufführungen und öffentliche Proben können ebenso abweichende Preise haben.

... bitte ohne Gummi

In diesem Fall ist der Kaugummi gemeint. Als der Dokumentarist Thomas Heise jüngst im Central-Theater zur Diskussion über seinen neuesten Film „Kinder. Wie die Zeit vergeht!“ einlud, wurde im Anschluss an die Vorführung, durch einen nicht näher benannten Mitarbeiter des Hauses, die Fragerunde nicht moderiert sondern regelrecht „durchgekauft“.

Offenbar schlecht vorbereitet, stellte er zudem nicht eine interessante Frage, sondern staunte, „dass man sich so herrlich improvisiert mit dem Publikum ‘unterhalten’ kann.“ Es soll hier weitere Filmdiskussionen geben, dann bitte ohne Gummi im Mund und nicht improvisiert. • MIC

Gerichtsort: KZ Dachau

Die Herausgeber wollen zu einer Bilanz der juristischen Abrechnung mit den Verbrechen in den NS-Konzentrationslagern beitragen. Sie tun das an Hand der sechs Hauptprozesse und einer Reihe Nachfolgeprozesse, die in Gebäuden des ehemaligen KZ Dachau stattfanden und teilweise noch vor dem Nürnberger Prozess begonnen wurden.

Die Beiträge verschiedener Autoren behandeln detailliert und akribisch die Verbrechen, vor allem die Mord- und Totschlagsdelikte, im KZ Dachau sowie Forderungen zu ihrer Ahndung noch vor dem Kriegsende, weiterhin justizpolitische Aspekte der von den westlichen Alliierten geführten Prozesse und die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf die Dachauer Prozesse. Analysiert werden differenziert die Verteidigungsstrategien der Beschuldigten und ihre Wirkungen.

Dem folgen Berichte über einzelne Prozesse, beginnend mit den 119 US-amerikanischen Militärgerichtsverfahren gegen SS-Wachen, Ärzte und Kapos des KZ Dachau und ihrer 80 Außenlager, die vom November 1945 bis zum Jahre 1948 stattfanden. Für diesen Zeitraum wird faktenreich nachgewiesen, dass zunehmend – im Zuge der Verschärfung des Kalten Krieges – mildere Strafen und Freisprüche ausgesprochen wurden.

Der Bericht über den Prozess gegen Dachauer KZ-Ärzte geht auch ausführlich auf die Verhandlungen gegen Dachauer Ärzte im Nürnberger Ärzteprozess ein. Beschrieben werden die grausamen kriegsmedizinischen Experimente an Häftlingen (Unterdruckkammer, Auskühlung, Medikamentenversuche) und ihre Ahndung.

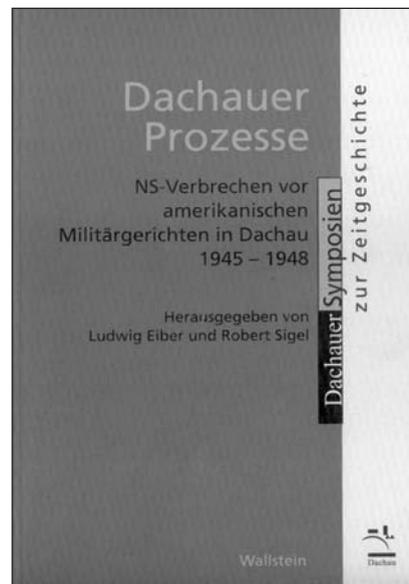
Im Beitrag über den Dachauer Buchen-

wald-Prozess verweist die Autorin auf Unzulänglichkeiten, die letztlich eine gründliche Strafverfolgung beeinträchtigten: geringe Kenntnisse der Ermittler über das NS-System, uneinheitliche Kriterien für die Bewertung der Straftaten und nicht zuletzt das zunehmende Akzeptieren eines „Befehlsnotstandes“ als Entlastung, was immer mehr auf gemäßigte, nachsichtige Urteile und vorzeitige Entlassungen hinauslief. (In diesem Beitrag wird aber auch der historische Irrtum kolportiert, Buchenwald sei von amerikanischen Truppen befreit worden.)

Am Beispiel des Dachauer Mauthausen-Prozesse wird angemerkt, dass die Strafen in den 61 Folgeverfahren wesentlich niedriger ausfielen als im Hauptverfahren und Anfang der 1950er Jahre alle zu Haft Verurteilten auf Bewährung aus dem Kriegsverbrechergefängnis Landshut freigelassen wurden.

Bei dem Rastatter Prozess zum Saarbrücker Gestapo-Lager Neue Bremm, dem ersten Prozess seiner Art in der französischen Besatzungszone, der Gegenstand eines weiteren Beitrages ist, besteht ein Zusammenhang zu den Dachauer Prozessen lediglich darin, dass diese hier als Bezugsrahmen dienten, sich hier also die Franzosen an den Amerikanern orientierten – in positiver wie auch in negativer Hinsicht, wie die Autorin zeigt. Weitere Beiträge zum KZ Dachau und seinen Außenlagern sind westdeutschen und österreichischen Ermittlungen und Prozessen gewidmet.

Von „Dachau nach Den Haag“ ist der letzte Artikel überschrieben. Sein Bezug zu den Dachauer Prozessen besteht lediglich



darin, dass sie, wie andere Prozesse auch, vor allem die Nürnberger, zur Weiterentwicklung des Völkerrechts geführt haben. Der Beitrag widmet sich vor allem den Kriegsverbrechen in Jugoslawien und afrikanischen Ländern in den 90er Jahren und ihrer Ahndung, die mit den Verbrechen des Naziregimes und dem in Dachau Verhandelten nicht auf eine Stufe zu stellen sind. Und wenn zudem diesem Artikel die Hälfte des Klappentextes gewidmet ist, handelt es sich doch wohl um eine etwas gewaltsame Aktualisierung.

• GÜNTHER LIPPOLD

Dachauer Prozesse. NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945-1948. Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen. Hrsg. Ludwig Eiber und Robert Sigel. Wallstein Verlag, Göttingen 2007. 320 S., 3 Abb., 20 Euro (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 7)

Annotiert

Gedenkbuch für verfolgte und vertriebene Forscher im NS-Staat

Reinhard Rürup unter Mitwirkung von Michael Schüring: Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebene Forscherinnen und Forscher. Reihe: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 14. Wallstein Verlag, Göttingen 2008. 539 S., 34,00 €

Das Gedenkbuch behandelt im Teil I die Verfolgungs- und Vertreibungsvorgänge in der 1911 zur Förderung der Wissenschaften gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft während der NS-Zeit, von denen 126 Personen, darunter 22 Nichtwissenschaftler, betroffen waren.

Der Teil II vereint 104 biografische Skizzen, die im Teil III durch eine Fotodokumentation einzelner Personen und der besonders betroffenen Institute ergänzt werden.

Zahlreiche Vertriebene waren gezwungen, außerhalb des faschistischen Deutschlands einen Neuanfang zu versuchen. Nach Deutschland zurückgekehrt sind nach 1945 nur wenige.

„Diese Menschen zu würdigen, ihren Platz in der deutschen Forschung zu dokumentieren und den vielfach Unbekannten ein Gesicht zu geben“, schreibt der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Peter Gruss, in seinem Geleitwort, „ist das Anliegen des vorliegenden Gedenkbuches. Die Max-Planck-Gesellschaft als Erbin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist es ihnen schuldig.“ • K. S.

Ein ungesühntes Verbrechen

Der Mord an den Lemberger Professoren

Die polnische Nation war eines der mördertischen Hauptziele des deutschen Faschismus. Fast sechs Millionen Polen, darunter 2,7 Millionen Juden, wurden sein Opfer. Zu den Verlusten der Intelligenz gehörten 56,9 Prozent der Rechtsanwälte, 38,7 Prozent der Ärzte, 28,5 Prozent der Professoren und Assistenten und 27,2 Prozent der katholischen Geistlichen. Es war das erklärte Ziel, die polnische Intelligenz weitestgehend zu dezimieren. In diesem Kontext gibt Dieter Schenk in seinem jüngsten Buch eine kompakte Übersicht über den Völkermord in Galizien. Hier kamen bis Juli 1944 durch Pogrome, Massenerschießungen sowie infolge von Hunger und Seuchen in den Ghettos und Zwangsarbeitslagern mindestens 525 000 Menschen ums Leben. Nur 2 bis 3 Prozent der zuvor 450 000 Seelen umfassenden jüdischen Gesamtbevölkerung überlebten. Darin eingeordnet steht auch die von Schenk geschilderte Vorgeschichte des Holocausts in Ostgalizien, darunter die Ermordung der Krakauer Professoren im November 1939.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht die Ermordung der Lemberger

Hochschullehrer. In Polen Schulbuchwissen, hingegen in der BRD weitgehend unbekannt. In Befolgung der Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes zur Vernichtung der polnischen Intelligenz wurden in der Nacht vom 3. zum 4. Juli 1941 von einem SS-Einsatzkommando 52 Personen verhaftet, von denen 45 vorwiegend in derselben Nacht bzw. in den folgenden Tagen getötet wurden. Zu den Ermordeten gehörten 23 hochkarätige Professoren, drei ihrer Ehefrauen, neun ihrer Söhne und ein Enkel. Als Letzter wurde Professor Kazimierz Bartel, ehemaliger Premierminister der polnischen Republik, hingerichtet. Er sollte eine pro-deutsche Regierung bilden, was er strikt abgelehnt hatte. Das Eigentum der getöteten Professoren fiel dem Raub ihrer Mörder und Helfershelfer. Zeugen des Verbrechens kommen ausführlich zu Worte, wodurch Schenks Schilderung nahezu den Charakter einer Dokumentation erhält. Namentlich genannt werden u.a. Stabsmitglieder der den Mord vollziehenden SS-Sondereinheit sowie die dringend Verdächtigen, unmittelbar an dem Tötungsverbrechen mitgewirkt zu haben. Um Spuren zu verwischen, wurden am 8.

Oktober 1943 die Leichen exhumiert und verbrannt.

Die von Schenk aufgezeigte kriminelle Energie der Mörder war an Skrupellosigkeit und Brutalität nicht zu überbieten. Der von Wehrmacht, Schutzpolizei, Polizeibataillonen und ukrainischer Hilfspolizei unterstützte Völkermord in Ostgalizien, der mit der Ermordung der Lemberger Professoren eingeleitet worden war, übersteigt einmal mehr menschliches Vorstellungsvermögen und gehört zu den schrecklichsten von deutschen Faschisten verübten Grausamkeiten. Hierbei richtet Schenk auch den Blick auf die Kräfte, die den deutschen Exekutoren beflissen zur Seite standen, so auch auf jene Ukrainer, die zwischen Kollaboration und Widerstand schwankten. Es gelang der faschistischen Besatzungsmacht, im Frühjahr 1943 eine ukrainische „SS-Schützendivision Galizien“ aufzustellen, zu der sich angeblich 70 000 Freiwillige gemeldet hatten. Andere ukrainische Kräfte, die später in den Widerstand gingen, hatten zunächst die Deutschen als Befreier begrüßt und hofften auf einen ukrainischen Nationalstaat. Die Bandera-Fraktion, die 1942 mit der Aufstellung von Partisanenabteilungen begann, bekämpfte zugleich Deutsche, Sowjets sowie Polen und nannte sich „Ukrainische Aufstandsarmee (UPA)“. Schenks abschließende Kennzeichnung der Strukturen der Nichtverfolgung der Lemberger Professorenmörder nach 1945

und die von ihm hierbei geübte Kritik an der Hamburger Staatsanwaltschaft wirft ein bezeichnendes Licht auf die politisch prekäre Situation in der bundesdeutschen Justiz. Von dem aufrichtigen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer ist der diesen Zustand charakterisierende Satz bekannt: „Wenn ich mein Büro verlasse, befinde ich mich im feindlichen Ausland.“ In diesem Zusammenhang wird auf die Erkenntnisse über den Professorenmord im Ausland und in der DDR eingegangen. Letztere hatte dank der Kontakte mit Fritz Bauer 8000 Originaldokumente und 2000 NS-Unrechtsurteile in die BRD geliefert. Dazu vermerkt Schenk: „Für die Bundesregierung und die Justizministerkonferenz waren solche Kontakte zur ‚SBZ‘ allerdings unerwünscht.“

Der Anhang enthält neben den üblichen Angaben einige spezielle Archivalien, darunter eine Namensliste aller Opfer der Lemberger Mordaktion. 823 Anmerkungen zeugen davon, mit welcher Genauigkeit und Tiefenschärfe Dieter Schenk einem bis heute ungesühnten Verbrechen und seiner Nichtverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland nachgegangen ist.

• KURT SCHNEIDER

Dieter Schenk: Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2007. 308 Seiten, 22 Euro

Porträts der Revolution in Bayern

Sechs Tage nach dem Matrosenaufstand am 1. November 1918 - dem Beginn der Revolution gegen den Kaiser und seinen Krieg - konstituierte sich im Bayerischen Landtag ein provisorischer Arbeiter-Soldaten- und Bauernrat, für den Kurt Eisner die demokratisch-sozialistische Republik Bayern ausrief. Die Monarchie war gestürzt, der Freistaat Bayern geboren. Michaela Karl skizziert die Ursachen und den Verlauf der Revolution in Bayern, die sie biografisch erhellt. „Die Selbstzeugnisse, die wir von den Entscheidungsträgern der bayrischen Revolution besitzen“, schreibt sie, „ermöglichen es, die Revolution aus sich selbst heraus darzustellen und nicht mit der Allwissenheit der Nachgeborenen sein Urteil zu fällen.“ Ebenso ermögliche die biographische Annäherung an die Revolution die „kolportierte Behauptung“ zu widerlegen, es sei damals um nichts Geringeres als die Abwehr des Bolschewismus in Bayern gegangen. Die von der Autorin porträtierten Persönlichkeiten, die dazu beitragen wollten, eine andere Gesellschaft zu begründen, eine neue Welt zu schaffen, sind - aus Platzgründen hier nur genannt - neben Kurt Eis-

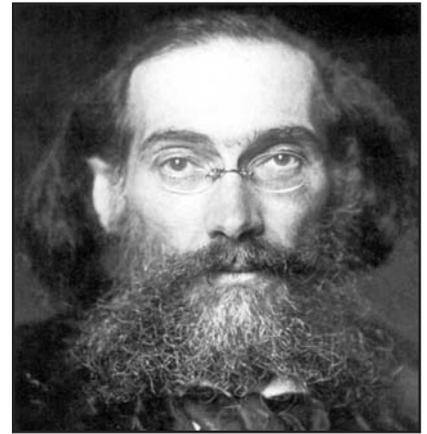
ner (1867-1919): Erich Mühsam (1878-1934), die Brüder Ludwig (1880-1918) und Karl Gandorfer (1875-1932), Anita Augspurg (1857-1943), Lida Gustava Heymann (1868-1943), Gustav Landauer (1870-1919), Ernst Niekisch (1889-1967), Ernst Toller (1893-1939), Eugen Levine (1893-1919), Rudolf Eglhofer (1896-1919) und auch Johannes Hoffmann (1867-1930), der, von der Autorin als der „bayerische Noske“ bezeichnet, der in der Weimarer Republik zu einem Initiator der Gegenrevolution wurde. Am 21. Februar 1919 wird Kurt Eisner; Ministerpräsident des Freistaates Bayern, ermordet. Mehr als 100 000 Menschen folgen dem Sarg zum Münchener Ostfriedhof. Sein Freund Gustav Landauer, der am 2. Mai 1919 auf grausame Weise ermordet wird, hält die Trauerrede und würdigt ihn als einen Menschen, der "mit den Armen und Getretenen fühlte und die Möglichkeit, die Notwendigkeit erkannte, der Not und Knechtung ein Ende zu machen". Wenige Tage später bezeichnet Heinrich Mann auf einer Gedenkveranstaltung Kurt Eisner als den „ersten wahrhaft geistigen Menschen an der Spitze eines deutschen

Staates“. Der Tod Kurt Eisners, den die Autorin als „einen großen Streiter für einen ethischen Sozialismus“ charakterisiert, war ein tiefer Einschnitt in die Revolution, die aus Bayern einen Freistaat und aus kaiserlichen Untertanen freie Bürger gemacht hatte. Am 7. April 1919 proklamieren Vertreter der USPD, der Anarchisten, des Bayerischen Bauernbundes und eines Teiles der SPD die umstrittene Bayerische Räterepublik. An ihrer mörderischen Niederschlagung ist, worauf Manuela Karl betont hinweist, zahlreiche spätere NS-Prominenz beteiligt, darunter auch Heinrich Himmler. „Antikommunismus und Antisozialismus werden zu beherrschenden Größen der bayerischen Politik.“

Der Autorin und dem Verlag ist für dieses bewegende Buch zu danken.

• **KURT SCHNEIDER**

Michaela Karl: *Die Münchener Räterepublik. Porträts einer Revolution. Patmos Verlag, Düsseldorf 2008. 277 Seiten, 24,90 Euro*



Porträts: Erich Mühsam (oben)
Gustav Landauer (unten)

Konflikthaftes Verhältnis

Vor drei Jahren wandten sich 28 deutsche Botschafter a.D. aus Ost und West an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josef Borrell Fontelles, und empfahlen einen Dialog auf gleicher Augenhöhe mit politischen Kräften der islamischen Welt. In seiner Antwort teilte der Präsident weitgehend die Auffassung der deutschen Botschafter. Der Brief von "Diplomats for Peace with the Islamic World" und die Antwort des Präsidenten Fontelles sind nunmehr im Heft 17 der "Schriften zur internationalen Politik" veröffentlicht. Der politische Islam im nahöstlichen Raum und der falsche Umgang westlicher Politik mit dem Islamismus werden von Wolfgang Bator, Arne C. Seifert und Heinz-Dieter Winter analysiert. Auf die Frage "Islam, Islamismus - eine Gefahr für Deutschland?" antwortet Heinz Knobbe. Ein Aufsatz von Arne C. Seifert (Botschafter a.D.) unter dem Titel "Konflikte und Werte-Pluralität", veröffentlicht zum Zweiten Strausberger Symposium, wurde von der Schriftenreihe der Akademie der Bundeswehr übernommen. Insgesamt eine weitere beachtenswerte Publikation, mit der sich der VIP an der öffentlichen Diskussion beteiligt.

• **FRANZ-KARL HITZE**

Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. (Hrsg.): *Islamismus - Konflikt oder Koexistenz? Schriften zur internationalen Politik, Heft 17 / 2008. 96 Seiten, Druck- und Versandkosten: 5 Euro. Zu beziehen beim Herausgeber, Wilhelmstraße 50, 10117 Berlin, oder E-Mail: VorstandVIP@aol.com*

Endlich eine populäre Biografie des „rasenden Reporters“



Die Nazis hassten Egon Erwin Kisch so sehr, dass sie nicht nur seine Werke auf die Liste der verbotenen und zu verbrennenden Bücher setzten, sondern ihn bereits einen Tag nach dem Reichstagsbrand verhafteten. Mit gezogenen Pistolen erschienen zwei Kriminalbeamte am frühen Morgen des 28. Februar in seinem Quartier und schafften ihn ins Polizeipräsidium am Berliner Alexanderplatz. Dass der „rasende Reporter“ nach einer Woche wieder frei kam - wobei er sofort des Landes verwiesen wurde - das hatte er allein seiner tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit zu verdanken. Nicht auszudenken, was mit Kisch anderenfalls geschehen wäre; die Schicksale Carl v. Ossietzkys oder Erich Mühsams, um nur diese zwei zu nennen, sprechen Bände. Sein einst so geliebtes Berlin sollte Kisch nicht wieder sehen. Nach der Zerschlagung des faschistischen Jochs kehrte er 1946 in sein nicht weniger geliebtes Prag zurück, wo er vor 60 Jahren nach zwei Schlaganfällen starb. Das literarische Werk, das Kisch hinterließ, ist nicht an den Tag gebunden. Seine

in vier Jahrzehnten entstandenen Reportagen aus fünf Kontinenten - dem Leser dargeboten unter Buchtitel wie Zaren, Popen, Bolschewiken, Asien gründlich verändert, China geheim, Paradies Amerika, Landung in Australien, Entdeckungen in Mexiko, Geschichten aus sieben Ghettos - sind vielmehr meisterliche Zeugnisse der gesellschaftlichen und politischen Zustände des 20. Jahrhundert. Sie heute zu lesen (oder wiederzulesen) erweitert anschaulich das Verständnis für das "Zeitalter der Extreme" und der darin stattgefundenen gesellschaftlichen Umbrüche.

Während viele Texte des „rasenden Reporters“ glücklicherweise weiterhin im Buchhandel greifbar sind, fehlte seit langem eine populäre Lebensgeschichte von ihm. Diese Lücke nun ist seit kurzem geschlossen. Klaus Haupt, ausgewiesener Kisch-Kenner, hat das Leben des Journalisten und Reporters Egon Erwin Kisch in einer sprachlich schönen biografischen Skizze nachgezeichnet. Alle wesentlichen Etappen seines Lebens - von der Geburt im Prager jüdischen Elternhaus am 29. April 1885 bis zu seinem Tod am 31. März 1948 in einem Prager Krankenhaus - schildert der Autor, unterstützt von einer klugen Bildauswahl, für den Leser anschaulich nachvollziehbar. Die geschmackvolle typografische Gestaltung des Bändchens macht es zugleich für jeden Kisch-Freund zu einer kleinen beglückenden bibliophilen Kostbarkeit.

• **FIETE GAARDEN**

Klaus Haupt: *Egon Erwin Kisch (1885-1948). Der Rasende Reporter aus dem Prager „Haus zu den Goldenen Bären“*. Hentrich & Hentrich, Berlin 2008, 72 S., 6,90 Euro. *Jüdische Miniaturen. Spektrum Jüdischen Lebens. Hrsg. v. Hermann Simon, Band 68.)*

Ringelnetz pointiert

Eine anekdotische Biographie nennt der Verlag das Büchlein, das mit rund 300 Begebenheiten das bewegte Leben des Seemanns, Kabarettisten, Dichters und Malers Joachim Ringelnatz auf eigene Art nachzeichnet. Episodenhaft werden Leben und Persönlichkeit des 1883 in Wurzzen als Hans Bötticher Geborenen beschrieben, der sich in über 30 Berufen durch die Welt schlug. Wie sein poetisches Werk lassen sie erkennen, wie er, der noch kurz vor seinem Tode 1933 von den Nazis auf den Index gesetzt wurde, allen Widerwärtigkeiten seiner Zeit und seiner Lebensumstände geistvoll, mit kritischer Weltsicht und - vielfach hinter-sinnigem - Humor zu begegnen wusste.

• **L.**

Lass dich ja nicht zum Lachen verleiten. Anekdoten über Ringelnatz. Erzählt von Ulf Annel. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2008. 127 Seiten, 10 Euro

Gestrige Heutigkeit

Eine Tour durch Deutschland, allerdings, das Land, aus dem Eberhard Panitz zu seiner kleinen Reise aufbrach, ist mittlerweile hin. Kreuz und quer reiste er mit seinem „Wartburg“ im Jahr 1965 durch bundesdeutsche Städte. Das war die Zeit, als NATO-Pläne zur Atomverminung an der Grenze zwischen den beiden Deutschlands an die Öffentlichkeit gelangten. Die 27 Kurzgeschichten wirken durch ihre gestrige Heutigkeit. Nachgeborenen hilft Panitz mit einer kleinen Zeittafel aus jenen Jahren.

Eine empfehlenswerte und vor allem auch handliche Reiselektüre, die in jede Jackentasche passt und nachdenkliches Lesevergnügen bereitet.

• **Z.**

Eberhard Panitz: *Deutschland hin und zurück, Rote Taschenbücher Band 3. Verlag Wiljo Heinen, Böklund 2008 172.Seiten, 5 Euro.*

In seinem berühmten Buch „Mein Kampf“ hatte Adolf Hitler die brutale Bekämpfung des Judentums als eines seiner weitreichenden Ziele verkündet. Bereits 1933 folgten die Boykottaufrufe gegen jüdische Geschäfte und 1935 wurden die Nürnberger Rassengesetze erlassen, mit denen alle Juden zu Menschen zweiter Klasse abgestuft wurden. Es folgte in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 der von der Naziführung groß angelegte Angriff auf Deutschlands Judentum, die Reichspogromnacht, wegen des in großen Mengen dabei zu Bruch gegangenen Glases der Schaufenster und Fensterscheiben verharmlosend auch als „Reichskristallnacht“ bezeichnet.

Das stilisierte Attentat

Am 6. Oktober 1938 hatte die polnische Regierung eine Verordnung bekanntgegeben, nach der alle Ausländer bis zum 29. des Monats in Polen einen Stempel in ihrem Pass holen mussten, um nicht ihre Staatsangehörigkeit zu verlieren. Für die polnischen Behörden war dies eine Möglichkeit, 60 000 in Deutschland lebende polnische Juden los zu werden. Der deutsche SD-Chef Reinhard Heydrich ließ so viele polnische Juden, wie man habhaft werden konnte, im ganzen Reich in Abschiebehaft nehmen. Zusammen mit etwa 17 000 polnischen Juden wurde auch die Familie Grynszpan über die polnisch-deutsche Grenze abgeschoben. Der 17-jährige Herschel Grynszpan – sein Vater lebte in Deutschland – wollte sich für die Deportation seiner Eltern rächen. Am 7. November 1938 betrat er gegen 8.30 Uhr die deutsche Botschaft in Paris. Als der Botschaftssekretär Ernst vom Rath nach seinen Wünschen fragte, zog der junge Mann einen Revolver und schoss ihn nieder. Die Naziführung stilisierte das Attentat zum „Anschlag des Weltjudentums“ hoch.

Vor 70 Jahren

Pogrome im November

Nach einem Gespräch zwischen Hitler und Goebbels am Abend des 9. November in München lief eine reichsweite Aktion gegen die Juden an. Goebbels hielt im dortigen Alten Rathaus eine Hetzrede, in der er unverblümt den SA-Führern und Parteifunktionären zu verstehen gab, dass in der kommenden Nacht Übergriffe gegen Jüdische Einrichtungen und Privateigentum „erwartet“ würden. Es sollte der Eindruck erweckt werden, das deutsche Volk setze sich spontan gegen das „internationale Judentum“ zur Wehr.

Bilanz einer Vernichtung

Im Verlauf der terroristischen Aktionen kamen mindestens 91 Menschen ums Leben. Zumeist handelte es sich um Geschäftsinhaber. Es wurden 7500 Geschäfte zerstört, 29 Warenhäuser verwüstet oder angesteckt, 171 Wohnhäuser demoliert und 101 Synagogen gingen in Flammen auf. Rund 26 000 jüdische Männer wurden binnen weniger Stunden festgenommen und in Konzentrationslager gebracht. Erst nach Bezahlung von Lösegeldern kamen sie teilweise wieder frei. Mit dem systematischen Raub jüdischen Vermögens leitete der Nazistaat den Vernichtungsfeldzug ein. Zudem wurde den jüdischen Bürgern eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark auferlegt. Alle

großen Konzerne bereicherten sich durch die „Arisierung“ der in jüdischem Besitz befindlichen Betriebe und Banken. So schluckten beispielsweise die Deutsche Bank die Mendelssohn-Bank, der Siemens-Konzern das Kabelwerk Cassirer und die Hellmuth-Werke, die AEG die Hühls Kupfer- und Messingwerke und der Flick-Konzern die mitteldeutschen Braunkohlengruben des Petschek-Konzerns. Die massenhafte Aneignung jüdischen Eigentums diente der Mitfinanzierung von Rüstung und Krieg. Eine neue chauvinistische Welle wurde hochgepeitscht. Bei der Anfang Oktober 1938 vorgenommenen Besetzung der Sudetengebiete durch die Wehrmacht und deren nachfolgender Angliederung an das Deutsche Reich hatte sich gezeigt, dass das deutsche Volk mehrheitlich noch nicht für einen neuen Krieg genügend reif gemacht worden war. Mit dem antisemitischen Feindbild sollte gründlich nachgeholfen werden. Am 10. November wandte sich Hitler in einer Rede vor Vertretern der deutschen Presse gegen den „Defätismus“ des deutschen Volkes. Mit brutaler Offenheit kennzeichnete er die Demagogie seiner Friedensbeteuerungen: „Die Umstände haben mich dazu gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsicht-

ten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war.“

Symbolhaftigkeit und Eklat

Jahrzehnte später: Die Volkskammer der DDR trat am 8. November 1988 zu einer würdigen Sondersitzung zusammen und gedachte der Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938. Diese Veranstaltung stand symbolhaft für die antifaschistischen Verhältnisse in der DDR.

Im Bonner Bundestag kam es am 10. November 1988 bei einer Rede von Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) aus dem gleichen Anlass zu einem Eklat. Er führte aus:

„Die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden noch heute ein Faszinosum insofern, als es in der Geschichte kaum eine Parallele zu dem politischen Triumphzug Hitlers während jener ersten Jahre gibt.“

Diese Lobpreisung der Hitlerdiktatur führte zu heftigen Reaktionen im In- und Ausland. Im weiteren Verlauf seiner Rede hatte Jenninger in Form von rhetorischen Fragen die antisemitischen Vorurteile vieler Deutscher dargestellt, ohne eine eigene Distanz zu diesen Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Angesichts der breiten nationalen und internationalen Proteste musste Jenninger vom Amt des Bundestagspräsidenten zurücktreten.

Die Ereignisse von 1938 und der nachfolgende Holocaust gebieten, dieses Geschehen in der Erinnerung wach zu halten und sich stets gegen den Antisemitismus und jeglichen Rechtsextremismus zu positionieren.

• WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (65)

Als nach dem Matrosenaufstand 1918 der Chef der Hochseeflotte, Admiral Scheer, in den Ruhestand trat, übernahm Admiral Hipper dessen Posten. Nach ihm wurde der erste schwere Kreuzer benannt, dessen Bau noch in der Weimarer Republik begann. Nach ihm wurde auch 1935 eine neu angelegte Straße in Schönefeld-Ost benannt. Verständlicherweise wurde sie bereits im Juli 1947 umbenannt. Mit dem neuen Namen Gittelstraße wurde ein Kämpfer gegen die Nazis geehrt, der heute fast vergessen ist. Wer war Kurt Gittel, der 29-jährig im Zuchthaus Waldheim verstarb?

Er wurde am 11. Januar 1914 in Schönefeld geboren. Hier wuchs er auf, besuchte die Schule und die gesamte Lehrerschaft setzte sich dafür ein, dass er wegen seiner sehr guten Schulzeugnisse eine Freistelle zum weiteren Schulbesuch erhalten sollte. Das wurde jedoch abgelehnt weil sein Vater ein „Roter“ war und er keinen Religionsunterricht besucht hatte. So lernte er den Beruf des Buchdruckers. Über den Arbeiter-Turn- und Sportbund fand er 1930 den Weg zum Kommunistischen Jugendverband. Seine Ruhe, sein reger Geist und seine Überzeugungskraft führten dazu, dass er 1932 zum Politischen Leiter des Unterbezirks Leipzig des KJVD gewählt wurde. Nach der Übergabe der

Gittelstraße



Still und etwas abseits in Leipzig-Schönefeld gelegen, in Nähe der Bodenreformsiedlung. Foto: Eiltzer

Macht an Hitler mußte er natürlich untertauchen. Er ging nach Berlin und übernahm hier im Auftrag des ZK des KJVD Kurieraufgaben. Doch er fiel schon bald der Gestapo in die Hände. In den Gestapokellern von „Alex“ und „Moabit“ wurde er grauenvoll gefoltert. 1934 wurde er wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Luckau verbüßte. In der Haft hielt er sich mit Gymnastik fit und las sehr viel. Dabei galt sein besonderes Interesse der Geologie und den Naturphilosophien. Auch in Englisch bildete er sich autodidaktisch weiter. Die notwendige Literatur stellte ihm sein früherer Lehrer zur Verfügung. Im Juni 1936 entlassen, verbrachte ihn die Gestapo, da er immer noch „staatsgefährlich“ sei, in ein KZ. Dort wurde er jedoch nach 14 Tagen entlassen, weil sein Vater massiv dagegen protestierte. Er kehrte zurück nach Leipzig, nutzte die wenige Zeit zu Theater- und Gewandhausbesuchen. Er heiratete die langjährige Freundin Ilse Würzburger. Die gemeinsame kleine Wohnung in der Hildegardstraße 14 wurde nun zum Treffpunkt weiterer Freunde. So entstand eine kleine und recht rege Jugendwiderstandsgruppe. Sie verfasste Kettenbriefe und Druckschriften. Doch die Gruppe flog auf, als 1941 die Gestapo in Vorbereitung auf den Überfall auf die

Sowjetunion ihre Observationen verstärkte. Am 25. Juni 1941 wurde Gittel erneut verhaftet und am 27. 1. 1942 vom 2. Senat des Volksgerichtshofs wegen „Weiterführung der KPD“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 14. 2. 1942 verlegte man ihn von Moabit ins Zuchthaus Waldheim. Am 23. 3. 1943 erhielt seine junge Ehefrau von der Leitung des Zuchthaus die Nachricht, dass Kurts Zustand bedenklich sei und sie ihn jederzeit besuchen könne. Gemeinsam mit Kurts Mutter und seiner Schwester fuhr sie umgehend nach Waldheim. Was sie hier erlebten war unvorstellbar. In der Zelle lag auf dem Stroh ein Bündel Mensch, von dem man annehmen mußte, daß er um Jahrzehnte gealtert sei. Doch es war der 29-jährige Kurt Gittel. Er lebte zwar noch, doch er befand sich bereits in einem Dämmerzustand. In der Zelle gab es keinen Stuhl, keinen Tisch und keine Medizin. Zwei Tage später kam die Nachricht: Tod durch Tuberkulose. Er starb durch Folterungen, Quälereien und Mißstände in den Gestapokellern, Gefängnissen und Zuchthäusern der Nazis. Kurt Gittel wurde im Familiengrab auf dem Schönefelder Friedhof beigesetzt. Die Grabrede hielt ein ehemaliger sozialdemokratischer Lehrer. Die Anteilnahme der Freunde, Bekannten und Genossen war groß. • DIETER KÜRSCHNER

Gefühle am Vorabend

„Am 8. November abends stand ich am Halleschen Tor. Schwer bewaffnete Infanteriekolonnen, Maschinengewehr-Kompanien und leichte Feldartillerie zogen in endlosen Zügen an mir vorüber [...] Das Menschenmaterial sah recht verwegen aus. [...] Kein Zweifel, es sollte in Berlin die Revolution des Volkes im Blute ersäufen. [...] jetzt, wo die Stunde der Entscheidung nahte, erfasste mich ein beklemmendes Gefühl, eine große Sorge um meine Klasesengenossen, um das Proletariat. Ich selbst kam mir angesichts der Größe der Stunde beschämend klein und schwach vor. Kein unfehlbarer Führer zeigt dem Proletariat die Pfade, die es zu wandeln hat.“

Mit diesen, bei Rosa Luxemburg geborgten Zeilen beschrieb Richard Müller (1880-1943), Sprecher der Revolutionären Obleute und einer der maßgeblichen Organisatoren der Novemberrevolution, seine Gefühle am Vorabend des Umsturzes. Selbstzweifel waren sonst seine Sache nicht, selbstbewusst und mit einer an Sturheit grenzenden Gründlichkeit hatte Müller stets seine Positionen vertreten, die Organisationsarbeit in der Metallgewerkschaft DMV vorangetrieben und versucht, die Idee des Sozialismus fester in der Arbeiterschaft zu verankern. Doch eine bewaffnete Revolution war etwas anderes als ein Lohnkampf.

Vier Jahre Krieg, Millionen Tote, Hungersnot und ungezähltes menschliches Elend hatte es gebraucht, bis die Stimmung reif war, das entscheidende zu wagen. Nur eine entschiedene Minderheit war im November 1918 vorbereitet zum Umsturz. SPD und Gewerkschaftsführung hatten den Krieg unterstützt, noch in den letzten Kriegstagen rief das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“ zur Zeichnung von Kriegsanleihen auf.

Auch die „Revolutionären Obleute“ aus Berlin waren nicht mit diesem Namen auf die Welt gekommen. Zwei Jahre hatte es gebraucht, bis Richard Müller und sein Kreis von Lohn- und Abwehrkämpfen übergingen zu politischen Massenstreiks, die sich gegen den Krieg als solches richteten.

Entstanden waren die Obleute aus der Opposition der Berliner Metallarbeiter gegen ihre eigene Gewerkschaftsführung.

Richard Müller – der Obmann der Novemberrevolution

Richard Müller, damals Branchenleiter der Dreher, schaffte es, aus einem kleinen Kreis von Unzufriedenen eine schlagkräftige revolutionäre Organisation zu schmieden. Eine Gruppe von Vertrauensleuten in den Großbetrieben traf sich regelmäßig am Rande von scheinbar unpolitischen Bierfesten oder im privaten Rahmen. Jeder Obmann eines Großbetriebes hatte seinerseits Vertrauensleute in den Abteilungen, das so entstandene Netzwerk hatte Einfluss auf Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen.

Die Massen erreichen

Ihre erste Aktion war der „Liebknechtstreik“ von 1916, ein politischer Solidaritätsstreik gegen die Verhaftung und Verurteilung Karl Liebknechts. Obwohl sich zehntausende Berliner Arbeiter beteiligten, erreichte die Aktion ihr Ziel nicht: Liebknecht wurde verurteilt und kam erst im Oktober 1918 wieder frei. Doch für die sozialistische Friedensbewegung bedeutete das die Wende. Der Staat wollte mit dem Prozess Stärke zeigen und offenbarte stattdessen die eigene Schwäche.

Zwei weitere Massenstreiks folgten, der Aprilstreik 1917 und der Januarstreik 1918. Beide übertrafen den Liebknechtstreik bei weitem, sie waren nicht auf Berlin begrenzt, und die Teilnehmenden zählten nach Hunderttausenden.

Der vierte Massenstreik war keiner mehr. Ende 1918 ging es ums Ganze, alles oder nichts. Drei Gruppen standen hinter den Plänen zum Umsturz: die Revolutionären Obleute, der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründete Spartakusbund und der Linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD). Zahllose weitere wünschten sich den Wechsel, vom meuternden Matrosen bis hin zur hungernenden Hausfrau. Doch der Wandel kam nicht

aus dem Nichts. Er war mit hohem persönlichen Risiko der Akteure verbunden. Rosa Luxemburg hatte über drei Jahre in Haft verbracht, Karl Liebknecht zwei Jahre. Richard Müller wurde dreimal zum Militär eingezogen und konnte sich nur durch Dienstunfähigkeit, wiederholte Reklamationen als Facharbeiter und zum Schluss eine Kandidatur für den Reichstag dem Frontdienst entziehen. Andere hatten weniger Glück: nach jedem Massenstreik wurden tausende streikender Arbeiter eingezogen, viele von ihnen ließen ihr Leben an der Front und erlebten das Kriegsende nicht mehr.

Obleute, USPD und Spartakusgruppe trafen sich im Herbst 1918 regelmäßig, um ihre Aktionen zu koordinieren. Das größte Gewicht hatten dabei die Obleute: sie waren die Einzigen, die über ein aktives Netzwerk in den Betrieben verfügten, die Stimmung an der Basis genau kannten und die Autorität hatten, einen Generalstreik zur Realität werden zu lassen. Bei der Entscheidung über den Zeitpunkt des Aufstandes waren einzig die Obleute stimmberichtig. Sehr zum Verdruss Karl Liebknechts und der Spartakusgruppe, die nach Ausbruch der Matrosenrevolte im Oktober 1918 endlich Aktionen und ein schnelles „Zuschlagen“ forderten. Doch die Obleute setzten sich durch. Sie mussten den Tag des Aufstandes zwar spontan vorverlegen, im daraus resultierenden Chaos wurden viele ihrer Pläne durchkreuzt - aber die Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Innerhalb eines Tages wurde die Monarchie gestürzt und eine sozialistische Übergangsregierung eingesetzt.

Die heute „Vergessenen“

Der Dreher Richard Müller und der Klempner Emil Barth als Sprecher der Obleute rückten nun an die Spitzen des

Staates vor. Barth wurde Volksbeauftragter, Müller Vorsitzender des „Groß-Berliner Vollzugsrates der Arbeiter und Soldatenräte“, dem obersten Räteorgan der „Deutschen Sozialistischen Republik“.

Dennoch sind ihre Namen heute so gut wie vergessen. Dies hat zwei Gründe. Einerseits die Niederlage der Revolution, die durch eine „Koalition der Ordnung“ aus Militärs, Industrie und nicht zuletzt der Mehrheits-Sozialdemokratie unter Friedrich Ebert niedergeschlagen wurde.

Ein zweiter Grund, warum zentrale Akteure wie Richard Müller und die Revolutionären Obleute heute kaum bekannt sind, ist die Geschichtspolitik vergangener Jahrzehnte. Geprägt vom Widerspruch Kommunismus-Sozialdemokratie interessierte sich kaum jemand so recht für die unabhängig-sozialistischen Strömungen der Jahre 1918-1920. Im Westen wie im Osten dominierte eine Parteigeschichte, die vor allem an der eigenen Legitimationsarbeit interessiert war. Daher ist im öffentlichen Bewusstsein, selbst in der Linken, kaum etwas bekannt über die Obleute und ihre Akteure. Schade eigentlich, denn gerade nach dem Zerfall des Staatssozialismus und angesichts neuer Krisen des Kapitalismus ist kritische Selbstreflexion der eigenen Geschichte notwendig für den Wiederaufbau einer linken Bewegung.

Die Obleute als Organisation von unten, basisdemokratisch und doch handlungsfähig, geben hier interessante Denkanstöße. Auch heute gilt: „Kein unfehlbarer Führer zeigt dem Proletariat die Pfade, die es zu wandeln hat.“ Uns selbst zu organisieren, ohne uns selbst im Wege zu stehen, nicht darauf vertrauen, dass andere für uns handeln - das ist etwas, was wir von den Obleuten durchaus lernen könnten.

• RALF HOFFFROGGE

Unter dem Titel „Richard Müller - Der Mann hinter der Novemberrevolution“ erscheint im Oktober 2008 im Karl-Dietz-Verlag Berlin eine von Ralf Hoffrogge verfasste Biographie Richard Müllers als Band VIII der von Klaus Kinner herausgegebenen Reihe „Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus“.



Am 8. November 1918 bildete sich in Leipzig ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat. Revolutionäre besetzten unter anderem das Redaktionsgebäude und die Arbeitsräume von Edgar Herfurth, dem Herausgeber der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, im Peterssteinweg und schlossen den Betrieb.

In Großzschocher, Leutzsch und Oetzsch entwaffneten revolutionäre Soldaten und Arbeiter die Polizei und nahmen die Waffen mit. An vielen Hauswänden und Mauern klebten Plakate des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates. Fotos: LN-Archiv



Sportjournalisten, die sich als Dopingspezialisten ausgeben, dürfen sicher sein, dass ihre Branche "sicher" ist. Wer zum Beispiel in der Boris-Becker- oder Steffi-Graf-Ära zum Tennisschreiber avancierte, hat heute seine liebe Not, mal irgendwo ein paar Zeilen schreiben zu dürfen oder sogar mit einer Fernsehsendung zu Geld zu kommen. Höchstens die Fußballschreiber sind ähnlich sicher, wie die Dopingexperten, müssen aber damit leben, dass es Wochen im Jahr gibt, in denen Fußballruhe herrscht.

Genug der Vorrede: Doping ist wieder mal "in"!

Der gestern noch gefeierte Tour-de-France-Star Stefan Schumacher ist auf die Anklagebank geraten und liefert also für einige Zeit Stoff. Das Verblüffendste an dem Thema ist, dass die "Experten" immer wieder den uralten Film ganz von vorn vorführen und viele Leser, Hörer, Schauer jedes Mal wieder gebührend staunen und sich auch empören. Zumindest bis die Experten kommen und versichern: "Jetzt ist wieder alles sauber! Sie fahren ab morgen die Pyrenäengipfel hinauf, nachdem sie zum Frühstück einen warmen Tee getrunken und drei Brötchen gegessen haben." Und die Bosse der ARD und des ZDF verkünden: "Wenn das so ist, übertragen wir auch wieder!"

Und dann schlägt wieder die Stunde der Doping-Experten, die neue Täter anklagen und dem staunenden Laien mitteilen, dass der ein "Epo-Mittel der dritten Generation" genommen hat und eben eine Maschine entwickelt wurde, die erbarmungslos auch die Spuren dieser "dritten Generation" findet. Und dann beginnt wieder das große Kopfschütteln - siehe oben.

Um das einmal mehr im Klartext zu vermitteln: Die Tour de France ist über hundert Jahre alt und seit über hundert Jahren nehmen die Stars dieses Rennens Dopingmittel. Einst waren das Arsen und Strychnin, heute ist es CERA. Und wer glaubt, dass der Hinweis auf Arsen eine maßlose Übertreibung sei, sollte sich von mir berichten lassen, dass sich ein früherer Sechstagesfahrer nach 1945 vor meinen Augen Sonntag für Sonntag auf der Radrennbahn Neukölln bei entsprechender Bezahlung durch fassungslose Zuschauer - kleiner Kreis hinter den Hecken - Arsen in den Mund schüttete und sich dann mit den Geldscheinen in der Tasche vergnügt aufs Rad schwang.

Fakt ist: Ein Radprofi erhält nur auf Dauer einen Vertrag, wenn er das Unternehmen, das sein Trikot dekoriert, weil es mit ihm werben will, zufriedenstellt. Wer eine Stunde nach dem Sieger ins Ziel kommt, wirbt nicht. Ergo: Bekommt er keinen neuen Vertrag und auch bei einer

anderen Firma keinen. Er ist und bleibt arbeitslos. Gewinnt er bei der Tour Etappen, steht auf dem Siegespodest und zeigt die Werbeaufschrift derjenigen, die ihn bezahlen, kann er im besten Fall sogar mit Millionen rechnen. Und das allein ist sein Motiv, sich umzuhören, wo man an ein verheißungsvolles Mittelchen gelangen kann. Und das bekommt er nicht in der nächsten Apotheke, son-

gends. Also kann es nur das Kreische gewesen sein, das Jahre hindurch als die Dopinghölle der DDR denunziert worden war. Erinnern Sie sich noch? Als die "große Einheit" über uns kam, folgte der auch bald die große Treibjagd auf DDR-Sportler, DDR-Trainer, DDR-Ärzte. Kriminalisten in Regimentsstärke schwärmten aus und forderten von den Athleten Geständnisse und vor allem Anzeigen gegen Ärzte, die hemmungslos - und nur um der Medaillen für die angeblich so medaillenstüchtige DDR wegen - die Dopinggifte ausgeteilt haben sollten.

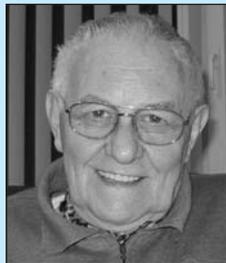
Erinnern Sie sich noch der Prozesse? Das Gericht in Berlin-Moabit hatte Sachverständige aus dem tiefsten Westen geholt, die allerdings - derlei haben Gutachter so an sich - bei der Wahrheit blieben und zu Papier gaben, dass in keinem Fall ein Beweis für körperliche Schäden durch Dopingvergaben nachgewiesen worden sei. Die Richter sprachen dennoch ihre Urteile. Das ist mehr als ein Jahrzehnt her und nun las ich im "Focus": "Die Nebel der Vergangenheit lichten sich unterdessen weiter. Fahrer der T-Mobile-Mannschaft sollen sich an der sportmedizinischen Abteilung der Freiburger Universitätsklinik auch nach 2002 systematisch mit Epo versorgt haben. Der Freiburger Oberstaatsanwalt Christoph Frank bestätigte FOCUS, dass man Hinweise auf 'Epo-Gebrauch in nicht rechtsverjährtem Zeitraum' gefunden habe. Hierzu wurden Lieferungen von Apotheken an die früheren Uni-Sportärzte Lothar Heinrich und Andreas Schmid überprüft. ... Täglich wartet Frank auf ein Gutachten zur Frage, ob die Blutpansereien den Sportlern hätten Schaden können. Sollte dies zutreffen, gilt neben dem Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz auch der Vorwurf der Körperverletzung, so der Oberstaatsanwalt. In diesem Fall werde der Beschuldigtenkreis erheblich größer. Der gesamten früheren T-Mobile-Rennleitung, angefangen bei Walter Godefroot über Rudy Pevenage, Mario Kummer bis hin zu Olaf Ludwig, drohe dann ein Verfahren wegen Beihilfe zur Körperverletzung."

Erinnern Sie sich der Namen? Kummer und Ludwig sind zwar in der DDR groß geworden, aber gedopt haben sollen sie in der BRD! Meint der Freiburger Oberstaatsanwalt. Und einmal dabei, aufzuräumen, wurde auch gleich noch entdeckt, dass das Dopinglabor in Peking Unterlagen hatte verschwinden lassen.

Ich ende, wie ich begann: Die Sportjournalisten, die sich als Dopingspezialisten ausgeben, dürfen gewiss sein, dass ihre Branche "sicher" ist!

Sportkolumne

Die todsichere Branche



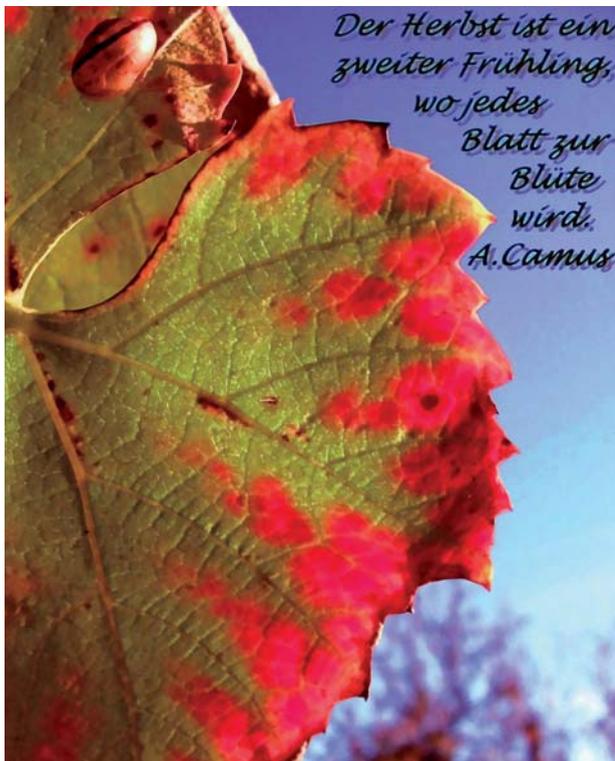
Von KLAUS HUHN

dem in der Regel bei einem kundigen Mediziner, der auch die Dosis kennt und vor allem, wie man es so einnehmen oder sich spritzen lassen muss, dass es den Dopingkontrollen nicht auffällt.

Nun also Stefan Schumacher. "Der Skandal um den Doppeltappensieger der Frankreich-Tour zeigt: Bei Rundfahrten landen wohl unverändert Athleten vorn, die 'mehrere tausend Euro im Monat für Dopingmittel investieren', sagt Detlef Thieme, Leiter des Instituts für Dopinganalytik und Sportbiochemie im sächsischen Kreischa." einem Journalisten und der schrieb es im Magazin "Focus" am 13. Oktober. Bei dem Stichwort Kreische schrillte bei mir eine kleine Klingel. War das nicht? Ich blätterte im Atlas, nein ein zweites Kreische war da nir-

SinnBILDlich

LEIPZIGS NEUE UNTERWEGS



Petra Radtke suchte und fand in Leipzig dieses Herbstblatt und als Beigabe einen Gedanken von Literaturnobelpreisträger Albert Camus



Gerd Eiltzer entdeckte in der Leipziger Brandstraße ein ad absurdum geführtes Ordnungsschild. „Fahrräder abstellen verboten“, klar, demzufolge ist das Anschließen durchaus gestattet. Ein wahrer Schelm, der das Schild so interpretierte. Oder?

Im vergangenen Monat erfolgte im Sächsischen Landtag eine Diskussion, von der FDP beantragt, von der CDU genutzt, mit dem Ziel der „Verklärung“ der DDR, die angeblich durch Eltern und Lehrer betrieben wird, entgegen zu wirken. Ein Ergebnis liegt fest: In Leipzig wird eine Professur geschaffen, die „DDR - Unrecht“ untersuchen soll.

Die Furcht vor der „Verklärung der DDR“ geht auf eine Studie zurück, die der Berliner Professor Dr. Klaus Schroeder verfasst hat: „Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern. Ein Ost - West-Vergleich“. (Schon der Titel zeugt von historischer Dummheit: Die DDR hat nie behauptet, eine „Insel der Seligen“ zu sein, und ein „Stasi“-Staat war sie genau so wenig wie ihre Bruderstaaten.)

Diese Studie hatte schon den Bundespräsidenten alarmiert und viele Medien, auch die „Sächsische Zeitung“, zum Handeln veranlasst.

Die SZ organisierte eine Leserdiskussion zum Thema: „Wird die DDR verklärt?“, zu der etwa 150 Leserbriefe eingingen, von denen 51 abgedruckt wurden. Das Ergebnis ist für die Meinungsmacher der „politischen Klasse“ eine Ohrfeige. Dazu vier Schlussfolgerungen:

Erstens: Die meisten Leser sprachen sich für eine sachliche den Tatsachen verpflichtete Geschichtsschreibung über die DDR aus. Karin Klessig aus Waldheim drückte das (SZ 21./22.6.) so aus: „Die DDR gehört längst in den Geschichtsunterricht ohne Verklärung und muss im historischen Zusammenhang mit der damaligen welt-politischen Lage gesehen werden.“

Allerdings lässt sich gleichzeitig feststellen: Das Besondere, das Einmalige, das Beispielhafte an der DDR in der deutschen Geschichte – die Alternative zu Imperialismus und Krieg – kommt in der Diskussion kaum zum Ausdruck. Aber immerhin wird erkannt: „Der jetzige Staat ist nicht die bessere Alternative. Von Altbundesbürgern, die glauben, die Dresdner Semper -

Johannes Rau am 10. März 2000

„Wenn nur die Sieger Geschichte schreiben, widerfährt den Verlierern selten Gerechtigkeit.“

Oper sei erst nach 1990 aufgebaut worden, lass ich mir nicht erklären, wie wir in der DDR gelebt haben.“ (Helga Lorenz, 24. Juni)

Dass die Friedensfrage zu kurz kommt, kann mehrere Gründe haben: Die Autoren halten diese Tatsache für zu banal und selbstverständlich.

Oder die Auswahl der Briefe war durch die Tatsache diktiert, dass der Vergleich DDR-BRD in der Friedensfrage offiziell am wenigsten erwünscht ist. Jeder weiß: Die DDR war nie an Kriegen beteiligt.

Zweitens: Die überwiegende Zahl der Leser lehnt entschieden die „Zwangsbekehrung“ durch Wessis ab. „Sagt uns nicht, wie wir gelebt haben“, erklärte Karl-Heinz Deutscher aus Bautzen (SZ 5./6.7.). Viele betonten mit berechtigtem Stolz, was Gerhard Smit aus Dresden so ausdrückte: „Die DDR wird nicht verklärt. Es wird nur erklärt, was heute gefordert wird und in der DDR schon vorhanden war.“ (SZ 28./29.6.) Ob die Regierenden diesen klugen Hinweis verstehen?

Auch den Ratschlag Dieter Bouskas aus Dresden (SZ 21./22.6.): „Er (Horst Köhler) sollte in die Diskussion mit gestandenen DDR-Bürgern eintreten und nicht mit Jugendlichen, die die DDR nur vom Hörensagen kennen.“ Mir würde es schon reichen, dass er auf Briefe antwortet.

Besonders ermutigend für Linke könnte die Erkenntnis sein, die Timo Backofen aus Dresden gewann: „DDR-Geschichte ist ein (bislang erfolgreiches) Instrument zur Spaltung der Ostdeutschen, was u. a. das Ergebnis mit sich brachte, dass an

wichtigen Positionen im Osten Westdeutsche das Sagen haben.“ (SZ 21./22.6.)

Drittens: Die „Westdeutschen, die das Sagen haben“, sind vor allem Totalitarismusforscher und ihre Institutionen, die den „Diktaturenvergleich“ als lukrativen Job in staatlichem Auftrag betreiben.

Diese „bezahlten Klopffechter des Kapitals“ fanden keine erkennbare Resonanz. E. Jacob aus Dresden überschrieb seinen Beitrag: „Gleichsetzung mit Nazi-Diktatur ist unerträglich.“ (SZ 5./6.7.)

Tim Weidner aus Neugersdorf urteilte: „Auch sind Zweifel an der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus angebracht.“ (SZ 28./29.6.) Die Kritik am heutigen Staat war bisweilen heftig:

„Machthunger und Geldgier, Lug, Betrug, Heuchelei, Marktwirtschaft und Korruption. Aber alles auf höherem Niveau und mit mehr Freiheit. Also schon ein bisschen besser.“ (Egon Bürger, Großberndmannsdorf, 2. 6)

Darüber steht die Zuschrift „In der Regierung herrscht das reinste Kasperletheater“. Der Leser Wolfram Triller aus Radebeul setzte sich (SZ 21./22.6.) prinzipiell mit der Präambel der sächsischen Verfassung auseinander, die die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus festlegt und jeden zum Verfassungsfeind stempelt, der die DDR nicht in dieses Schema einpasst.

Viertens: Diejenigen, die mit der DDR-Geschichte „abrechnen“ wollen, sind erstaunlich schwach vertreten, noch schwächer sind ihre Argumente und Positionen. Die „Stasi-Keule“ scheint zum Bumerang

geworden zu sein. Dr. Hermann Golle, Dresden, forderte burschikos: „Den Stalinisten und ewig Gestrigen muss entgegengetreten werden. Sie sind im Unrecht.“ (SZ 5./6.7.) Wer aber bestimmt, wer das ist? Und was die „Stalinisten und ewig Gestrigen mit der Verklärung der DDR zu tun haben“, weiß er seinen Mitlesern auch nicht zu sagen. Die deutsche Politik und die Medienfabriken liegen doch wohl nicht in ihren Händen.

Von den vielen Zitaten, die Dr. Golle zur Zurückhaltung mahnen müssten, wähle ich einen Satz Richard von Weizsäckers aus dessen Weihnachtsansprache 1989: *Wir haben allen Grund, den Deutschen in der DDR mit wahrer Achtung zu begegnen. Dazu gehört, ihnen nicht ungebeten dreinzureden, sondern ihre Sorgen ernst zu nehmen und ihnen den Raum und die Zeit zu lassen, die sie brauchen, um ihren Weg zu erkennen.*

Hat der Bundespräsident in den Wind gesprochen? Gehört gar nicht zusammen, was – nach Willy Brandt – zusammenwachsen soll.

Um auf die Frage zurückzukommen: Wird die DDR verklärt? Da müssten natürlich Lehrpläne und Lehrbücher geprüft werden. Eine Prüfung zeigt: An „Mauer, Stacheldraht und 17. Juni“ ist kein Mangel. Nur war das nicht das Wesen der DDR.

Nachdem ich die Analyse der Leserbriefe beendet hatte, fiel mir ein ganzseitiger Artikel aus „Die Welt“ vom 11.9. (Tag der Landtagsdiskussion) in die Hände. Der schon genannte Klaus Schroeder listet unter dem Titel „Die DDR ist quicklebendig“ auf, was ihm Leser auf seine Studie geantwortet haben. Leider macht er keine quantitativen Angaben, und er verallgemeinert nicht. Er zitiert wahllos, und sein Ärger ist groß. Die Leser sagen ihm: Uns muss niemand vorschreiben, wie wir uns an die DDR erinnern sollen. Und das ist ihr unschätzbare Vorteil: Sie kennen die DDR und die BRD.

HORST SCHNEIDER, Dresden

Das macht mir Sorge

Zu: „Abgründe“ (LN 15/08 Seiten 4/5)

Es ist das zweite Mal, in nicht allzulanger Zeit, dass in Leipzig ein Kind aus sexuellen Motiven ermordet wurde. Eine entsetzliche Tat.

Dass Nazis, die sich hier breit machen und die Todesstrafe für Sexualtäter fordern, ist doch der Gipfel des Zynismus. Mir kommen da schlimme Bilder vor Augen, mit Kindern, die im KZ sterben mussten, weil der Faschismus in Deutschland regierte. Nun sind deren Nachfolger erneut bei uns im Land und in Leipzig. So kann man in Mockauer und Theklaer Straßen ihre „Mitteilungen“ lesen.

All das schürt Ängste und macht mir große Sorge.

MARGOT WÖLK, Leipzig

Nicht mal hinterfragt

Gemeinschaftserlebnis: Kindermord

Die besagte Reudnitzer Initiative redet von „Rechtsextremen“, und nicht von Nazis. Sie benutzt damit eine Begrifflichkeit, die das Problem von massenhaft verbreitetem Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, völkischem Antikapitalismus und Nationalismus als Randphänomen konstruiert. Statt eine klare Kritik an der Forderung nach der Todesstrafe zu formulieren und nach Gründen zu fragen, warum das Bündnis aus Bürgern und Nazis so gut funktioniert, wenn es administrativ in Ruhe gelassen wird, versucht man sich an einer alternativen Konstruktion einer Gefühlsgemeinschaft, die außer bekennenden Nazis alle mit einschließen soll: „Wie alle Leipziger Bürgerinnen und Bürger“ sei auch die Initiative „tief betroffen und entsetzt“. Was individuell für die eine oder andere Person stimmt, ist bezogen auf die Einwohner der Stadt platter Populismus. Dieses und ähnliches Betroffenheitsgeschwurbel ist nicht nur problematisch, weil es die Exklusivität und die gefühlte Basis der Reudnitzer Trauergemeinschaft nicht hinterfragt, es ist auch instrumentell.

Zitat: Positionspapier INEX, Leipzig

Leser über LN

Aufgewacht

Zu: LN 14 und 15/08

Guten Morgen, Du Fünfzehnjährige! Aufgewacht und aufgetaucht aus dem „Sommerloch“? Ab wann geruht ihr denn in den „Winterschlaf“ einzutreten? Ein Verlust wäre es nicht, denn weder „Editorial“ noch bunte Bildchen werten „Leipzigs Neue“ hinsichtlich Aktualität, Qualität und Originalität auch nur im Geringsten auf. Nur der Preis.

EKKEHARD FRITZ, Leipzig

Weiter so

Zu: LN 15/08

LEIPZIGS NEUE ist nicht nur farbiger und umfangreicher geworden. Sie ist vor allem besser geworden. Ein Riesen-Kompliment!

HANS-JÜRGEN BERG, Markranstädt
„Gut, dass Euch gibt, bitte weiter so!“ Das äußerten auch GUDRUN CHRISTAN und ORTWIN SPENDER aus Schleswig-Holstein, die uns während ihres Leipzig-Aufenthaltes in der Redaktion besuchten.

LN-Lesetipp

Horst Schneider



Hysterische Historiker

Vom Sinn und Unsinn eines verordneten Geschichtsbildes

In elf Kapiteln und einem Fazit setzt sich der Historiker mit der Totalitarismus-Doktrin auseinander. Er unternimmt den „Diktaturenvergleich“ zwischen Nazi-Deutschland und der DDR, doch bezieht er die Alt und Neu-BRD in den Vergleich mit ein. Wohlfundiert mit reichhaltigem Quellenmaterial.

Erschienen im Verlag Wiljo Heinen.

Die auf dieser Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Diskussionsbeiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen. Die Redaktion



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 28. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: „Der Partisan der Eigentlichkeit begehrt die Sünde, deren er die minoris gentes des Man beschuldigt.“ Adornos Heidegger-Kritik im „Jargon der Eigentlichkeit“. Mit Prof. Dr. Hans-Martin Gerlach, Leipzig
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 28. Oktober, 19 Uhr, Chemnitz
 Buchvorstellung: *Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden*. Mit dem Autor Olaf Baale, Journalist. In Zusammenarbeit mit der Professur für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der TU Chemnitz
 TU, Neues HS-Gebäude, Reichenhainer Str. 90

Mittwoch, 29. Oktober, 18.30 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Gespräch: *Das Geld des Che*. Mit dem Autor Hans-Volkmar Gaitzsch, Taucha
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 29. Oktober, 19 Uhr, Dresden
 Gespräch zur DDR-Geschichte im Rahmen der bundesweiten Bibliothekskampagne „Deutschland liest“. Mit BR Juliane Krummsdorf, Dresden.
 WIR AG, Bibliothek, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 30. Oktober, 10–17.30 Uhr, Leipzig
 Arbeitstagung: *Osteuropa aktuell – innere und internationale Aspekte*. Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian, Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, Dr. Wolfgang Grabowski u. a. Teilnehmergebühr 5 Euro. Anmeldung erbeten. ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 5. November, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Erziehung im Kapitalismus. Von den Grundlagen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten*. Mit Freerk Huiskens, Bremen. ***
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 6. November, 18 Uhr, Chemnitz
 Eröffnung der Ausstellung: *Abdrücke. Fotografien aus der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Auschwitz*. Veranstalter: VVN/BdA, unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Die Ausstellung ist bis 19. 12. 2008 geöffnet.
 VHS im Tietz, 4. Etg., Moritzstr. 20

Freitag, 7. November, 17 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Gespräch: *Deutsche Dichterinnen jüdischen Schicksals: Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs*. Mit dem Autor Prof. Dr. Horst Nalewski und Steffi Böttger, Schauspiel-

lerin, Leipzig. Musikalische Umrahmung: Musikschule „J. S. Bach“
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10
Sonntag, 9. November, 18 Uhr, Leipzig
 Aktion Mahnwache an Stolpersteinen: *Ein Stein für Ella Kroch in der Sebastian-Bach-Str. 53*. In Zusammenarbeit mit der Gruppe „Gedenkmarsch Leipzig“, VVN/BdA Leipzig und dem Netzwerk für demokratische Kultur in Wurzen.
 Sebastian-Bach-Str. 53

Dienstag, 11. November, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Zwischen Skandal und Weltruhm. Vor 50 Jahren begann der Siegeszug des Romans „Die Blechtrommel“ von Günter Grass*. Mit Prof. Dr. Klaus Pezold, Leipzig.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Donnerstag, 13. November, 18 Uhr, Chemnitz
 Der politische Film: *Flüchtlinge in Frankfurt/Oder* Ein Dokumentarfilm über die Lebensverhältnisse von Flüchtlingen. In Zusammenarbeit mit Rothaus e. V., Lohstr. 2

Donnerstag, 13. November, 19 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung 2008*. Mit Prof. Dr. Elmar Brähler, Universitätsklinikum Leipzig
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 18. November, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Die erste friedliche Revolution in Leipzig. Der Platz der Messestadt in der Revolution 1918/1919*. Mit Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Donnerstag, 20. November, 17.30, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Zyklus „75 Jahre Errichtung von KZ in Deutschland“. Die Verbrechen an den Zwangsarbeitern des HASAG-Lagers in Skarzysko-Kamienna werden gesühnt - Zum 60. Jahrestag des Kamienna-Prozesses in Leipzig*. Mit Dr. Dieter Chitralla, Vorsitzender des BdA Leipzig.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 22. November, 10-18 Uhr
 Konferenz: *Armut und prekäre Lebensverhältnisse – Aufgaben für DIE LINKE*. Mit Dr. Lydia Krüger, Berlin; Stefanie Graf, Berlin; Ernest Kaltenegger, Graz; Michael Nimz, Leipzig. Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Club Leipzig der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit Unterstützung der Landesarbeitsgemeinschaft „Frieden und internationale Politik“ der LINKEN Sachsen. ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im November neu bei uns:

Inge Kloepper: *Aufstand der Unterschicht. Was auf uns zukommt*. Hoffmann und Campe, 19,95 Euro

Markus Breitscheidel: *Arm durch Arbeit. Ein Undercover-Bericht Vorw. von Günter Wallraff*. Econ, 18 Euro

Guntram König: *Das große Buch der Nationalen Volksarmee. Geschichte, Aufgaben, Ausrüstung*. Das Neue Berlin, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.
 Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Herzlich danke ich allen Freunden und Kollegen für ihre Glückwünsche anlässlich meines 85. Geburtstages.

Der Vortrag über den „Lehrstuhl Geschichte der Geschichtswissenschaft an der KMU“, der am 15. September mit anschließendem Umtrunk und Imbiss in der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ stattfinden sollte, musste aus gesundheitlichen Gründen verlegt werden. Ein neuer Termin wird sich auch in LN finden.

Werner Berthold



SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis:

Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug
-
Geldinstitut
-
BLZ
-
Kontonummer
-
Kontoinhaber
-
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
-
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
-
2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion künde.

Stadtbibliothek Leipzig
Wilhelm-Leuschner-Platz

Ausstellungen

Alte sächsische Landkarten und Städtebilder. Ausstellungsfoyer, noch bis 25. 10.

Gegen den Strom. Ein Stück originäre Leipziger Literaturgeschichte. Oberlichtsaal, noch bis 22. 11.

Friede, Freude, Monsterliebe. Galerie der Kinderbibliothek, noch bis 7. 11.

Was soll nur werden, wenn ich nicht mehr bin?. Zum 75. Geburtstag des Schriftstellers Helmut Richter. Kabinettausstellung des Literaturarchivs, noch bis 6. 12.

Veranstaltungen

28. 10., 19 Uhr, Geisteswissenschaften, 1. Etg.: **Blindheit lesend verstehen.** Studiosprecher der DZB lesen Werke blinder Autoren

29. 10., 19.30 Uhr, Bibliotheksgeschichtliches Kabinett, 4. Etg.: **Lenins Schwestern.** Bärbel Reetz liest aus ihrem neuen Roman. Eintritt: 3 Euro

Unser Genosse Dr. Edmund Schulz
wird am 9. November
75 Jahre.

Wir danken dir für deine langjährige politische Arbeit, gratulieren ganz herzlich und wünschen dir, lieber Edmund, für die weiteren Lebensjahre alles erdenklich Gute.
Deine Genossinnen und Genossen der Basisgruppe
Löbzig DIE LINKE

Theatrium
Leipzig, Militzter Allee 52
26. 10., 15 Uhr, 27.-29. 10., 10.30 Uhr : Wilhelm-Busch-Geschichten. Für böse und liebe Kinder ab 5 Jahre.

Wir begrüßen die neuen Abonnenten in unserer Hochburg Leipzig und in 12621 Berlin.

Deutscher Freidenker-Verband
Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

20. 11., 16.30 Uhr, Auf welche Hoffnungen sollen wir bauen? Die Enzyklika „Spe salvi“ des Papstes Benedikt XVI. in der Kritik. Vortrag von Prof. Dr. Horst Pickert.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.
Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a

1. Leipziger Leselampe
in der Grassi Nr. 20

Freitag, den 7. 11. 2008, 20.00 Uhr, Grassistr. 20
Herr Ming Cheng, aus China wird Songs aus seinem deutschsprachigen Programm vorstellen, u.a. Lieder von **Marlene Dietrich, Zarah Leander und Hildegard Knef.**
Eintritt frei

Polnisches Institut
Leipzig, Markt 10

4. 11., 19 Uhr, Lesung:
Jürgen Haese: Verloren in Elbing.
Januar 1945: Jürgen verliert mit zehn in Elbing seine deutschen Eltern. Ein polnisches Paar nimmt ihn auf, aus Jürgen wird Jurek – ein Pole.
Jürgen Haese, geb 1934, ist freier Autor

SZM
Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

3. 11., 16 Uhr: Kulinarische Reise um die Welt. Kosten: 0,30 Euro
12. 11., 14.30 Uhr: Singen für und mit Alt und Jung.
13. 11., 19 Uhr: „In medias res“ – Eine gelungene Mischung aus Chanson, romantischem Lied und Protestsong. Mit Sebastian Lohse, Gesang, und Clemens Pötzsch, Piano Eintritt: 6 Euro, m. Leipzig-Pass 3 Euro.
20. 11., 19 Uhr, Lesung mit Steffi Böttger und Hans-Georg Türk: **Richard Rühle „Mein Tagebuch - Aufzeichnungen eines Dreizehnjährigen aus dem Jahre 1865.** Eintritt: 6 Euro, m. Leipzig-Pass 3 Euro

Initiative Christliche Linke

10. 11., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Vortrag von Prof. Dr. Ernstger Kalbe: **Integration und Desintegration auf dem Balkan.**

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Jetzt 3 Wochen gratis

Ernst Bedrohungs Lage

TESTABO / ABO

Ja, ich teste die **junge Welt** für 3 Wochen kostenlos
Probeabo endet automatisch

Ja, ich abonniere die **junge Welt** für mindestens ein halbes Jahr

Frau _____ Herr _____

Name/Vorname ANFA

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Ich bestelle das

Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
 Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Postzeitpunkt) bei Ihnen

Ich bestelle zusätzlich das

Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,90 Euro).

Ich bezahle das Abo

monatlich (nur mit Barkeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung
 Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:

Fidel Castro Mein Leben
Ignacio Ramonet
Fidel Castro, Mein Leben: Rotbuch Verlag, September 2008, 800 Seiten



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840
Sprechzeiten: Dienstags von 10:00 bis 12:00 Uhr

Redaktion: Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock (V.i.S.P.)
Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Oktober 2008
Die nächste Ausgabe erscheint am 21. November 2008

Als das Schiff mit dem Eisberg kollidierte, war auf den Decks nur eine leichte Erschütterung zu spüren. Der Kapitän befahl, auf Kurs zu bleiben und schickte den Ersten Offizier in den großen Salon, um die Passagiere zu beruhigen. Nach einigen Minuten gab es einen dumpfen Stoß, und der Schiffsrumpf knirschte. Einigen Passagieren wurde übel. Der Kapitän rügte einen Steward, der ein paar Gläser zerbrochen hatte. Er unterhielt sich lächelnd mit einigen besorgten Fahrgästen und bat sie um ihr Vertrauen. Das Ganze sei völlig harmlos und mit der Zeit würden sie sich an derartige Zwischenfälle gewöhnen. Kurze Zeit darauf erfolgte ein weiterer Zusammenprall, und das Schiff ächzte und stöhnte. Einige Frauen und Kinder fielen in Ohnmacht, einige Verletzte waren zu beklagen. Der Kapitän ordnete an, den Dritten Offizier abzulösen. Er selbst ging zu den Passagieren und beschwor sie, ihren festen Glauben an ihn, seine Besatzung und ihren Kurs nicht zu verlieren. Danach erfolgten mehrere heftige Kollisionsen, und das Schiff begann hilflos hin- und herzuschwanken. Es donnerte, blitzte und krachte, und mehrere Reisende, die an Deck gegangen waren, wurden über Bord gespült. Der Kapitän rief eine Schiffsversammlung ein und begründete in einer leidenschaftlichen Ansprache, warum sein Kurs richtig und Kritik daran unverantwortlich sei. Indem er an das Verständnis, die Gefühle und die Verantwortung aller appellierte, legte er dar, dass es auf hoher See zuweilen rau und stürmisch zugehe und zum Glück immer nur die anderen von Verlusten betroffen seien. Mitten in seine Rede ertönte ein furchtbarer Knall und die Passagiere wurden von Panik erfaßt. Alle ahnten, daß sich eine schreckliche Katastrophe anbahnte, doch keiner fand den Mut, den Kapitän zum Kurswechsel zu zwingen. Das Schiff aber schlingerte mit stolz geblähter Flagge zwischen Eisbergen und turmhohen Wellen dahin, und im Licht der Blitze leuchtete in schwarzrotgoldenen Lettern sein Name auf: „TEUTONIC“.

Auf Kurs...

... (Name der Redaktion bekannt) geht nun mit einem 45-sekündigen Werbespot an den Start. Dafür wurde mit Casting-Agenturen weltweit nach Doppelgängern

• REINHARD LOCHNER

Mit Vollgas Richtung Revolution?



An diese Wohngemeinschaft mit Marx, Mao, Che, Lenin, Ghandi, Ho Chi Minh, Martin Luther King, Fidel Castro und Rosa Luxemburg ... vermietete dieses Jahr ein Autohersteller eine Hazienda und stopfte obiges „Gruppenbild mit Dame und Hund“ in Leipziger Briefkästen. Was sollte angezettelt werden?

LN klopft und zitiert daraus die „revolutionären“ Sprüche rasender Werbestrategen: „Es muss nicht immer der Kampf auf der Straße sein, der eine Gesellschaft verändert.“

... (Name der Redaktion bekannt) geht nun mit einem 45-sekündigen Werbespot an den Start. Dafür wurde mit Casting-Agenturen weltweit nach Doppelgängern

der einstigen Weltveränderer gefahndet. Mit Erfolg! Nun hofft der Autoproduzent auf potentielle Käufer und ruft: „Es ist mal wieder Zeit für eine Revolution“. LN klemmt den Werbestrategen dieser Firma ein Tucholsky-Zitat unter den Scheibenwischer: „Verärgerte Bürgerliche sind noch keine Revolutionäre.“

Die „solide

„Deutschland ein Land der Dichter und Denker zwischen GZSZ und DSDS! Oder: Vom realexistierenden Surrealismus“
Wer die acht Buchstaben noch nicht dechiffrieren kann, dem kann geholfen werden.
GSZS: Gute Zeiten-Schlechte Zeiten
DSDS: Deutschland sucht den Superstar. (Alles im RTL-Format)
Weg von der Flachbild-Verblödung, rein ins U FLEKU (Solide Unordnung) in der Leipziger Liebknechtstraße 72. An einem Abend, wo ohnehin die Sommerzeit längst ausgeschaltet wurde, am 13. November ab 19.30 Uhr.

Philosophie

Frage:
Gibt es absolute Pechmensen?
Es gibt Menschen, die haben meistens Glück. Das sind die Glücksmenschen.
Es gibt Menschen, die haben meistens Pech. Das sind die Pechmensen.
Widerfährt dem Pechmensen einmal Glück, bedeutet das für ihn viel. Für den Glücksmenschen ist Glück etwas Gewöhnliches. Und das ist doch Glück Für den Pechmensen!
Antwort:
Es gibt nur relative Pechmensen!

Michael Oertel

Unordnung“

Zu seiner in Szene gesetzten Lesung lädt dann Michael Oertel ein, und er verspricht bittersüßen Sarkasmus sowie politische Erkenntnisse.
Nachdenkliches und Sportliches werden ebenso zum Vortrag kommen. Alles wird sich dem charmannten Motto der Gastwirtschaft „U FLEKU Solide Unordnung“ anpassen.
Das Kommen lohnt, der Eintritt ist frei mit freier Platzwahl; also, solange noch Plätze frei sind!
PS. Michael Oertel engagiert sich auch als Vorsitzender des Mehrweg e.V. und ist Mitbegründer und Leiter des Mitspielzeugmuseums.

Lachmesse
Zitat 2008
Die SPD ist die Vorhaut der Arbeiterbewegung, wenn es bumst, zieht sie sich zurück.

Aufgeschnappt: „Es sind immer dieselben Tröge, nur die Schweine wechseln ...“ – frotzelte der Münchner Liedermacher KONSTANTIN WECKER über die politischen Irritationen in seinem Heimatland Bayern.

Etwa 50 deutsche Kommunen, darunter Berlin, Bochum, Dresden, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen Köln und Leipzig, ließen sich bis zum Verbot dieses Steuerlochs durch den US-Senat im Jahr 2004 auf Cross-Border-Leasing-Geschäfte ein. Versicherer war dabei oft der AIG-Konzern, dessen Pleite von der US-Notenbank mit einem Kredit abgesichert wurde.
Leipziger Volkszeitung 6. 10.

Große Banken Krisen enden dann, wenn der Staat einfach ordnungspolitisch durchgreift.
Frankfurter Allgemeine 9. 10.

Selbstverständlich weiß auch die CSU: ihre neue Nummer 1 ist nicht der „Messias“.
Frankfurter Rundschau 9. 10.

Der Zustrom des Publikums hielt sich im Leipziger Schauspiel bisher stark in Grenzen.
mdr-FIGARO 9. 10.

Die Geschichtsschreibungen der Einzelstaaten in Europa passen nicht zusammen, sie schließen sich sogar aus.
DLF 10. 10.

Bibliotheken werden in der Bundesrepublik behandelt wie Autowaschanlagen, denn sie dürfen sonntags nicht öffnen ..., ärgerte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert.
DLF 10. 10.

FUNDSACHEN

Ob Bahro oder Möllemann, Merz oder Klinsmann – sind sind alle gescheitert am Versuch, das System „von innen“ zu reformieren, von außen geht's aber auch nicht, es ist zum Verzweifeln.
Hören wir lieber auf Brecht: „Da hilft keine Salbe, wenn das Bein brandig ist. – Messer!“

Das MAGAZIN im Oktober 2008

Im Hintergrund spielt sich jetzt ein Machtkampf zwischen Banken und Bundesregierung ab mit der Frage: Wieviel können die Banken der Regierung abpressen?
Presseclub ARD 12. 10.

Wir stehen durch diese globale Finanzkrise vor einer Zeitenwende, die vergleichbar ist mit den Ereignissen von 1989 / 90.
PHOENIX 12. 10.

An vielen Stellen sorgt ja diese Gesellschaft dafür, dass es so bleibt, wie es ist ... so beschissen.
Peter Konwitschny in FIGARO 17. 10.

Der Kapitalismus hat den Sozialismus nicht besiegt, der Sozialismus ist nur vor dem Kapitalismus zusammengebrochen.
Heiner Geißler im DLF 18. 10.

GELESEN, GESEHEN, GEHÖRT UND NOTIERT VON SIEGFRIED KAHL

Lochners Wahrheiten über Deutschland

Um vor Jahren in Deutschland Straßennamen zu ändern, war eine Revolution notwendig. Da fragt man sich, was notwendig ist, um Deutschland zu ändern.

Die Entwicklung in Deutschland vollzieht sich auf einer Stufenleiter, der von Zeit zu Zeit eine neue untere Sprosse eingesetzt werden muss.

In der Politik ist oft die Rede von Vordenkern. Das sind vermutlich Menschen, die sich nicht mit Nachdenken abgeben.